

JUGEND

inform

1/2006

jugendhilfe
& schule

Gesundheit

Ernährung, Bewegung, Entspannung im Ganzttag

... Schule aus Kindersicht Begabung Schulmüdigkeit? Libero Schulsozialarbeit ...
„Ganzttag“ in Bewegung Lebensperspektiven von Jungs Menschenrecht Bildung

LANDSCHAFTS
VERBAND
RHEINLAND

LVR



Qualität für Menschen

in eigener sache

Die staatlichen Schulämter und das Landesjugendamt des Landes Brandenburg haben 2004 ein Positionspapier zur „Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe mit dem Schwerpunkt auf erzieherische Hilfen“ herausgegeben (siehe „inform“ 1/05). Mit dem Positionspapier trafen die Macher offensichtlich auf hohes Interesse. Die Broschüre wurde weit über Brandenburg hinaus diskutiert, und es wurde offensichtlich, dass in diesem Bereich noch wenige Orientierungshilfen existieren.

Diese Veröffentlichung habe ich zum Anlass genommen, eine erweiterte Empfehlung zur Kooperation von öffentlichen und freien Trägern der Hilfen zur Erziehung mit Schulträgern, Schulaufsicht und Schulen in NRW anzulegen, um Schulen als notwendige Partner in die Hilfeplanung wie auch konkret in der praktischen Zusammenarbeit intensiver mit einzubeziehen und in Einzelfällen Konflikte und Missverständnisse in der Zusammenarbeit zu minimieren. Bewusst soll der Blick über die konkrete Kooperation „vor Ort“ auf eine fallübergreifende Zusammenarbeit wie auch auf die Kooperation auf institutioneller Ebene erweitert werden, um über die sich im Einzelfall entwickelte Zusammenarbeit eine strukturell abgesicherte, gemeinsam getragene und verantwortete Arbeit anzulegen.

Seit Juli 2005 erarbeiten Vertreter/-innen der fünf Bezirksregierungen NRW, der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe, der kommunalen Spitzenverbände und der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Begleitung durch das MGFFI und das MSW eine entsprechende Empfehlung für ihr Einzugsgebiet. Die Redaktionsarbeit ist weitestgehend abgeschlossen; nach der Gremienabstimmung ist mit einer Veröffentlichung im Sommer 2006 zu rechnen.

Die Empfehlungen sollen – in Auszügen – in der nächsten Ausgabe der „inform“ vorgestellt werden. Ich lade Sie dazu ein, die „Kooperation von Hilfen zur Erziehung und Schulen“ mit eigenen Beiträgen aus der Praxis mit zum Thema zu machen (Kontakt im Impressum).

Es grüßt Sie Ihr



Michael Mertens
Leiter des Dezernates „Schulen, Jugend“

INHALT

Schwerpunkt

Bewegen – entspannen – essen: integrierte Gesundheitsförderung mit GUT DRAUF	3
Leitlinien „Ernährungswende im Schulalltag“	8
Gesundheit und Qualität an Schulen	10
Jungenspezifische Gesundheitsförderung	11

Schlaglicht

„Schulmüdigkeit“ als Begabung anerkennen und nutzen	12
Bundesmodellprogramm „2. Chance für Schulverweigerer“	14

Das Projekt

Schule aus Kindersicht: Was Kinder wollen und erwarten – ein Mitmachprojekt	15
Sozialpädagogisches Grundpraktikum an der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule	19
„Als Sozialarbeiter bin ich so eine Art Libero“: Schulsozialarbeit im Interview mit „inform“	21
Dokumentationsserie „Gewalt macht Schule. Schule macht Gewalt“	24
„Hey Man(n), alles klar?“ – Lebensperspektiven von Jungen	25
Aktuelle Projektausschreibungen	28

NRW

„Ganztag“ in Bewegung: aktuelle Entwicklungen in Primarstufe und Sek. I	30
Praxisfeld „Ganztag“: Infos & mehr	35
Der Girls' Day am 27. April – auch für Jungs	37

BUND

UN-Sonderberichterstatter Dr. Villalobos fordert Menschenrecht auf Bildung ein	38
Sachsen-Anhalt: Kooperationsempfehlungen für Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	39
Mecklenburg-Vorpommern: LJR zu Jugend-/Schulsozialarbeit und Ganztagschule	41
www.jugendhilfeportal.de geht online	41
Deutschland unterstützt EU-Jugendpakt	42

LVR/Landesjugendamt

Tagungs-News	43
Jugendhilfe Report 1/06: Schwerpunkt „Beistandschaft – Wie Phönix aus der Asche“	46

Impressum

GUT DRAUF

bewegen, entspannen, essen

Integrierte Jugendgesundheitsförderung in der Schule

von Kerstin Dopatka-Durston

Gesundheitsförderung bei Jugendlichen kann ein hartes Geschäft sein – mit dem erhobenen Zeigefinger ist hier nicht viel zu gewinnen. Wer schulmeisterhaft die körperliche Erächtigung predigt, den Mittagschlaf verordnet und zum Abendessen einen braunen Apfel serviert hat wenig Chancen, seinen Zöglingen ein „gesundes (Selbst-)bewusstsein“ zu vermitteln.

„Gesundes Selbstbewusstsein“. Genau darum aber geht es bei GUT DRAUF, einer Jugendaktion der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Köln. Im Mittelpunkt stehen das Wohlfühlen und die Lebensqualität, gefüllt werden diese Aspekte durch ein Wechselspiel aus Bewegung, Entspannung und Ernährung.

Nachdem GUT DRAUF seit einigen Jahren in verschiedenen Bereichen der Jugendarbeit umgesetzt worden ist, hält das integrative Aufklärungskonzept nun Einzug in die Schulen.

Das GUT DRAUF-Konzept

Um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ist es nicht zum Besten gestellt. Verschiedene Studien der letzten Jahre enthüllten beunruhigende Negativtrends, wie etwa die Abnahme der motorischen Leistungsfähigkeit, Fehlernährung und eine zunehmende Stressbelastung. Nicht nur der Körper, sondern auch die Seele leidet. Eine Wechselwirkung zwischen dem Bewegungs-, Sozial- und Lernverhalten z.B. gilt längst als erwiesen. Ebenso deutlich ist der Zusammenhang zwischen lang anhaltendem Stress und einer erhöhten Krankheitsanfälligkeit, zwischen Lebensweise und Ernährung. 20 % der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind von Übergewicht oder Adipositas betroffen, fast 30 %

der 12 bis 35-jährigen Frauen zeigen Frühsymptome einer Essstörung. Die Altersgrenze sinkt in beiden Fällen weiter nach unten.

Auffällig ist auch eine Korrelation mit dem sozialen Hintergrund der Jugendlichen. So schneiden bspw. Mädchen mit Migrationshintergrund im Bereich Bewegung besonders schwach gegenüber der Gesamtzielgruppe ab. Ebenso ist ein Einfluss des Bildungsgrades auf das Ernährungsverhalten zu erkennen: Sozial benachteiligte Jugendliche weisen dabei besonders häufig eine unausgewogene Ernährung auf.

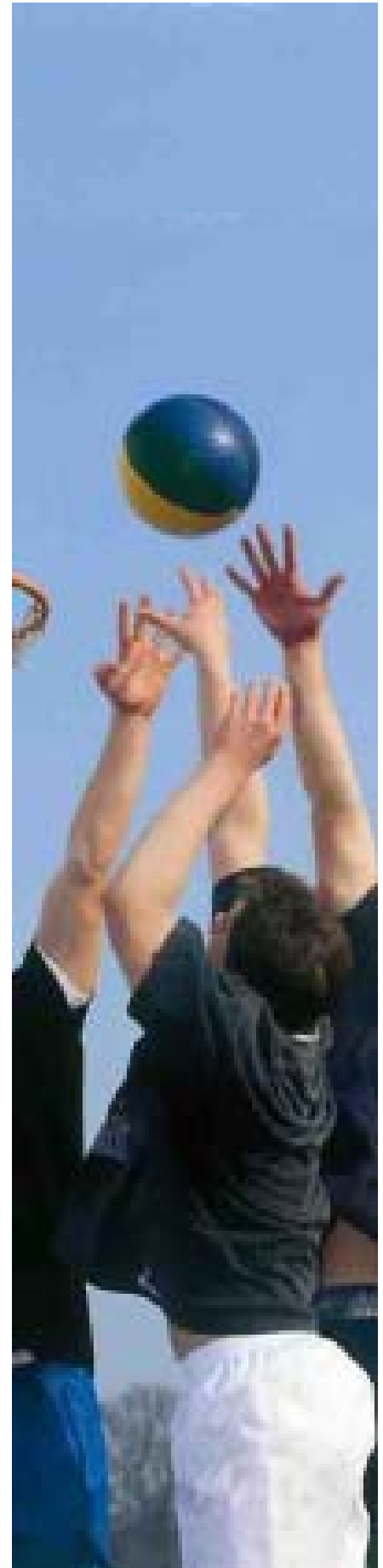
Die oben beschriebenen Zusammenhänge verdeutlichen die enorme Bedeutung, die dem Lebensstil eines Menschen in Bezug auf dessen Gesundheitszustand zukommt. Das Wechselspiel zwischen Ernährung, Bewegung und Stress (bzw. Entspannung), kann sowohl Wohlbefinden als auch Krankheit verursachen. In starkem Maße beeinflusst es die Lebensqualität. Ein ganzheitliches, integratives Konzept zur Förderung der Gesundheit von Jugendlichen muss demnach alle drei Faktoren einbeziehen und diese auf einer jugendgerechten Ebene angehen.

Die Abbildung auf der nächsten Seite verdeutlicht die Wechselwirkung von Bewegung, Stress und Ernährung und gibt eine erste Orientierung für mögliche Ansatzpunkte.

GUT DRAUF – ganzheitlich anders

GUT DRAUF ist eine Jugendaktion, die Bewegung, Entspannung und Ernährung verknüpft. Eine Ausgewogenheit der einzelnen Elemente und das soziale Erlebnis gehören dabei zu den zentralen Umsetzungsstrategien. Spannende und entspannende Ereignisse konfrontieren die Jugendlichen mit persönlichen Selbst- und

SCHWERPUNKT



Grenzerfahrungen. Essensfeste schärfen die Sinne und hinterlassen ein nachhaltiges Gespür dafür, dass Essen mehr ist als bloßer Verzehr.

Zur Umsetzung dieser Ideen arbeitet die BZgA bundesweit mit einer breiten Palette von Partnern aus der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit. So können Jugendliche heute GUT DRAUF verreisen, in GUT DRAUF Jugendzentren gehen, GUT DRAUF im Sportverein erleben oder seit Neuestem in den Genuss von GUT DRAUF Schulen kommen. Besonders spannend ist dabei auch die Etablierung ganzer GUT DRAUF (Modell)Regionen, wie sie derzeit im Rhein-Sieg-Kreis zu finden ist.

Für alle Partner gelten dabei die folgenden Kriterien, die ein Muss für jedes GUT DRAUF Angebot sind (Erläuterung der Kriterien im nachfolgenden Beitrag):

- Ganzheitliche Zielsetzung: Ernährung, Bewegung, Entspannung (nur vereint ist es GUT DRAUF),
- Nachhaltige Wirkung für den Alltag (den Jugendlichen muss klar werden, wie sie die neuen Eindrücke in ihren Alltag transferieren können),

- Aufgreifen aktueller Jugendkulturen (z.B. Skaten, Streetball oder HipHop),
- Gesundheit in Szene setzen (handlungsbezogen, jugendgerecht und positiv),
- Qualifiziertes Personal (Durchführung der Angebote durch GUT DRAUF geschulte Mitarbeiter/-innen),
- Partizipation und Teamorientierung (zur Steigerung von Eigenverantwortlichkeit, Selbstwertgefühl und gemeinsamen Erlebnissen, die „das Wohlfühlen“ steigern),
- Qualitätssicherung und Evaluation (in Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis),
- Vernetzung (zur Nutzung von Synergieeffekten und der gemeinsamen Weiterentwicklung).

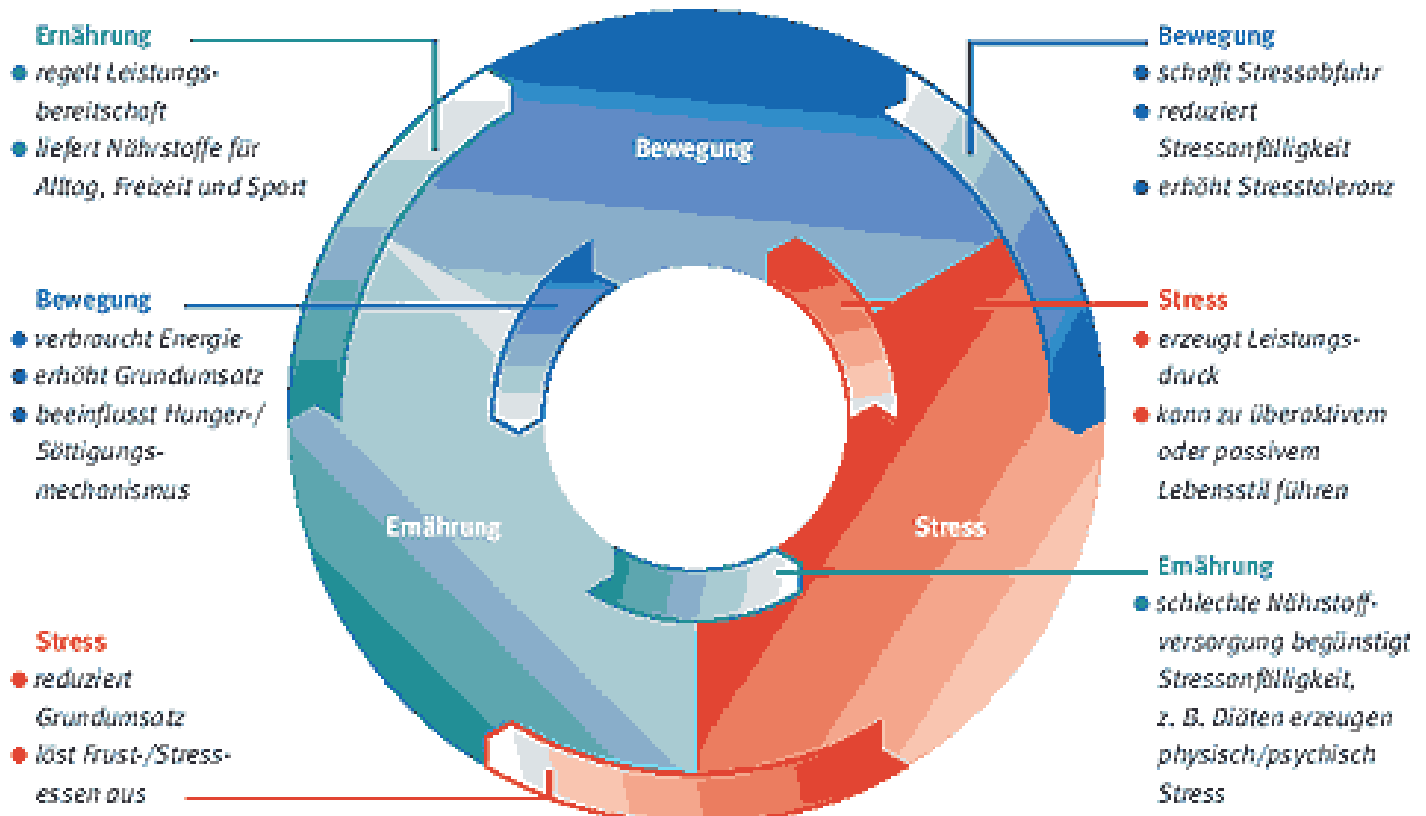
Auf der Grundlage dieser Qualitätskriterien ist GUT DRAUF ein Label, hinter dem sich gesundheitsgerechtes, innovatives, eventorientiertes und jugendgerechtes pädagogisches Arbeiten verbirgt. Die bundesweiten Schulungen sind dabei offen für neue Partner. Sie vermitteln das nötige Know-how, um das Konzept kompetent umzusetzen.

GUT DRAUF und Schule

Während GUT DRAUF in der Offenen Jugendarbeit, dem Jugendreisen, in Jugendunterkünften und Vereinen bereits fest verankert ist, ist das Konzept bzw. die Umsetzung der GUT DRAUF Schule noch relativ jung. Erste Modellprojekte laufen derzeit im nordrhein-westfälischen Rhein-Sieg-Kreis – der ersten GUT DRAUF Modellregion Deutschlands. Weitere Umsetzungen sind für den Landkreis Forchheim (Bayern) geplant, der in naher Zukunft mit bis zu 33 GUT DRAUF Schulen folgen wird. Zusätzliche Angebote werden durch spezielle Klassenfahrten abgedeckt, die von Programmanbietern und Jugendunterkünften nach den GUT DRAUF Kriterien entwickelt worden sind.

Schulen bieten für die Jugendgesundheitsförderung ein spannendes Betätigungsfeld. Anders als im Verein oder auf der Jugendreise haben wir es hier mit einem Ort zu tun, der konstant und für viele Jahre einen sozialen Mittelpunkt im Leben des Jugendlichen bilden wird. Die vielfältigen Möglichkeiten zur Umsetzung unterschiedlicher GUT DRAUF Elemente umfassen die Raumgestal-

Das Wechselspiel zwischen Ernährung, Bewegung und Stress





Startschuss am 09.03.2005 in Bamberg waren nicht nur Vertreter der BZgA und des Schulamts anwesend, sondern ebenso der AOK, die so ihr klares Interesse an dem Projekt bestätigte. Als neue Kooperationspartner werden die drei Akteure schon bald die ersten von über 30 Grund- und Hauptschulen in Sachen Gesundheitsförderung fit machen. Im Juni wird es für die Mitarbeiter/-innen der Schulen eine erste GD-Basischulung mit dem Schwerpunkt „Stressabbau“ und einen Workshop zum Thema Raumgestaltung geben. Mithilfe professioneller Beratung wird dann die Umgestaltung von Klassen- und Aufenthaltsräumen eingeleitet.

Praxismaterialien

Bisher sind in vier Praxisfeldern GUT DRAUF-Projekte und Schulungen umgesetzt worden: in Schulen, in der offenen Jugendarbeit, im Sportverein und auf Jugendreisen. Das Medienpaket „Kompakt“ enthält theoretische Grundlagen, praktische Erfahrungen aus den Projekten und konkrete Arbeitsmaterialien. „Kompakt“ umfasst das Ideenhandbuch, vier Praxishefte, drei Aktionsboxe und zwei Handbücher Essensfeste.



Das Medienpaket ist gegen eine Schutzgebühr von 10,- EUR zu bestellen (per E-Mail an: order@bzga.de oder im Internet unter: www.bzga.de).

Kontakt:

transfer e.V., Beratung & Qualifizierung, Grethenstr. 30, 50739 Köln, Telefon 0221/9592190, E-Mail: service@transfer-ev.de www.transfer-ev.de

Weitere Informationen zum Thema auch unter folgender Adresse: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Referat 1-14, „Prävention von ernährungsbedingten Krankheiten, Gesundheitsförderung“, Telefon 0221/89920, E-Mail: ernaehrung@bzga.de, Ostmerheimer Str. 220, 51109 Köln

Erstveröffentlichung des Beitrages in: „Praxis Spezial“, Mai/2005, Bildungshaus Schulbuchverlage Westermann GmbH

tung, Verpflegungsangebote, Pausenaktionen, spezifische Projekte u.v.m. Auf die Einbeziehung der Schüler/-innen wird besonders geachtet.

Damit das Konzept erfolgreich und nachhaltig umgesetzt werden kann, muss eine dauerhafte Verankerung der notwendigen Strukturen gegeben sein oder geschaffen werden. Hierfür ist es wichtig, dass Schulleitung und Lehrerschaft GUT DRAUF als eine Philosophie sehen, von der sie überzeugt sind und die sie mit ihren eigenen Inhalten beleben möchten. GUT DRAUF muss in den Fokus der Schule passen. Ist dies nicht gegeben, würde eine halbherzige Umsetzung zu keinen zufrieden stellenden Ergebnissen führen.

Was bietet die GUT DRAUF Schule?

Der GUT DRAUF-Ansatz kann und soll Lehrer/-innen in ihrer pädagogischen (nicht nur gesundheitspädagogischen) Arbeit unterstützen. Zu den Auswirkungen und Merkmalen gehören dabei u.a. (a) *sichtbare Merkmale:*

- harmonische, inspirierende Raumgestaltung,
- gesunde Pausenverpflegung mit vielen Alternativen zu Schokoriegel und Cola,
- Entlastung der Lehrer/-innen in den Pausen durch GUT DRAUF-Helfer/-innen,
- Bewegungsangebote in den Pausen,
- Angebot von spezifischen Veranstaltungen,
- Energizer im Unterricht;

und (b) *spürbare Merkmale:*

- Abbau von Stress und Aggression,
- ein kollegialer Umgang der Schüler/-innen untereinander,
- Rückgang an Zerstörung,
- Steigerung der Berufszufriedenheit auch für „ausgebrannte“ Lehrer/-innen,
- Persönlichkeitsentwicklung der Schüler/-innen.

GUT DRAUF-Schulen konkret

Wer wissen möchte, wie so etwas praktisch aussehen kann, sollte den GUT DRAUF-Schulen im Rhein-Sieg-Kreis einen Besuch abstatten. Während dem Schulamt die Koordination der Gesundheitserziehung obliegt, lassen die Lehrer/-innen und Schüler/-innen mit unterschiedlichen Maßnahmen Entspannung, Bewegung und gesunde, leckere Ernährung in ihren Schulalltag einziehen. Sei es durch Fortbildungen, im Rahmen von Projektwochen, durch Aktionstage oder Modellprojekte – der Kreativität werden kaum Grenzen gesetzt. Erst kürzlich richtete die Gemeinschaftshauptschule „Innere Stadt“ in Siegburg ein Schülercafé ein, in dem wöchentlich wechselnde Essens- und Getränkeangebote sowie nach Themen zubereitete Speisen ein gesundes Alternativangebot zu den zuckerigen Pausensnacks bieten.

Nachdem die Modellregion Rhein-Sieg sich bisher vorbildlich entwickelt hat, soll bald eine weitere Region folgen, die einen klaren Schwerpunkt auf GUT DRAUF-Schulen legen wird: der Landkreis Forchheim. Bei dem

GUT DRAUF

Kriterien zur Projektumsetzung für GUT DRAUF-Partner

Hauptziel des Projekts GUT DRAUF ist die Vermittlung von gesundheitsgerechten, stimmigen Botschaften in den unterschiedlichsten Lebenswelten Jugendlicher. Gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung und Entspannung sollen zum begleitenden Ereignis des sozialen Lebens der Jugendlichen werden. GUT DRAUF setzt folgende verbindliche Kriterien, um die Qualität gesundheitsfördernder Maßnahmen zu sichern:

Ganzheitliche Zielsetzung – Ernährung, Bewegung, Entspannung

GUT DRAUF-Angebote verknüpfen die drei Bereiche Ernährung, Bewegung und Entspannung zu einem ganzheitlichen Konzept vor dem Hintergrund eines umfassenden Verständnisses von Gesundheit. Es ist wissenschaftlich belegt, dass sich Ernährungs-, Bewegungs- und Stressverhalten wechselseitig beeinflussen, was bei der Bildung gesundheitsgerechter Verhaltensweisen positiv genutzt wird. Ernährung wird nicht nur als Nahrungsaufnahme verstanden, vielmehr werden die sinnlichen und sozialen Aspekte des Essverhaltens in den Vordergrund gerückt. Gesundes und leckeres Essen soll zum Erlebnis werden, bei dem der Genuss nicht hinter der Gesundheit zurücksteht. Bewegung betont das gesellige Miteinander, bei dem der Spaß an der Sache mehr im Zentrum des Geschehens steht als der Wettkampf. Jugendliche haben Bedürfnisse nach Abenteuer, Risiko und körperlicher Selbst- und Grenzerfahrung. Diese Bedürfnisse bieten die Grundlage für die Gestaltung von Angeboten, die eine bewusste Körperwahrnehmung zum Ziel haben. Stressbewältigung stellt die Fähigkeit dar, mit den altersspezifischen Anforderungen des Lebens fertig zu werden. Entspannungsangebote helfen Sensibilität für eigene

Bedürfnisse und persönliche Grenzen zu entwickeln.

Nachhaltige Wirkung für den Alltag

Nachhaltigkeit beinhaltet, dass eine Maßnahme über die aktuelle Wirkung hinaus im Denken und Verhalten der Jugendlichen langfristig bestehen bleibt. Wenn der junge Mensch zukünftig aus der Vielzahl der Möglichkeiten die gesunde Alternative wählt, ist das Ziel erreicht. Die GUT DRAUF-Angebote sollen so gestaltet werden, dass Jugendliche motiviert sind, gesundheitsgerechtes Verhalten



selbstverständlich in ihren Lebensalltag zu integrieren. Wiederkehrende Gestaltungselemente und Rituale, die Gesundheit mit Genuss verbinden, erhöhen die Chance der Übernahme gesundheitsbewussten Verhaltens in den Alltag.

Aufgreifen aktueller Jugendkulturen

Aktuelle Jugendkulturen, wie Hip-hop und jugendliche Trendsportarten, wie Skaten oder Streetball werden zum Anlass genommen, Events zu gestalten, die Elemente von Bewegung (z.B. Sport und Spielinszenierungen), Entspannung (wie Massagenketten, Fantasiereisen, Entspannungs- und Konzentrationsübungen) und Ernährung (z.B. Essensfeste, thematisches Kochen) aufgreifen. Diese Ele-

SCHWERPUNKT

mente werden zu einem harmonischen Ganzen miteinander verbunden. Die Inszenierung knüpft an Alltagserfahrungen der Jugendlichen an, greift ihre Bedürfnisse nach Abenteuer, Spannung, körperlicher Selbsterfahrung und geistig-seelischer Stimulation auf und verbindet sie zu einem lustvollen sozialen Erlebnis.

Gesundheit in Szene setzen

Gesundheit ist bei Jugendlichen oftmals mit Verzicht bzw. als Abwesenheit von Krankheit assoziiert. Soll sie zu einem Thema für Jugendliche werden, so ist sie mit positiven Wertvorstellungen wie Fitness, Spaß, Ästhetik, Genuss zu verbinden. Erlebnisse, die diese Werte in eine positive Verbindung zum Thema Gesundheit stellen, ohne dies explizit zu benennen oder in den Vordergrund zu stellen, sind gefordert. Die Ereignisse sind so zu inszenieren, dass die Jugendlichen handlungsbezogen mit allen Sinnen angesprochen werden und durch direkte Aktionen Gelegenheit haben, gesundheitliches Verhalten zu erproben und in ihrem Verhaltensrepertoire zu etablieren.

Qualifiziertes Personal

Das Konzept muss von qualifiziertem Personal verantwortet und durchgeführt werden. Geschulte Fachkräfte, die Gesundheitsprogramme in die Praxis umsetzen, stellen die Garantie für die Qualität des GUT DRAUF-Konzepts dar. Die fachlichen und sozialen Kompetenzen werden durch Förderung und Weiterbildung erreicht. Die BZgA bietet zu diesem Zweck Schulungen an. Die Zusatzqualifikation richtet sich an Multiplikator/-innen aus den unterschiedlichsten Handlungsbereichen.

Partizipation & Teamorientierung

Partizipation steht für die Beteiligung und Mitgestaltung der Jugendlichen an Aktionen und Programmen. Durch die Gestaltung eigener Lebensräume und durch die Möglichkeiten, auf Lebensbezüge Einfluss zu nehmen, soll der Zusammenhang zwischen körperlichem und

seelischem Wohlbefinden gefördert werden. Partizipation steigert Eigenverantwortlichkeit und Selbstwertgefühl, betont die emotionale Dimension des Wohlfühlens und soll vorbeugend gegen Stress wirken. Teamorientierung heißt Wohlempfinden durch Kommunikation und gemeinsames Handeln herzustellen. Teamarbeit stärkt das Selbsterleben, fördert die Kooperationsfähigkeit und beugt Vereinzelung wie Vereinsamung vor. Teamorientierung betont die soziale Dimension des Wohlfühlens.

Qualitätssicherung & Evaluation

Im Rahmen der Qualitätssicherung soll gewährleistet werden, dass das Programm die formulierten Ziele verfolgt. Dazu wird überprüft, wie die



Qualitätskriterien umgesetzt werden. Dies geschieht durch Prozess- und Ergebnisevaluation. Die Prozessevaluation klärt die Einsatzmöglichkeiten, den Einsatzablauf der Maßnahmen und Aktionen und die Integration im Praxisfeld. Die Ergebnisevaluation erfolgt durch Teilnehmer/-innen-Feedback und durch Mitarbeiter/-innen-Befragung. Ziel ist es, die Effekte zu untersuchen und zu messen, die bei den Zielgruppen erreicht werden. Insbesondere werden Einstellungsänderungen und die Übernahme veränderter Verhaltensweisen geprüft. Die Ergebnisse werden wissenschaftlich ausgewertet. Die fachliche Auswertung der Ergebnisse bildet die Basis für die Weiterentwicklung des Konzepts und für die Erarbeitung neuer Praxiselemente. Die Ergebnisse der Evaluation fließen zudem in die konzeptionelle Weiterentwicklung der Qualifizierung und Fortbildung des Personals ein und garantieren die Qualitätssicherung.

Vernetzung

Das Konzept ist breit angelegt und eignet sich für Verbände, Vereine, Schulen sowie für Jugendreiseveranstalter und Gruppenunterkünfte. Das Konzept kann Fachkräfte unterschiedlicher Disziplinen und Felder zusammenführen. Die zusätzliche Vernetzung der unterschiedlichen GUT DRAUF-Akteure fördert den Austausch, die Weiterentwicklung und die Qualität von GUT DRAUF. Durch Kooperation und Netzwerke werden synergetische Effekte nutzbar, das heißt gegenseitige Anregungen werden institutionsübergreifend verwendbar. Vor diesem Hintergrund hat die BZgA – wissenschaftlich fundiert und in enger Zusammenarbeit mit Fachleuten und Kooperationspartnern –



auf der Grundlage eines integrierten Aufklärungskonzeptes die Jugendaktion GUT DRAUF entwickelt. Ziel dieser Aktion ist es, das Ernährungs- und Bewegungsverhalten wie auch die Stressbewältigung der Jugendlichen nachhaltig zu verbessern und damit einen entscheidenden Beitrag zur Gesundheitsförderung zu leisten. In den wichtigsten Lebensbereichen – in der Freizeit, der Schule, im Sportverein und auf Reisen – sollen Jugendliche gesundheitsbewusste Angebote erhalten, die Spaß machen und gesundheitsgerechtes Verhalten ganz selbstverständlich in den jugendlichen Lebensalltag integrieren. GUT DRAUF richtet sich vorrangig an Mitarbeiter/-innen der Jugendlichen. Ziel ist es, jegliche Akteure in der pädagogischen Arbeit wie Jugendarbeiter, Erzieher, Lehrer, Reisebegleiter, Animatoren, Sportpädagogen etc. zu befähigen, GUT DRAUF-Angebote umzusetzen. Diese Kriterien gelten für alle Maßnahmen, Projekte, Aktionen und

Angebote, die unter dem „Label“ GUT DRAUF durchgeführt werden. Den Projektpartnern fällt die Aufgabe zu, die Kriterien zu erfüllen und dies anhand von Evaluation zu belegen.

Unterstützungsangebote für Kooperationspartner

Wer sich mit dem Leitbild von GUT DRAUF identifizieren kann, motiviert und engagiert ist, aktiv Gesundheitsförderung für Jugendliche umsetzen will und bereit ist, dies dauerhaft in seiner Organisation/Institution beizubehalten, kann sich bewerben! Planung und Abwicklung des GUT DRAUF-Projekts wird professionell begleitet. Hierzu gehören in der Regel:

- Erstberatung vor Ort durch erfahrene GUT DRAUF-Experten,

- GUT DRAUF-Schulung der verantwortlichen Mitarbeiter/-innen als Voraussetzung für die weitere Projektentwicklung,
- Kontinuierliche Prozessbegleitung bei der Umsetzung von GUT DRAUF,
- Abnahme zur Führung des „GUT DRAUF-Labels“,
- Zurverfügungstellung der vorhandenen Materialien, wie z.B. „Kompakt-Ordner“, Checklisten, BZgA-Schriftenreihe usw.
- Einbindung in die bundesweite GUT DRAUF-Partnerstruktur der BZgA,
- eine (externe) prozessbegleitende Evaluation.

Kontakt:

transfer e.V., Beratung & Qualifizierung, Dr. Werner Müller, Anne von Winterfeld, Telefon 0221/9592190, E-Mail: service@transfer-ev.de, Grethenstr. 30, 50739 Köln

www.gutdrauf.net

„Appetit auf Schule“

SCHWERPUNKT

Leitlinien für eine Ernährungswende im Schulalltag

von Dr. Ulla Simshäuser

Die Leitlinien für eine Ernährungswende im Schulalltag wurden in dem vom BMBF im Rahmen des Programms Sozial-ökologische Forschung geförderten Verbundforschungsvorhabens „Ernährungswende“ entwickelt. Die Autorin hat für das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung Gruppendiskussionen zum Thema „Ernährungsalltag in der Schule“ mit Lehrer/-innen, Eltern und Schüler/-innen in der Rhein-Neckar Region geführt. Weitere Bausteine waren Interviews mit Schulträgern und Schulleitern, die ergänzt wurden durch Expertengespräche mit Fachstellen der Gesundheitsförderung und Schulberatung, mit Vertreter/-innen von Wissenschaft und Politik sowie mit Anbietern von Gemeinschaftsverpflegung. – Hier präsentiert werden Auszüge aus den Leitlinien. (alma)

Leitlinie Lebensraum gestalten

Schule hat einen Erziehungs- und Fürsorgeauftrag für die Ernährung und Gesundheit von Schülerinnen und Schülern. Die Qualität des Lebensraums Schule ist für die Einlösung dieses Auftrags entscheidend. Deshalb macht eine Verpflegung allein noch keinen „Appetit auf Schule“. Schulverpflegung ist vielmehr, ebenso wie die Möglichkeit zur Bewegung und Entspannung, Teil der Lebensqualität im Schulalltag und sollte möglichst von Schüler/-innen, Lehrer/-innen und Eltern gemeinsam gestaltet werden – natürlich unter Einhaltung ernährungsphysiologischer Qualitätsstandards. Ziel der Leitlinie „Lebensraum gestalten“ ist es, dass Schüler/-innen gesundes Leben im Alltag erleben und gestalten lernen. Folgendes gehört dazu:

- die Organisation von Frühstück, gemeinsamem warmem Mittagessen und Zwischenmahlzeiten nach gesicherten Qualitätskriterien (www.schuleplusessen.de) und in sinnvollem zeitlichem Abstand.
- Bereitstellung ausreichender Trinkmöglichkeiten auch im Unterricht, keine Limonaden.
- Gemeinsame Teilnahme von Schüler/-innen und Lehrer/-innen am Mittagessen.
- Trennung von Bewegungs-, Ess- und Entspannungspausen, nicht Zusammenlegung von allem in der Mittagspause, genügend Zeit fürs Essen schaffen.
- Bildung schulischer, periodisch tagender Essensbeiräte (Schüler/-innen, Lehrer/-innen, Eltern, Verpflegungs-/Küchenpersonal), die kontinuierlich die Qualität des Essens und der Essenssituation über-



- prüfen, regelmäßige Schülerumfragen/Klassenbesprechungen sollen Essensqualität zum Thema machen.
- Ansprechende Gestaltung der Essensräume, Sorge tragen für ruhiges und entspannendes Ambiente.
- Abschaffung der Verpflegung durch Hausmeister, weil hier durch die Koppelung des Angebots an seine Verdienstmöglichkeiten ökonomische Kriterien dominieren und der Erziehungsauftrag nicht umgesetzt werden kann.

Leitlinie Kompetenzen stärken

Kinder und Jugendliche müssen in der Schule Alltagskompetenzen im Bereich von Ernährung und Gesundheit erwerben können. Deshalb hat das Essen in Schulen einen Bildungs- und Erziehungsauftrag, der ohne die angemessene Qualifizierung von Lehrpersonal und eine professionelle Schulverpflegung nicht zu erfüllen ist. Eine kritische Ernährungs- und Verbraucherbildung an Schulen muss heute beispielsweise auch die Geschmacksbildung zum essentiellen Bestandteil der Stärkung von Ernährungs- und Ernährungskompetenzen von Schüler/-innen zu machen. Das bedeutet, das Lehrpersonal entsprechend auszubilden und Anforderungen an die

geschmacksbildende Qualität der Schulverpflegung und an die Sensibilität der Gemeinschaftsverpflegung für den Bildungsauftrag von Schule zu stellen.

Die Leitlinie „Kompetenzen stärken“ zielt auf eine entsprechende Professionalisierung der Akteure im Setting Schule als Voraussetzung für die Förderung der Ernährungs- und Ernährungskompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Dazu gehört unter anderem:

- Fächerübergreifender Unterricht in Ernährungs- und Verbraucherbildung in allen Schulformen.
- Die rasche Umsetzung reformierter Bildungsziele für Ernährungs- und Verbraucherbildung in den Schulen aller Bundesländer, wie sie das Projekt REVIS erarbeitet hat (www.evb-online.de).
- Professionalisierung von Lehrer/-innen in Fragen der Gesundheitsförderung, Ernährungs- und Verbraucherbildung durch verbindliche Aus- und Weiterbildung in allen Bundesländern.
- Professionalisierung kommunaler Schulträger für die Organisation und Evaluierung einer qualitätsgesicherten Schulverpflegung durch entsprechende Aus- und Weiterbildung.
- Qualitätsgesicherte Schulverpflegungsangebote, die auch dem Bildungsauftrag von Schule gerecht werden.

Leitlinie Qualitäten bündeln

Nachhaltige Ernährung in der Schule macht die Bündelung einer Vielzahl von Qualitäten auf unterschiedlichen Ebenen nötig: Qualität der Schulentwicklung, didaktischer Qualitäten, der gesundheitsfördernden



und ökologischen Qualität der Mahlzeiten und der erforderlichen Infrastruktur (z.B. Räume). Ziel der Leitlinie ist es, diese Qualitäten zu umfassenden Qualitätsanforderungen an die Schulverpflegung in einem Gesamtkonzept zusammenzuführen. Das heißt: alle Essensangebote an der Schule, einschließlich Pausenkiosk, Verpflegung auf Klassenfahrten sowie Schulfeste sind eingeschlossen. Dazu gehört eine pädagogische Verantwortung, die solche Sponsoren für die Bewirtschaftung von Schulfesten und von Mittagstischen ausschließt, die für nicht nachhaltige Ernährung stehen (z.B. Alkohol- oder Fast-Food-Hersteller). Auf diese Weise kann Verpflegung bewusst mit der Vorgabe organisationsentwicklerischer und pädagogischer, sowie übergreifender gesundheitlicher und ökologischer Kriterien zusammengeführt werden und instrumentelle Lösungen („Hauptsache satt“) vermeiden.

Folgende Schritte sind dafür besonders wichtig:

- Anwendung der bereits existierenden „Rahmenkriterien für das Verpflegungsangebot in Schulen“ bei der Planung eines Verpflegungsangebots (siehe unter: http://www.schuleplussessen.de/cms/front_content.php?idcatart=338&lang=1&client=1).
- Erweiterung um organisationsentwicklerische, pädagogische und gesundheitsfördernde Kriterien der Schulverpflegung.
- Aufbau einer kontinuierlichen Qualitätssicherung und -Kontrolle der Verpflegung durch den Schulträger und die Schulen.
- Einrichtung und Förderung lokaler oder regionaler Kompetenzzentren für Schulverpflegung, die Schulträger, Schulen und Eltern pro-

fessionell und unabhängig bei der Organisation von Schulverpflegung beraten.

Leitlinie Strukturen entwickeln

Eine Ernährungswende in der Schule ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie erfordert professionelle Kompetenzen, Strukturen und Finanzierungslösungen. Überwiegend ehrenamtliches Engagement ist keine dauerhafte Lösung und überfordert Schulen und Eltern

Ziel der Leitlinie „Strukturen entwickeln“ ist es, die Handlungsmöglichkeiten von Schulen bei der Umsetzung einer Ernährungswende auf Dauer zu stärken.

Strukturbildung erfordert zunächst die Verantwortungnahme im Sinne eines aktiven Handelns der Entscheidungsträger in Schule, Kommune und Ministerien. Hier besteht eine institutionelle Verantwortung für Ernährung und Gesundheit in Schulen, die bisher nicht ausreichend umgesetzt wurde. Verantwortungnahme bedeutet ein koordiniertes Vorgehen beim Einsatz qualitätssichernder Instrumente, der Entwicklung von Finanzierungskonzepten und der Umsetzung von Bildungsstandards auf der Grundlage eines Konsenses über grundlegende gesundheits- und bildungspolitische Ziele und ihrer verantwortlichen Umsetzung. Auf dieser Basis sind Strukturbildungsprozesse mit folgenden essentiellen Schwerpunkten einzuleiten:

- Professionalisierung: Weiterbildungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Ernährung müssen für Schulträger und in der Schulverpflegung tätige Laien zugänglich gemacht und finanziert werden. Reformierte Bildungsziele für Ernährung müssen jetzt durch die Bundesländer verabschiedet und in die Lehreraus- und -fortbildung integriert werden, wobei möglichst bundesweit aufeinander abgestimmte Lösungen zu bevorzugen sind.
- Institutionalisierung: Innerhalb von Schulen, aber auch in Kommunen müssen neue Institutionen mit klaren Aufgabenbeschreibungen für die Qualitätssicherung

geschaffen werden. Auf kommunaler und Landesebene kann die Einrichtung unabhängiger Kompetenzzentren die professionelle Beratung und Förderung von Schulen und Schulträgern bei der Organisation von Schulverpflegung unterstützen.

- Qualitätssicherung: Neben der bereits erwähnten Anwendung von Qualitätsstandards wird es für die Qualitätssicherung und Evaluierung langfristig notwendig werden, auf Bundesebene wieder Evaluierungskompetenz aufzubauen, wie sie ehemals bei der Bundesforschungsanstalt für Ernährung vorhanden war, das gesundheitsrelevante nationale Berichtswesen in Sachen Schulverpflegung zu stärken und mit der Gesundheitsberichterstattung zu verbinden. Hier fehlt eine gemeinsame Weichenstellung der zuständigen Bundes- und Landesministerien.
- Finanzierung: Auf Bundes- und Länderebene muss es Runde Tische zum Thema „Finanzierung für Schulverpflegung“ geben, an denen kommunale Spitzenverbände zusammen mit Bundes- und Landesministerien die Weichen für eine Ernährungswende stellen. Zur Debatte stehen Preiserleichterungen für Schulen beim Einkauf, die mit zusätzlichen Struktureffekten verbunden sind: etwa die Förderung von schulübergreifenden Einkaufskooperationen oder die steuerliche Gleichbehandlung von Mahlzeiten mit Lebensmitteln für die Schulverpflegung. Diese Suche nach Finanzierungslösungen muss schließlich mit geeigneten Maßnahmen zur Förderung von effizientem kommunalem Kostenmanagement einhergehen.

Die Veröffentlichung „Appetit auf Schule – Leitlinien für eine Ernährungswende im Schulalltag“ wird vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH, Berlin, herausgegeben. – Infos und Download unter: www.ioew.de.

Die Ergebnisse des gesamten Forschungsverbundes sind auch als Buch veröffentlicht. – Infos unter: www.ernaehrungswende.de.

**Kontakt zu der Autorin:
ulla.simshaeuser@gmx.de**

Gesundheit und Qualität an Schulen

Land NRW und Bertelsmann Stiftung arbeiten zusammen

Das Land Nordrhein-Westfalen und die Bertelsmann Stiftung arbeiten künftig im Bereich der Gesundheitsförderung an Schulen zusammen: Zwischen dem Landesprogramm „OPUS NRW – Netzwerk Bildung und Gesundheit“ und dem Programm der Stiftung „Anschub.de – Für die gute gesunde Schule“ wurde eine Kooperation vereinbart. Schulministerin Barbara Sommer, die Gemeindeunfallversicherungsverbände, der BKK-Landesverband NRW und die Landesunfallkasse als Träger von OPUS und Dr. Brigitte Mohn, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, unterzeichneten heute in Düsseldorf dazu eine entsprechende Vereinbarung.

„OPUS NRW“ berät und unterstützt Schulen und Kindertageseinrichtungen des Landes auf dem Weg, gesunde Lern- und Arbeitsbedingungen in der ganzen Einrichtung zu schaffen und trägt somit zur Gesundheit aller Beteiligten bei. Zudem zielt „OPUS NRW“ darauf, den Kernauftrag von Kindertageseinrichtungen und Schulen zu unterstützen und zu verbessern: durch Gesundheits- und Sicherheitsförderung zu unterrichten und zu erziehen. Dabei spielen klassische Gesundheitsthemen wie

zum Beispiel Suchtprävention, Bewegungsförderung und Ernährungserziehung eine Rolle. Zunehmend lenken die Bildungseinrichtungen ihren Blick aber auch auf die Frage, wie Arbeits- und Lernplätze durch Veränderung von Organisationsabläufen, Schulklima oder Einbindung von Eltern verbessert werden können.

„Anschub.de“, die Allianz für nachhaltige Schulgesundheit und Bildung in Deutschland, ist ein von der Bertelsmann Stiftung initiiertes Programm zur Entwicklung der guten gesunden Schule. Übergeordnetes Ziel von „OPUS NRW“ und „Anschub.de“ ist es, die Schul- und Bildungsqualität durch Gesundheit nachhaltig zu verbessern.

Die Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Programmen sieht unter anderem eine Zusammenarbeit bei der Erstellung wissenschaftlicher Untersuchungen, bei der Entwicklung von Materialien und Fortbildungen und den Austausch von Ergebnissen vor.

Weitere Infos im Internet unter:

www.opus-nrw.de

www.anschub.de

www.bildungsportal.nrw.de

22.03.2006

SCHWERPUNKT

Anschub.de

Die gute gesunde Schule ist Kerngedanke von Anschub.de. Eine gute gesunde Schule verständigt sich über ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag, setzt ihn erfolgreich um und leistet damit einen Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. Sie weist gute Qualitäten in folgenden Bereichen aus und sorgt für deren stetige und nachhaltige Verbesserung durch Schulentwicklung:

1. Pädagogische Wirkungen und Bildungs- und Erziehungserfolg: Sie fördert bei den Schüler/-innen Kompetenzen und Haltungen, die ihre Bereitschaft zum lebenslangen Lernen stärken und sie befähigen, in einer sich verändernden Gesellschaft ein erfolgreiches und gesundes Leben zu führen.

2. Qualitätsentwicklung von Schule und Unterricht: Sie wendet bei der Gestaltung der Strukturen und Prozesse von Schule und Unterricht konsequent Erkenntnisse der Gesundheits- und Bildungswissenschaften an und leistet damit gezielt einen integralen Beitrag:

- zur Qualität der Schul- und Unterrichtsprozesse,
- zur Förderung der Lern- und Leistungsfähigkeit der Lehrpersonen und Schüler/-innen und
- zur Zufriedenheit und zum Wohlbefinden der Beteiligten.

3. Gesundheitsbildung und Gesundheitserziehung: Sie fördert das Gesundheits- und Sicherheitsbewusstsein und die Gesundheitskompetenzen von Schüler/-innen:

- gesundheitsfördernde Unterrichtsprinzipien,
- Integration gesundheits- und sicherheitsbezogener Inhalte in den Unterricht und in das Schulleben,
- Kurse und Programme der pädagogischen Prävention und Gesundheitsförderung.

Weitere Infos unter:
www.anschub.de

„E wie Ernährung“

Im Rahmen der Tagungsreihe „G wie Ganztag“ stand bei dem LVR-Fachtag „E wie Ernährung“ am 09.02.2006 die Frage im Mittelpunkt, wie gesunde und gute Ernährung als Baustein der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich konzeptionell zu verankern ist und an welchen Leitlinien und Kriterien die beteiligten Akteure sich dabei orientieren können. Beiträge waren:

- „Leitlinien „Ernährungswende im Schulalltag“, von Frau Dr. Sinshäuser (siehe vorangegangene Seite!),
- „Frau Heer, was gibt's heute zu essen?“, von Dr. Fernkorn, Schulleiterin, und Frau Barkhoff-Heer (AWO), Förderschule Tersteegenschule, Förderschwerpunkt Lernen, Mülheim/Ruhr,
- „Essen und Trinken in der offenen Ganztagschule. Rahmenkriterien für das Verpflegungsangebot und interaktive Angebote zur Ernährungserziehung“ von Frau Tenberge-Weber, Verbraucherzentrale NRW.

Download der Beiträge unter: www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/Ganztagschule/ogatadokumentationen.htm

Leistungsabfall, Übergewicht, früherer Tod

Sechste LVR-Konferenz zur Jungenarbeit fordert eine jungenspezifische Gesundheitsförderung

Die geschlechtsspezifische Gesundheitsförderung von Jungen und jungen Männern stand im Mittelpunkt der 6. Fachkonferenz Jungenarbeit des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) am 09.12.2005. „Häufig vergessen Männer, dass sie einen Körper haben, betrachten den Körper als Leistungsmaschine, die zu funktionieren hat“, wie Professor Hurrelmann, renommierter Gesundheitsforscher an der Universität Bielefeld, in seinem Eingangsreferat ausführte.

So kamen über 130 Fachmänner – die Tagung richtete sich nur an Männer – auf Einladung des Landesjugendamtes Rheinland, der Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit in NW e.V. und des Paritätischen Jugendwerkes NRW nach Köln, um sich dem drängenden Thema der geschlechterspezifischen Gesundheitsförderung von Jungen und jungen Männern zu widmen.

Obwohl bereits in den 90er Jahren jungenspezifische Gesundheitsaspekte z.B. mit dem Hinweis auf jungenspezifische Sucht-, (Selbst-)Gefährdungs- und Sterblichkeitsrisiken ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerieten, hat es viele Jahre gedauert, den geschlechtersensiblen Blick nicht nur auf Mädchen, sondern auch auf Jungen und ihre Lebenslagen und Lebensfragen zu lenken. Wichtige Impulse waren in den letzten Jahren die Schulstudien PISA und IGLU, aber auch die letzte Shell-Jugendstudie, die deutliche Bildungsunterschiede bei Mädchen und Jungen erkannten – zu Ungunsten der Jungen.

„Das Landesjugendamt Rheinland beschäftigt sich ja schon seit einigen Jahren mit dem Thema der Jungenförderung. Die diesjährige Tagung hat uns jedoch vor Augen geführt, wie dringlich das Thema ist und welche Herausforderungen gerade der Gesundheitsaspekt mit sich bringt“, so Michael Mertens, Leiter des Dezernates „Schulen, Jugend“ im LVR.

Der erste Datenreport des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland widmet sich ebenfalls dem Gesundheitsthema, wenn festgestellt wird: „Männer erleiden häufiger schwere und tödliche Arbeitsunfälle, begehen häufiger Selbstmord, rauchen und konsumieren mehr Alkohol und illegale Drogen – fühlen sich subjektiv aber gesünder als Frauen“. Eine fatale Selbsteinschätzung und eine Hürde für präventive, gesundheitsfördernde Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe.

Professor Hurrelmann: „Sowohl im Bereich der Gesundheitsberatung und Gesundheitsförderung als auch bei der allgemeinen Entwicklungs- und Bildungsförderung müssen gezielt Programme für junge Männer aufgelegt werden, vor allem für solche mit benachteiligtem sozialen Hintergrund.“

Konkret forderte Hurrelmann, dass die Leistungsförderung von Jungen und jungen Männern in den Blick genommen werden muss, dass das Erlernen sozialer Regeln, der kompetente Umgang mit Konflikten, aber auch die Sensibilisierung für den eigenen Körper als wichtige Erziehungsziele gelten müssen. Auch eine Männer-Quote in den erzieherischen Berufen hält er für durchaus erwägenswert. Jungen und junge Männer bräuchten Vorbilder die ihnen im Prozess des „doing gender“, der Konstruktion der eigenen, individuell ausformulierten männlichen Rollenidentität zur Seite stehen.

„Ohne geschlechtersensiblen Blick geht es nicht. Die Fragen und Probleme, die sich aus den veränderten und sich verändernden Lebensbedingungen für die Gesundheit von Jungen



(wie auch Mädchen) ergeben, stellen eine Querschnittsaufgabe für Fach- wie Lehrkräfte sowie alle Institutionen dar, die Kinder und Jugendliche auf dem Weg des Erwachsenwerdens begleiten“, ergänzte Dr. Christoph Blomberg von der Fachstelle „Jungenarbeit in NRW“.

Komplettiert wurde die Tagung durch sechs Praxisforen, in denen praktische Ansätze der Jungenförderung diskutiert wurden. Die Tagungsteilnehmer zeigten sich hoch erfreut über den Verlauf der Tagung und erklärten, viel für ihre praktische Arbeit mitgenommen zu haben.

*Eine Dokumentation der Tagung wird im Herbst 2006 erscheinen
(Kosten: 5,- EUR).*

*Kontakt/Bestellung an:
alexander.mavroudis@lvr.de*

„Schulmüdigkeit“ als Begabung anerkennen und nutzen

von Rainer Meerkamp

Die Ausgabe 2/2004 von „Jugendhilfe & Schule *inform*“ war dem Themenschwerpunkt Schulmüdigkeit gewidmet. Für Schule und Jugendhilfe ist „Schulmüdigkeit“ eine Herausforderung. Während damals ein riskantes Fehlverhalten beschrieben und oft von Symptomen gesprochen wurde, wird in diesem Beitrag die Intervention gelassener Fehlerfreundlichkeit empfohlen. Nach einer kleinen Vorbemerkung zum vielfältigen Interventionsrepertoire professioneller Hilfe wird eine Szene mit einem „schulmüden“ Schüler, seinem müdigkeitsfreundlichen Lehrer und seinem Fehler zugeneigten Schulsozialarbeiter präsentiert und weitergesponnen, gefolgt von einem Kommentar in der Nachbemerkung.

Zum Interventionsrepertoire professioneller Hilfe

Eine Vorbemerkung: Das schulsozialarbeiterische Interventionsrepertoire besteht aus verschiedenen förderlichen und klugen Umgangsweisen, aus vorwärts weisenden, fachlich verantworteten Bündnissen mit dem Sozialen. Mal wird etwas kämpferisch und herausfordernd interveniert, mal – z.B. weil „Widerstand zwecklos“ – humorvoll mit-spielend, da Humor bekanntlich ent-waffnet, mal wird gekonnt einer Interaktionsfalle ausgewichen und umgesteuert, mal nach den kostbaren prosozialen, nützlichen, guten Ausnahmen von der alten Problem reproduzierenden schlechten Regel gesucht, mal wird voller Neugier den zunächst undeutlichen spezifischen Erbschaften/Hypothesen dieses Schülers nachgegangen – wie auch immer, dem Erfindungsgeist und der Kreativität sind hier, wie überall im Feld der sozialen Arbeit, keine Grenzen gesetzt. Und zu diesem Repertoire von sozialpädagogisch fruchtbaren Kooperationsformen und sozial

konstruktiven Aktionsmustern zählt eine interessante Interventions-Variante mit dem Tenor: „Diesen Fehler bitte noch einmal!“ Die folgende kleine Szene ist das Exempel zu dieser Variante.

Schulmüder Schüler trifft auf müdigkeitsfreundlichem Lehrer

Mit dem zunehmend „schulmüden“ und „schulverdrossenen“ Schüler und seinem müdigkeitsfreundlichen Lehrer wird im Kontext der schulbezogenen sozialen Arbeit ein Unaufmerksamkeitstag pro Woche vereinbart, an dem der Schüler die Aufgabe hat, nur räumlich-körperlich anwesend zu sein, vom Unterrichtsthema absolut nichts mitzubekommen und sich abzulenken, so intensiv er kann, so dass er mittags nicht weiß, was heute im Unterricht dran war. Das ist ein (vielleicht im ersten Moment seltsam anmutender) Weg, zunächst etwas für die Selbstachtung des Schülers zu tun, dem das erfolgreiche Bewältigen dieser Aufgabe zugetraut wird. Und diese Intervention zeigt zugleich gelassene, undramatische Fehlerfreundlichkeit an: Ruhig mal etwas verordnete Regression vor der nächsten Progression.

Das war auch schon der Kern des ganzen Anliegens einer unaufgeregten „fehlerfreundlichen“ Hilfe. Der nächste Schritt auf diesem Wege könnte so aussehen: Als Hausaufgabe schreibt der Schüler eine Woche später einen Aufsatz zu seiner Kunst und Könnerschaft, sich so gekonnt abzulenken. Das Thema des Aufsatzes könnte z.B. lauten: „Wie ich es jeden Dienstag schaffe, in Müdigkeit zu versinken und absolut nichts vom Unterricht mitzukriegen.“ Im Sinne dieser Hausaufgabe bewährt sich der einmal pro Woche „von Müdigkeit überwältigte“ Schüler in der Schule; sein Lehrer gibt ihm eine Hausaufgabe, mit der er den müdigkeits-

SCHLAG

LICHT

Schulmüdigkeit

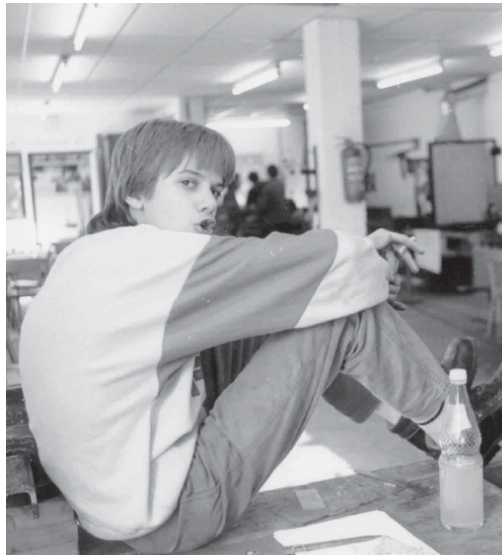


begabten Schüler nicht zum Verlierer abstempelt, sondern ihn seine Kunst des Abgelenktseins, Sich-gehen-Lassens und Vor-sich-Hinträumens schildern lässt: da sein und doch nicht dabei sein. Das schafft nicht jeder.

Ohne eine reflexive Distanzierung von seiner aktiv produzierten „Schul-schwierigkeit“ und „Müdigkeit“ kann der Schüler zu sich und seiner anerkannt hohen Könnerschaft des Abschaltens in seinem Aufsatz nichts schreiben, und eine Reflexion ist jetzt allerdings hoch willkommen. Anläufe zum „Schulversagen“ stellen eine Aufgabe dar, bei deren Bewältigung man schließlich nicht nachlassen darf und zu der man sich ruhig auch seine Gedanken machen soll. Dem Schüler fällt mit etwas Abstand bestenfalls auf, was dem Schulsozialarbeiter längst klar ist: Seine „Müdigkeit“ ist ein „Bewältigungsverhalten“. – Und auf den einen versäumten Vormittag pro Woche kommt es nach der vorangegangenen langen Abwärtsentwicklung wirklich nicht an, wenn es jetzt um die Integration des „Müdesseins“, um Ich-Integration („Unterstützung der Identitätsentwicklung“) und Reflexion eigenen Tuns geht.

Das weitere Procedere könnte etwa so aussehen: Nach ein paar Wochen und mehrfachen Präzisierungen seines Aufsatztextes kann der Schüler, sofern der Bedarf besteht, dann probeweise an kalendarrisch geraden Tagen versuchen zu lernen und an kalendarrisch ungeraden Tagen weiter, gekonnter und bewusster denn je, „schul-distanziert“ und beinahe „unterrichts-phobisch“ sein bzw. scheinen. Schüler und Lehrer machen an geraden und ungeraden Tagen neue Erfahrungen mit ihren vermutlich hoch ambivalenten Haltungen zu Aspekten des Schulalltags, Erfahrungen, die der Rede wert sind und die sie am Ende dieser Phase, unterstützt durch den Kontext der Schulsozialarbeit, gemeinsam auswerten. – „Erfahrungen durchbrechen die Routine des Selbstverständlichen und sind ein Springquell von Kontingenzen. Sie durchkreuzen Erwartungen, laufen den gewohnten Wahrnehmungsweisen entgegen, lösen Überraschungen aus, bringen Neues zu Bewusstsein. Erfahrungen sind stets neue Erfahrungen und bilden ein Gegengewicht zum Vertrauten.“

(Jürgen Habermas, in „Nachmetaphysisches Denken“) Die dem Schüler und seinem ambivalenzfreundlichen Lehrer wohl vertraute „Schulmüdigkeit“ wird in einen neuen Rahmen gesetzt und verändert sich dadurch, dass sie genauer betrachtet wurde und ein „neues Lerninteresse“ geweckt hat. (Auch der unbeirrte „chronische Schulbesuch“ der allermeisten Mitschüler dieses „müden“ Schülers könnte dann mal zum Thema werden; beharrliche Abwesenheit von Schule oder innere Kündigung hat ja ebenso Folgen wie beharrliche Anwesenheit.)



Nachbemerkung

Nun noch die angekündigte Nachbemerkung: Es zeugt von einer eigentümlichen Begabung, wenn es einem Schüler gelingt, sich so weit gegen den Alltag abzuschotten, dass er viele oder sogar fast alle Gelegenheiten schulischen Lernens verpasst. Wer auf so beeindruckende und verlässliche Weise „dicht macht“, ist in der Lage, Tag für Tag eine konstante Leistung zu erbringen, denn er lässt ja nicht nach im pünktlichen Ausweichen, zeigt seine große Energie, sein beharrliches Nicht-Lernen im Sinne des schulisch organisierten Lernens. Hut ab! Was für Möglichkeiten! Hier sind sie, die Stärken, Sekundärtugenden und Potentiale, an denen Sozialberufler so gern ansetzen möchten.

Das Wissen, wie man präzise gegen eine soziale Regel verstößt, ist Regelwissen – auch da fehlt es offenbar an nichts, wenn der Schüler regelmäßig nichts vom Unterricht mitbekommt.

Während der Lehrer ein Experte fürs formalisierte Lernen, für das Bewerten von Lernleistungen, das Selektieren seiner Schüler und Zuweisen von sozialen Chancen ist, ist dieser Schüler ein Experte fürs informelle Organisieren des Alltags und das gezielte Selektieren der eigenen Aufmerksamkeit – diese beiden Akteure können hier eine Expertengemeinschaft bilden und nutzen die Ergebnisse des oben beschriebenen Unaufmerksamkeitsexperiments als eine Gelegenheit zum neuen Miteinander.

„Welches Lebensthema des Jugendlichen habe ich mir mit meinem verengten Blick allein auf diese Müdigkeit bislang verdeckt?“, fragt der Lehrer oder Schulsozialarbeiter bei der nächsten Gelegenheit. Begabungen und Leistungspotentiale werden vorübergehend von der „Müdigkeit“ überlagert, aber auch in dieser steckt eine beachtliche Strukturierungsleistung – eine Aussage, die, nebenbei gesagt, selbstverständlich auch für jene müden, „ausgebrannten“ Lehrer gilt, die ihre pädagogische Begabung und ihre didaktischen Potentiale schon seit langem vor sich und ihren Schülern verdecken, weil auch für sie Schule zu einem, so A. Scheer, „Problemgenerator“ geworden ist („inform“ 2/04, S. 27).

Zurück zum Schüler: Hier deuten sich dem Pädagogen wie dem Sozialberufler/Schulsozialarbeiter, der mit Aufmerksamkeit fürs Positive arbeitet, weitere hochgeschätzte Sekundärtugenden an. Ohne sein energisches, pünktliches und wohl organisiertes Ausweichen in die „Müdigkeit“ könnte dieser sekundärtugendengesehene Schüler unversehens ins Fahrwasser der schulischen Normal-Karriere geraten und lernen wie all die anderen Schüler auch.

Es ist schade, wenn der Schüler mit dem Lernort Schule auch einen Lebensort verlieren sollte, an dem er Freundschaften schließen kann und „dazugehört“. Erfolglos sein (im Sinne der Schule) ist kein Vergnügen. Nichtgelingen enttäuscht. Auch deshalb lohnt es sich, den Schüler zu unterstützen bei seiner möglichst wachen „Müdigkeit“.

Unterschiedliche Entwicklungen und Folgeinterventionen sind im weiteren Verlauf der Begegnung denkbar. Wie auch immer sie dann auch

ausfallen mögen: Auf einen entwicklungs-fähigen „Fehler“ des Schülers sollte man auf Seiten der Profis mit integrationsfördernder Achtung und fehlerfreundlicher Neugier antworten, nicht mit dem Entwerten der Begabung („Schulversager!“) und dem Bekämpfen dieses Verhaltens (gern kaschiert als „Fördern und Fordern“), positiv formuliert im Geiste jenes Kulturministerdeutschs, in dem man nicht mehr von „Sitzenbleibern“ spricht, sondern von Schülern mit einer „verzögerten Laufbahn“. Wer als Profi die Begabung eines Schülers nicht durch seine Problemzuschreibung überdeckt, wer sich den Schüler als fähigen und wertvollen Partner vorstellen kann, erhöht die Chance, zu einer neuen Zusammenarbeit mit diesem Schüler und zu einer gemeinsam getragenen Problemlösung zu finden. Wer im Alltags-handeln des „schulmüden“ Schülers das künftige Bessere voraussehen kann, wer dessen Veränderungsmöglichkeiten zum Guten ahnt, so dass dann eventuell nur noch hier und da ein klein wenig verrückt werden muss, gar nicht unbedingt sehr viel, um den Rahmen zu verändern und eine neue, bislang kunstvoll verzögerte Entwicklungschance zu eröffnen, wer eine solche Haltung einnehmen kann, der erweist auf überzeugende Weise seine professionelle „Sozialkunst“.

Der abgedruckte Beitrag ist ein Ausschnitt aus einer Veröffentlichung des Autors in der Zeitschrift „Soziale Arbeit“, 55. Jg. 2006, Heft 1 (S. 8-16), mit dem Titel „Fehlerfreundliche Interventionen in der sozialen Arbeit. Diesen Fehler bitte noch einmal!“, dort mit neun Beispielszenen.

Der Autor: Rainer Meerkamp, Diplom-Pädagoge, betreibt eine „Praxis für Aufmerksamkeit im Alltag, Lebensberatung, Problemlösung“, schreibt u.a. zu Fragen des Helfens und Heilens und ist als Autor 2006 auch unter der Überschrift „Qualitätsmanagement in der Jugendsozialarbeit – für uns der richtige Weg?“ mit seinen „Beobachtungen und Überlegungen zur Einführung von Qualitätsmanagement“ in einer Veröffentlichung des Landesjugendamtes zum „QM“ vertreten (erscheint im Sommer 2006).

**Kontakt: Nöthener Str. 17,
53902 Bad Münstereifel, E-Mail:
RainerMeerkamp@web.de**

2. Chance für Schulverweigerer

Bundesjugendministerin von der Leyen startet mit Kommunen bundesweites Modellprogramm

Bis 2007 will die Bundesregierung zusammen mit Städten, Landkreisen und Gemeinden 1000 Schule verweigernden Jungen und Mädchen zu einem Abschluss verhelfen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat dazu das Modellprojekt „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ gestartet. An rund 50 Standorten in ganz Deutschland sollen Koordinierungsstellen für Schüler und Eltern geschaffen werden, um die Chancen von Schulverweigerern auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu verbessern. Jugendliche sollen dort einen festen Ansprechpartner vorfinden, der sich um ihre Probleme kümmert und sie dauerhaft auf dem Weg zum Schulabschluss begleitet. Das Bundesjugendministerium stellt dafür aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) in diesem und im nächsten Jahr zunächst neun Mill. EUR bereit.

„Die 2. Chance‘ ist eine hervorragende Investition in die Zukunft der jungen Menschen“, sagt Bundesjugendministerin von der Leyen. Das Besondere an dem Konzept ist, dass Schulverweigerer vor Ort eine individuelle, auf ihre persönliche Lebenssituation zugeschnittene Betreuung erhalten, um so möglichst vielen von ihnen doch noch zu einem Abschluss zu verhelfen. In den Koordinierungsstellen sollen sich so genannte „Case-Manager“ z.B. um Praktika oder um zusätzlichen Unterricht kümmern. „Wenn von Anfang an alle Beteiligten, also Schüler, Eltern, Jugendämter, örtliche Träger und Koordinierungsstellen an einem Strang ziehen, steigen die Chancen der jungen Menschen, vor dem wichtigen Start ins Berufsleben wieder Halt zu finden“, so von der Leyen.

Die Kommunen unterstützen das von der EU und der Bundesregierung aufgelegte Modellprogramm: „Wir müssen alles daran setzen, dass jeder Jugendliche eine abgeschlossene Schulausbildung erhält. Denn das ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und das Risiko, zum sozialen Problemfall zu werden“, so der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sagt über das Modellprojekt: „Damit beschreiten wir einen richtigen Weg zur Integration“.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, ergänzte: „Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe leisten die Kommunen bereits seit jeher Hilfestellung in Problemfällen. Ein Schulabschluss ist die Grundvoraussetzung für eine auskömmliche berufliche Tätigkeit und bildet damit auch die Basis für eine solide Familienplanung.“

Jedes Jahr verlassen bundesweit etwa 85.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Insbesondere Kinder und Jugendliche zwischen elf und 14 Jahren gehören zur Risikogruppe, vor allem aus sozial benachteiligten Familien oder Familien mit Migrationshintergrund. „Diesen jungen Menschen wollen wir eine zweite Chance geben, um sie nicht gleich in der Startphase ihres Lebens zu verlieren. Für die Zukunft unserer Gesellschaft brauchen wir alle Kinder und Jugendlichen, die wir haben“, so die Ministerin. (...)

Weitere Infos zum Modellprojekt unter:
www.deutscher-verein.de

www.bmfsfj.de, 08.03.2006

www.dji.de/schulmuedigkeit

Das Deutsche Jugendinstitut forscht seit vielen Jahren zum Thema „Schulmüdigkeit“ (zu Schulmüdenprojekten in Nordrhein-Westfalen siehe „inform“ 2/04, S. 3 ff.). Mit dem aktuellen Projekt „Netzwerk Prävention von Schulmüdigkeit und Schulverweigerung“ werden Praxisbeispiele im Handlungsfeld „Prävention von Schulmüdigkeit und Schulverweigerung“ systematisch erfasst. Das DJI will ein Netzwerk von Projekten aus möglichst allen Bundesländern mit unterschiedlichen Arbeitsansätzen in Kooperation von Jugendsozialarbeit und Schulen organisieren und moderieren.

Schule aus Kindersicht

Was Kinder wollen und erwarten

Wanderausstellung und Mitmachprojekt zur Partizipation vom



von Dörte Schlottmann

Seit Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studie ist unumstritten: Es besteht dringender Handlungsbedarf für die Verbesserung der Bildungssituation in Deutschland. Über die zu ergreifenden Maßnahmen jedoch besteht keine Einigkeit. Experten wie Politiker/-innen, Pädagogen/-innen oder Wissenschaftler/-innen zerbrechen sich den Kopf auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser Misere. Die „wahren Experten“ aber, die Kinder, die sich als Schüler/-innen täglich mit Schule auseinandersetzen, wurden bisher nicht gefragt.

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW hat deshalb das Projekt „Schule aus Kindersicht“ angestoßen, das die Sichtweise von Schüler/-innen in den Mittelpunkt stellt. Die Einbeziehung ihrer Perspektive und deren Veröffentlichung gibt ihnen Gelegenheit, in demokratischen Prozessen ihre Anliegen zu artikulieren und visuell umzusetzen. Das Projekt wurde vom JFC Medienzentrum Köln in Koope-

JFC Medienzentrum Köln

ration mit dem Kinderspielhaus Düsseldorf durchgeführt. Die Ergebnisse sind in einer Wanderausstellung zusammen gestellt, die von NRW Generationenminister Armin Laschet eröffnet wurde. Schulen und andere Institutionen sind nun herzlich eingeladen, diesen Ansatz aufzugreifen, mit den vielfältigen Aussagen der Wanderausstellung vor Ort zu arbeiten, eigene Ergebnisse zu erstellen und so nachhaltig die Perspektiven der Besucher/-innen festzuhalten und demokratische Prozesse anzuknüpfen.

Entstehung der Wanderausstellung

Die Wanderausstellung wurde von einer 12köpfigen Gruppe erarbeitet. Die beteiligten 7 bis 14jährigen Schüler/-innen besuchen verschiedenen Schulformen. Grundschule, Hauptschule, Gymnasium und einer Förderschule für Lernbehinderte. Im Kinderspielhaus Düsseldorf fanden sie sich für Bildung der Projektgruppe zusammen, die sich anschließend zur individuellen Themenfindung ein- bis zweimal wöchentlich traf. In den Diskussionsrunden wurden zunächst keine Themen vorgegeben, damit eigene Ideen und Positionen herausgefunden und artikuliert werden konnten. Die Ideen wurden gebündelt, thematisch sortiert, noch einmal mit den Vorstellungen der Kinder/Jugendlichen abgeglichen und in weiteren Diskussionen vertieft. Es ergaben sich sechs Hauptthemen (Lernen, Lehrer, Mitschüler, Schulgebäude, Klassenraum, Schulweg), an denen sich die Kinder und Jugendlichen im weiteren Projektverlauf orientierten und die dazugehörigen Sichtweisen erarbeiteten. Ein wichtiger Aspekt war die Frage der Publizierung ihrer Positionen, die über Postkarten und den Internetauftritt erfolgen sollte.

Der Schwerpunkt der medienpädagogischen Anleitung lag darin, durch

Das Projekt

Schule aus Kindersicht

Bäcker ist zu teuer -
ich möchte
eine Cafeteria
in meiner Schule.



Bildbetrachtung und Postkartenanalyse zu vermitteln, wie es gelingen kann, Motive so auszuwählen und zu fotografieren, dass sie die gewünschten Aussagen unterstützen.

Darauf folgte die spannende „Ausflugphase“, in der die Schulen Einblick in ihren Unterricht gewährten. Die Beteiligten fotografierten in ihrer Klasse während des Unterrichts. Für alle war es eine sehr aufregende Zeit, denn wer hat schon mal der eigenen Lehrerin über die Schulter geschaut oder daneben gestanden wenn die Klasse schwere Mathematikaufgaben lösen muss?

Nach dieser Phase der Visualisierung der Aussagen erfolgte in der Regel ein Treffen zur Auswahl des

Ziele der Wanderausstellung

Um die Nachhaltigkeit auf verschiedenen Ebenen zu sichern, wurden sechs Zielsetzungen mit der medienpädagogischen Arbeit verfolgt:

– *Kritische Reflexion der eigenen Schulsituation seitens der Teilnehmer/-innen:* Den Kindern/Jugendlichen wird mit dem Projekt die Möglichkeit gegeben, sich mit ihrer eigenen Schulschule kritisch auseinander zu setzen. In Diskussions- und Produktionsprozessen lernen sie, positive und negative Zustände zu erkennen, zu hinterfragen und zu artikulieren. Auf diese Weise entwickeln sie ein Bewusstsein für ihre Bedürfnisse, Wünsche und Erwartungen an Schule.

ihr bewusster Einsatz für eigene Belange. Kinder/Jugendliche haben im Projekt die Möglichkeit, Aspekte der Bildsprache kennenzulernen und sie bewusst einzusetzen.

– *Erarbeitung neuer Perspektiven als Basis für weiterführende Denk- und Entwicklungsprozesse:* Pädagogen/-innen erhalten durch das Projekt die Chance, gemeinsam mit den Schüler/-innen deren Sichtweise auf Schule zu erarbeiten. In Form der gestalteten Postkarten werden die Ergebnisse optisch nachvollziehbar. Die klaren und knappen Bild- und Textaussagen schärfen den Blick für die tatsächlichen Bedürfnisse und Wünsche der Kinder/Jugendlichen. Neu gewonnene Eindrücke



Bildmaterials. In der Gruppe wurde das Für und Wider verschiedener Fotoaspekte diskutiert und die Fülle des Materials reduziert. Ein gemeinsames Wochenende bildete den Höhepunkt, denn hier wurden die eigenen Postkarten erstellt. Dafür bearbeiteten sie ihre Fotos am Computer und kombinierten diese mit eigenen Sprüchen und Kommentaren. Gebanntes Warten vor dem Drucker und ungläubiges Staunen über die erstellten Karten bestimmten die Atmosphäre. 15 Postkartenmotive sind entstanden, die anschließend gedruckt wurden und in der Wanderausstellung enthalten sind.

Um die Abstimmungsprozesse zu dokumentieren, den Perspektivwechsel nachzuvollziehen und die Aussagen festzuhalten, begleiteten Medienpädagogen/-innen des JFC Medienzentrum Köln die einzelnen Phasen per Video und leiteten die Bereiche Fotografie/Bildsprache und Gestaltung der Postkarte an.

– *Förderung einer produkt- und öffentlichkeitsorientierten Nutzung der Medien:* Die Kinder/Jugendlichen lernen im Projektverlauf neue Nutzungsmöglichkeiten von Medien kennen. Sie erarbeiten ein eigenes Produkt, indem sie die gestalterischen Möglichkeiten der Medien kreativ für ihre Interessen einsetzen. Der Medieneinsatz ermöglicht eine distanzierte Sichtweise auf ihre Alltagssituation. Und sie lernen im gemeinsamen Diskussionsprozess, wie wichtig ein Perspektivwechsel ist, um die Personen, die sie ansprechen wollen, auch zu erreichen.

– *Förderung visuell kommunikativer Fähigkeiten:* Zunehmende Visualisierung von Inhalten prägt die Umwelt, insbesondere die Medien. Visuelle Kommunikation gewinnt im Rahmen von Digitalisierung und Globalisierung immer mehr Bedeutung. Vor diesem Hintergrund ist eine Entschlüsselungskompetenz der Bilder ebenso notwendig wie

und Perspektiven können die Basis für weiterführende Denk- und Entwicklungsprozesse bilden.

– *Partizipation an gesellschaftlichen Diskussionsprozessen:* Die Kinder/Jugendlichen beziehen mit Produkten klar Stellung und beteiligen sich auf diese Weise aktiv an den gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen rund um die Themen Bildung und Schule. Im günstigen Fall werden durch ihre Beobachtungen und Stellungnahmen Veränderungen im Schulalltag erreicht. Mit der Wanderausstellung „Schule aus Kindersicht“ wird eine für alle wahrnehmbare Öffentlichkeit geschaffen, die zur generellen Sensibilisierung der Wahrnehmung hinsichtlich dieser Thematik beiträgt.

Methodischer Ansatz zur eigenen Weiterarbeit

Das Begleitpaket der Ausstellung arbeitet nach zwei Methoden, die Nachhaltigkeit sichern wollen.

Partizipation der Kinder/Jugendlichen in offenen Gesprächsforen. – Die Teilnehmer/-innen werden während der Projektarbeit in die Entscheidungsprozesse mit einbezogen, ihnen wird Verantwortung übertragen. In offenen Gesprächsforen bestimmen sie selbst die Diskussionsrichtung und werden sich Stück für Stück ihrer eigenen Wünsche und Bedürfnisse bewusst. Das kann zwar dazu führen, dass Prozesse länger dauern, da sie schwieriger planbar und unvorhersehbarer sind, die Teilnehmer/-innen haben jedoch auf diese Weise nicht nur das Gefühl, sondern auch die Gewissheit, dass es tatsächlich um ihre Belange geht.



tionsprozessen soziales Lernen. Denn die Inhalte und Gestaltungsformen der Postkarten müssen miteinander abgestimmt und ausgehandelt, Kompromisse gefunden werden.

Mediale Aufbereitung

Die umfangreiche mediale Aufarbeitung des Projektes trägt dazu bei, Kommunikationsprozesse zwischen den Kindern/Jugendlichen auch institutionsübergreifend anzuregen und ermöglicht den vernetzten Austausch zwischen den schulischen und außerschulischen Institutionen.

Video-Dokumentation auf DVD: Der Videofilm dokumentiert die Vorgehensweise innerhalb des Projektes

Korrekt!
Das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler sollte:

- netter
- aufmerksamer
- leiser
- attraktiver
- cooler

sein.
 Janine, 14 Jahre



Die Erfahrung hat gezeigt: Geduld wird belohnt. Die Teilnehmer/-innen engagieren sich mit großer Begeisterung und Freude, wenn sie sich in die Thematik vertieft haben. Sie identifizieren sich mit dem Projekt, weil sie verstanden haben warum es geht und wissen wofür sie sich einsetzen. Die Pädagogen/-innen leisten nur Hilfestellung bei Bündelung und Einordnung der Diskussionsergebnisse.

Produkt- und prozessorientierte Medienarbeit. – Mit der Gestaltung der Postkarten schulen die Teilnehmer/-innen ihre künstlerischen und technisch-handwerklichen Fähigkeiten. Sie erweitern ihre Artikulationsfähigkeiten im Vergleich zum rein sprachlichen Ausdrücken eigener Gedanken und Befindlichkeiten. Somit wird durch das Arbeiten an einem Medienprodukt eine zusätzliche Lernebene eröffnet, die tiefergehende Reflexionsprozesse ermöglicht.

Darüber hinaus fördert die prozess- und produktorientierte Teamarbeit mit ihren intensiven Kommunika-

und enthält Statements der Pädagogen/-innen und Kinder/Jugendlichen zum Projektgeschehen (ca. 17 Min.) und zu einzelnen Themenbereichen (Themenfindung/Medienwerkstatt/Interviews mit Pädagogen/Schülerumfragen/Talkshow, insgesamt ca. 50 Min.). Die Medienpädagoginnen sind sehr behutsam mit der Kamera umgegangen, so dass sie kaum wahrgenommen wurden. Dadurch ist das Material weitestgehend authentisch.

Wanderausstellung: Die Ausstellung richtet sich in erster Linie an Kinder/Jugendliche. Kurz und knapp wird der Projektverlauf skizziert. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die von Kindern/Jugendlichen gestalteten Postkarten. Das attraktive Produkt soll Lust auf die Arbeit mit Medien machen, das Interesse für die Thematik „Schule aus Kindersicht“ wecken und bereits erste Denkanstöße für die eigene Auseinandersetzung mit Schule geben. Sie besteht aus: – 12 Tafeln DIN A1 mit der Beschreibung des Projekts, Postkarten und

Das Projekt

- Sprüchen, Tafel mit Griffel für erste Gedanken zur Ausstellung,
- DVD mit Zusammenschnitt der Statements der beteiligten Pädagogen/-innen, Kinder/Jugendlichen und dem gesamten Datenmaterial,
- didaktische Materialien mit Projektbaukasten und Arbeitsvorlagen für Pädagogen/-innen.

Die Ausstellung ist als Wanderausstellung kompakt und transportabel konzipiert. Sie kann bei Interesse gegen Erstattung der Portokosten beim JFC Medienzentrum Köln ausgeliehen werden.

Im Internet: www.schule-aus-kindersicht.de hat einen Bereich für Kinder/Jugendliche. Hier können die bereits vorliegenden Postkarten als E-Card erschickt werden. Im Downloadbereich für Pädagogen/-innen können Infos zur Wanderausstellung abgerufen und Begleitmaterialien herunter geladen werden.

Angestrebt wird der Ausbau beider Bereiche: Die in Folgeprojekten erstellten Postkarten können ebenfalls auf der Internetseite präsentiert werden, um die Ergebnisse zu dokumentieren und die Diskussionsgrundlagen stetig zu erweitern. Es ist auch wünschenswert, dass die Begleitmaterialien im Laufe der Zeit mit Bildern und Berichten von Folgeprojekten ausgebaut wird.

Engagieren Sie sich!

Die Wanderausstellung ist als Ausgangspunkt und Denkanstoß für weiterführende Entwicklungsprozesse vor Ort zu verstehen! Das setzt eigenes Engagement voraus – sowohl



seitens der Schüler/-innen als auch der Pädagogen/-innen. Das Projekt regt an, miteinander ins Gespräch zu kommen. Es nimmt die Kinder/Jugendlichen mit ihren Sichtweisen, ihren Wünschen und Hoffnungen ernst und fördert deren öffentliche Artikulation. Wenn es gelingt, das Projekt in Schulen und außerschuli-

Die intensive Beschäftigung mit dem Thema Schule wird bei allen Beteiligten weitere Nebeneffekte zeigen, wie z.B. den Wunsch nach mehr Eigenverantwortung, stärkere Identifikation mit der eigenen Schule oder wachsendes Interesse an Mitgestaltung des Schullebens. Sie kann ein kleiner Baustein im Rahmen der Entwicklung der Bildungslandschaft und der Förderung von Demokratie und Partizipation sein.

zung ist es dabei entscheidend, dass die wertvollen Erfahrungen aus den Folgeprojekten dokumentiert und weiteren Pädagogen/-innen zur Verfügung gestellt werden. Die Internetseite www.schule-aus-kindersicht.de bietet dafür die entsprechende Plattform. Ziel ist es, einen Beitrag zu einem nachhaltig wirkenden Qualitätsentwicklungsprozess in und für Schule und Bildung zu leisten.

Die Ausstellung kann im Rahmen der Tagung „P wie Partizipation in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich“ am 30.08.2006 im LVR in Köln besichtigt werden!

Nicht zuletzt kann die Realisierung einer eigenen Einheit zum Thema „Schule aus Kindersicht“ dazu beitragen, vor Ort vorhandene Kompetenzen zu bündeln und zu vernetzen. Ein so facettenreiches und gesellschaftlich so aktuelles Thema wie „Schule“ eignet sich in besonderer Weise, um die Zusammenarbeit verschiedenster Bereiche (Schule, Jugendarbeit, Medienpädagogik) und den zukunftsorientierten Dialog zwischen den „Verantwortlichen“ (Schüler, Pädagogen, Eltern, kommunale Politiker etc.) anzustoßen. Für den Erfolg des Anliegens und die Idee der Vernet-

Wir laden Sie deshalb ein, den Anstoß zur Demokratie aufzugreifen und in Ihrer Schule oder Jugendeinrichtung die Nachhaltigkeit der Anliegen der Wanderausstellung zu fördern. Der Projektbaukasten liefert hierzu zahlreiche Anregungen für den Umgang mit der Thematik mit Arbeitsanleitungen und Übungsblätter.

schen Einrichtungen weiterzuführen und viele Kinder/Jugendlichen teilhaben zu lassen, wird ein fruchtbarer Diskussionsprozess in Gang gesetzt, aus dem sich gemeinsame Strategien für weitere Maßnahmen entwickeln lassen. Die Postkarten können als Messinstrument für die Stimmungslage der Schüler/-innen bzw. als Bestandsaufnahme der Schulsituation geltend gemacht werden.

*Kontakt: JFC Medienzentrum Köln,
Dörte Schlottmann, Telefon
0221/13056150, E-Mail:
schlottmann@jfc.info,
Hansaring 84-86, 50670 Köln
www.jfc.info
www.schuleauskindersicht.de*



Verantwortung macht Schule!

Das SozIalPädagogische GrundPraktikum an der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule

von Josef Bayer-Ruf

Manchmal rücken bei knapper werdenden Ressourcen Projekte, die eigentlich schon lange existieren, in den Focus der Schulen und der Fachöffentlichkeit. In „fetten Jahren“ als schmuckes pädagogisches Beiwerk betrachtet, haben sie nun Konjunktur.

Eigentlich eine einfache Idee

Schon damals fragten mich Oberstufenschüler unserer Schule, ob nicht auch sie eine Arbeitsgemeinschaft für die Jüngeren anbieten könnten. Sie seien in ihrer Kirchengemeinde schon Leiter von Kindergruppen, im Sportverein Co-Trainer, und eigentlich sei das kein Problem, so etwas auch in der Schule zu machen.

Soweit so gut, nur was ist, wenn der jugendliche Elan mitten im Schuljahr nachlässt oder sich anderen Aktionsfeldern zuwendet? Schließlich hatten wir schon damals Pflicht-AG's für die Schüler/-innen der Jahrgänge 5/6. Verlässliche Stundenplanbindungen lassen nun mal keine spontanen Aktionen zu. Es brauchte eine hinreichende Motivation, eine Anerkennung für die teilnehmenden Sek. II-Schüler/-innen!

Kurzum, die Sache nahm Gestalt an

Das SozIalPädagogische GrundPraktikum wird an der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule seit 1983 erfolgreich praktiziert. Im Kern handelt es sich um ein Angebot an Schüler/-innen der Sekundarstufe II, im Zeitraum von drei Schulhalbjahren ein *an den Fachhochschulen NRW anerkanntes Praktikum* zu absolvieren. Nach der Vorbereitungsphase, die ein Schulhalbjahr dauert, erfolgt der praktische Einsatz der Sek. II-Schüler/-innen im Ganztagsbereich der eigenen Schule. Die Praktikanten/-innen bieten

- zweistündige Arbeitsgemeinschaften für die Schüler/-innen der Jahrgangsstufen 5/6 über den Zeitraum eines ganzen Schuljahres an,
- assistieren in den Klassen 5/6 bei der Durchführung von Projektwochen,
- begleiten die Klassen der Jahrgangsstufe 5 als Betreuer auf Klassenfahrt
- informieren sich über außerschulische Arbeitsfelder sozialer Arbeit.

Die Arbeit der Praktikanten/-innen wird über den gesamten Zeitraum methodisch-inhaltlich vorbereitet, begleitet und mit ihnen ausgewertet.

Das Projekt

Das Praktikum hat sich an der Käthe-Kollwitz-Schule zwischenzeitlich fest etabliert, ist Teil unseres Schulprogramms und wurde im April dieses Jahres als „Gute-Praxis-Beispiel“ im Rahmen des Wettbewerbs „Zeigt her eure Schule“ von der *Kinder- und Jugendstiftung Berlin im Auftrag des Bundesbildungsministeriums* von über 200 Bewerbungen als eins der besten 10 Bewerbungen prämiert.

Alle haben was davon!

Der Einsatz der Sek. II-Praktikanten/-innen entlastet unsere Schule im laufenden Schuljahr 2005/06 um ca. 26 Lehrerwochenstunden, dies entspricht dem Umfang einer vollen Lehrerstelle. Diese eingesparten Stunden kann die Schule im Unterrichts- und/oder Förderbereich einsetzen, respektive Unterrichtsausfall kompensieren.

Aufgrund der hohen Teilnehmerzahlen der Praktikanten/-innen in den letzten drei Jahren konnte der Einsatzort der Praktikanten durch die Zusammenarbeit mit einer im Stadtteil ansässigen Offenen Ganztagsgrundschule noch erweitert werden.

Die Kooperation wird seitens der Grundschule sehr positiv aufgenommen, da auch dort durch den Einsatz der Praktikanten/-innen, neben den pädagogischen Effekten, eine personelle Entlastung stattfindet und an einem Nachmittag in der Woche mehr Raum für die individuelle Förderung der Kinder entsteht.

Neben diesem enormen wirtschaftlichen Effekt für unsere Schule und auch für die benachbarte Grundschule ergeben sich weitere nicht zu unterschätzende Aspekte:

Die *Praktikanten/-innen* lernen im Praktikum:

- Übernahme von realer Verantwortung,
- Sozial- und Teamkompetenz,
- Basiswissen für die Leitung von Gruppen,
- pädagogisches „Know-how“ im Umgang mit einzelnen Kindern,
- pädagogische Arbeit im Kontext einer Institution,
- dass sich ehrenamtlicher Einsatz lohnt.

Einige haben aufgrund des Praktikumszertifikats den gewünschten Ausbildungsplatz erhalten; sie



werden als Au-Pair-Boy oder -Girl bevorzugt ausgewählt; die Bundeswehr erkennt die pädagogische Qualifikation an; Arbeitgeber messen diesem Einsatz einen hohen Stellenwert bei.

Die *Kinder* erfahren in der Schule:

- ältere Mitschüler als Vorbilder,
- Wertschätzung und Wertsetzung nicht mehr ausschließlich über Lehrer/-innen,
- Bezugspersonen, die sich nicht ausschließlich an der Erreichbarkeit strikter Lernziele orientieren, sondern ihr ganzheitliches Wohlbefinden im Blick haben.

Die *Schule* profitiert:

- durch verstärkte Identifikation der Schüler/-innen mit ihrer Schule,
- durch positive Ausstrahlung auf das soziale Klima,
- durch eine wesentlich höhere Akzeptanz der Lehrerrolle seitens der Praktikanten/-innen.

**Auf der nächsten Seite:
„inform“ im Interview mit
Herrn Bayer-Ruf**

Erfolgsmodell für andere Schulen

Die aufgezeigten Aspekte des für alle Beteiligten als „Win-Win“ zu bezeichnenden Projektes legen den Gedanken nahe, die Übertragung des **SOZIALPÄDAGOGISCHEN GRUNDPRAKTIKUM** an interessierte Gesamtschulen in NRW zu fördern. Zwar haben vereinzelte Schulen im Regierungsbezirk Köln das Projekt schon kopiert – meist durch zufällige persönliche Kontakte zu unserer Schule –, aber die überwiegende Mehrheit der Gesamtschulen in NRW ist mit Sicherheit über die Existenz und den Erfolg des Projektes nicht informiert. Über dieses Informationsdefizit hinaus bedarf es bei interessierten Schulen, die das Praktikum einführen wollen, einer konkreten Fachberatung, insbesondere in der Startphase.

Als Entwickler des Praktikums sind wir bereit, im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen und konkreter Unterstützung in der Startphase, interessierte Schulen zu informieren und zu beraten.

*Kontakt: Käthe-Kollwitz-Gesamtschule
Leverkusen-Rheindorf, Herr Bayer-Ruf,
Diplom-Sozialarbeiter, Telefon
0214/3101657, E-Mail:
jobayruf@netcologne.de*

Infos unter: www.kks-leverkusen.de

„Meine Lehrerin ist 17!“

Freitagnachmittag, Sonja und Martina, Schülerinnen der Jahrgangsstufe 12 an der Käthe-Kollwitz-Schule, treffen im Gebäude des 5 und 6. Jahrganges unserer Schule ein. Schon auf dem Schulhof werden sie von ihren Schülerinnen der 6. Klasse freudig begrüßt. Noch zwei Stunden, dann haben alle das ersehnte Wochenende erreicht. Doch diese zwei Stunden vergehen wie im Flug.

„Window-Colours“, so heißt die AG, die Sonja und Martina im Rahmen ihres Praktikums den Mädchen anbieten. Ein voller Erfolg, treffen sie doch mit ihrem Angebot genau die Wünsche der Kinder. Nebenan hat Joachim, ebenfalls Praktikant, seine Basketballgruppe um sich geschart, und in der Lehrküche packen Violetta und Silvia gerade ihre Einkaufstaschen aus, um mit ihrer Gruppe die geplante Pizza zu backen.

Insgesamt 90 Kinder werden von den 10 Praktikanten/-innen betreut. Da gilt es so ganz nebenbei manchen Streit zu schlichten, aber auch ehrlich und geschickt auf direkte Fragen der Kinder zu antworten, die ihrerseits die Chance gerne nutzen, mehr über die Welt der Jugendlichen zu erfahren.



Läuft mal was schief, ist immer Herr Bayer-Ruf, Sozialarbeiter an der Schule, zur Stelle. Doch die Praktikanten haben nach einem Jahr Gruppenarbeit schon so viel Kompetenz, dass sie ihren Anleiter kaum noch brauchen.

Am besten, da sind sich alle Praktikanten einig, war die Teilnahme als Betreuer auf der Klassenfahrt bei den Kleinen. Nicht nur das intensive Zusammenleben mit den Kindern, auch die Zusammenarbeit mit ihren ehemaligen Lehrern aus ihrer eigenen Unterstufenzeit war für alle eine ganz wertvolle Erfahrung. Erst wenn man als Schüler mal auf der anderen Seite steht, kann man Lehrer besser verstehen.

Nach anderthalb Jahren haben die Praktikanten ihr Ziel erreicht. Ein anerkannter Praktikumsnachweis, der in Verbindung mit dem Abitur zum Studium der Sozialpädagogik an einer Fachhochschule in NRW berechtigt, ist der Lohn ihres Einsatzes.

Darüber hinaus hat sich bei allen Praktikanten herumgesprochen, dass sich ein solcher Praktikumsnachweis als zusätzliche Referenz bei jeder Bewerbung für einen Ausbildungsplatz als Pluspunkt auszahlen kann. Denn freiwillig erbrachte Leistungen in der Schule hat noch lange nicht jeder vorzuweisen.

„Als Sozialarbeiter bin ich so eine Art Libero in der Schule“

Interview mit Herrn Bayer-Ruf, Sozialarbeiter an der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule in Leverkusen



In einem Interview Anfang Februar sprach „inform“ mit Josef Bayer-Ruf, Diplom-Sozialarbeiter und Schulsozialarbeiter an der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule in Leverkusen-Rheindorf, über sein Arbeitsprofil und das langjährige Projekt „Sozialpädagogisches Grundpraktikum“, das dieses Jahr im Rahmen des Wettbewerbs „Zeigt her eure Schule“ von der Kinder- und Jugendstiftung Berlin (im Auftrag des Bundesbildungsministeriums) einen Preis für „Gute-Praxis-Beispiele“ in Ganztagschulen erhalten hat. Derzeit besuchen ca. 1.500 Schüler/-innen aus 23 Nationen die Käthe-Kollwitz-Gesamtschule. Zusammen mit drei Kolleginnen (Schulsozialarbeiterinnen, Schulpsychologin) ist Josef Bayer-Ruf im Bereich der Beratung von Schüler/-innen, Lehrer/-innen und Eltern sowie dem Freizeit- und Ganztagsbereich tätig.

Als Landesbediensteter ist er auf einer vollen Stelle seit 1981 als Schulsozialarbeiter an der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule tätig. Sein Engagement gilt, neben den zuvor genannten Tätigkeitsfeldern, der Verwirklichung des Sozialpädagogischen Grundpraktikums für Oberstufenschüler/-innen sowie der Schülerkulturarbeit.

„inform“: Vielleicht können Sie kurz beschreiben, was Schulsozialarbeit bedeutet und warum sie wichtig ist?

Josef Bayer-Ruf: Schulsozialarbeit ist ja ein immer noch recht zartes Pflänzchen in den gesamten Arbeitsfeldern der sozialen Arbeit. Soweit ich weiß, gibt es 130 benennbare Arbeitsfelder in der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Das Spektrum reicht vom Geburtshaus bis zum Hospiz. Schulsozialarbeit ist allerdings ein Pflänzchen, das zunehmend wächst: Gerade die aktuelle Entwicklung hin zu deutlich mehr Hauptschulen in Ganztagsform wird diesen Prozess noch verstärken.

Ich bin jemand, der sozusagen zu den Pionieren der Schulsozialarbeit gehört. 1981 gab es eigentlich nur an Gesamtschulen hier in Nordrhein-Westfalen Schulsozialarbeit. Die Gesamtschulen wurden damals bewußt als Ganztagschulen konzipiert, und den Bildungsplanern von damals war durchaus klar, dass eine Ganztagschule wesentlich mehr erzieherische Aufgaben zu leisten hat als eine Halbtagsschule. Im Klartext: Bildung und Erziehung wurden erstmals als gleichrangige Aufgabe von Schule wirklich angenommen und folgerichtig das entsprechende Fachpersonal, Sozialarbeiter/Sozialpädagogen und Schulpsychologen, eingestellt.

Schulsozialarbeit ist gerade aus den besagten enormen erzieherischen Aufgaben, die ja bekanntlich in den letzten Jahren immer stärker zugekommen haben, unerlässlich. Dabei ist es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass Schule kein Elternhaus

ersetzen kann, wir aber in der Ganztagschule auf die einzelnen Kinder und Jugendliche individuell wesentlich stärker eingehen können.

„inform“: Jetzt haben Sie schon einige Aufgaben genannt. Was sind weitere, gegebenenfalls auch im Schulprogramm integrierte Aufgaben?

Josef Bayer-Ruf: Zunächst einmal gibt es eine klare Erlassvorgabe, in der im Wesentlichen drin steht, dass es zwei Bereiche gibt, in denen die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an Gesamtschulen eingesetzt sind: und zwar zum einen im Freizeitbereich und zum anderen im Beratungsbereich der Schule. Diese beiden Säulen werden von den Kolleginnen und Kollegen an den einzelnen Schulen allerdings unterschiedlich ausgestaltet. Manche sind stärker im Freizeitbereich, im Schülerkulturbereich, in der Organisation von außerunterrichtlichen Aktivitäten wie zum Beispiel Projektwochen aktiv, andere setzen ihren Schwerpunkt im Beratungsbereich. Wichtig ist meines Erachtens, dass die jeweilige Schule die Stärken ihres Schulsozialarbeiters nutzt und ihre Erwartungshaltung an die Arbeit entsprechend ausrichtet bzw. bei der Einstellung ganz klar ausgelotet wird, was die Schule wünscht und was der Sozialarbeiter kann. Ich habe da schon manche Missverständnisse erlebt.

In meiner Schule ist das zum Glück geklärt. Mein Schwerpunkt liegt eindeutig in der Organisation des Freizeitbereiches sowie aller Aktivitäten, die im allgemeinen mit dem Begriff

Schulleben gemeint sind. Zum Beispiel bin ich verantwortlich für unsere Schülerkulturarbeit. Wir organisieren für alle Schüler einmal im Jahr eine Theaterveranstaltung in der Schule. Jetzt gerade war ein Theatergruppe aus Witten hier, „Sehne mich süchtig“, ein Stück zur Suchtprävention; letzte Woche der Kölner Spielesircus, ein hervorragender Mitmachcircus, bei dem die Kids unmittelbar Selbstvertrauen und Präsentation erfahren haben. Nach den Osterferien kommt „Zartbitter“ mit „Click it“, ihrem neuen Stück, das sich mit den Gefahren von Internet-Chatrooms auseinandersetzt. Für eine Elternveranstaltung und für die Oberstufe haben wir Ende März den Kabarettisten Wilfried Schmickler zu Gast.

Das sind nur einige Beispiele. Wir versuchen sehr intensiv, Begegnungen mit Theater und lebendigen Darstellungsformen herzustellen. Das ist gerade für unsere Schülerinnen und Schüler, die häufig Rollenwechsel nur in Form von Videospiele und diversen Action-DVD's erleben, eine ganz wichtige Erfahrung. Mir geht es darum, dass Kinder und Jugendliche reale Empathie entwickeln, das stärkt die Konfliktfähigkeit, hilft Gefahren einschätzen zu lernen und ist im Umgang mit Mitschülern und im Schulalltag auch bei Konflikten mit Lehrern, aber auch zu Hause mit den Eltern oft entscheidend.

Was Ihre Frage zum Schulprogramm angeht: Das Schulprogramm einer einzelnen Schule sollte die Aufgaben der Schulsozialarbeit festschreiben,

Das Projekt



einer Unterrichtsstunde, die 45 Minuten dauert, etwa netto für Unterricht 23 Minuten übrig bleiben. Den Rest müssen viele Lehrer für Disziplinierung, für Klassengeschäfte oder für unterrichtsferne Tätigkeiten verwenden.

Noch einmal zu Ihrer Frage. Schulsozialarbeit ist kein Unterricht, aber trotzdem wird viel gelernt!

„inform“: Ich komme mal zu den Schülerinnen und Schülern, wie lässt sich deren Beziehung zu Ihnen darstellen? Und gibt es Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler zu Ihrer Arbeit?

Josef Bayer-Ruf: Ich bin zunächst einmal, wie ich gerade schon sagte, „Libero“ – also in diesem Sinn eben frei. Aufgrund meiner langen Praxis habe ich eine gewisse Professionalität entwickelt, insbesondere immer eine Balance zu halten zwischen notwendiger Distanz und erforderlicher Nähe. Das ist sehr wichtig, dass man im richtigen Moment sofort eine Grenze zieht. Respekt und Achtung sind wichtig und bedingen sich gegenseitig. Ich bin kein Kumpel oder Schüler, ich bin heute 52 Jahre alt. Ich bin schon älter als die meisten Väter unserer Kinder. Altersmäßig liege ich in Bezug zu unseren Kindern und Jugendlichen so zwischen deren Vätern und Großvätern.

Ob eine Beziehung entstanden ist, zeigt sich häufig erst später. Zum Beispiel haben wir auf der Homepage unserer Schule ein Gästebuch. In dieses Gästebuch schaue ich manchmal rein. Vor ein paar Tagen sehe ich, dass sich da eine Ehemalige eingetragen hat, die als Schülerin sehr früh ein Kind bekam. Das bietet die tolle Möglichkeit, ihr direkt eine Mail zu schicken: „Hallo, geht’s dir gut? Hast du einen Jungen oder ein Mädchen?“ Und postwendend kam eine Mail zurück, sie hat sich riesig gefreut, hat mittlerweile ein zweites Kind. – Man muss sich einfach nur kümmern.

Ganz wichtig ist, dass man kleine Veränderungen bemerkt. Ich begreife meine Arbeit im Freizeitbereich als eine Art Streetwork. Da hat zum Beispiel einer plötzlich neue Strähnen im Haar oder etwas an sich verändert. Es kommt auf das einzelne Kind oder den Jugendlichen an. Wenn ich

damit die gesamte Schulgemeinde in diesen wichtigen Erziehungs- und Beratungsaufgaben einen Konsens findet.

„inform“: Was zeichnet Ihre Arbeit im Gegensatz zum Unterricht aus?

Josef Bayer-Ruf: Ja, erst einmal gebe ich keine Noten, das ist schon mal ganz wichtig. Also von daher sind der Zugang zu mir und mein Zugang zu den SchülerInnen unbelastet. Ich bin so eine Art Libero in der Schule, wenn man das mit einer Fußballmannschaft vergleichen darf. Ich finde, der Auftrag an die Lehrerkolleginnen und Kollegen, einerseits selektieren und bewerten zu müssen, auf der anderen Seite Vertrauensperson sein zu wollen, gleicht einem Spagat, der in der Praxis einfach durchgängig nicht funktioniert. Es gibt wirklich phänomenale Lehrerkolleginnen und Kollegen, die das trotzdem irgendwie schaffen, aber ich glaube, die sind eher die Ausnahme.

Ein weiterer Punkt: Ich stehe nicht unter Klassenarbeitsdruck, Input/Output und Leistungskontrolle sind im Bereich sozialen Lernens absurd. Ich habe oft erlebt, dass Schülerinnen und Schüler, die uns während ihrer Schulzeit so manche Kopfschmerzen bereitet haben, uns einige Jahre später als gestandene junge Erwachsenen gegenüber standen. Die Früchte unserer Arbeit bekommen wir leider häufig nicht mit, aber dass es sie gibt, dessen bin ich mir sicher.

Bezogen auf Ihre Frage, was meine Alltagsarbeit im Gegensatz zum Un-

terricht auszeichnet, möchte ich sagen: Unterricht heißt oft „Konkurrenz“, besser sein als der Mitschüler, Kampf um Lehrergunst und Image in der Klasse, diverse Schulabschlüsse erreichen wollen. Mein Ansatz dagegen bedeutet dazu beizutragen, dass Schüler anfangen für andere Schüler da zu sein – und dabei für sich selbst auch einen Gewinn erzielen. Dies war die Grundidee zur Einführung des Sozialpädagogischen Praktikums. Normalerweise müsste ich zwei oder drei Arbeitsgemeinschaften selbst geben. Damit hätte ich meinen arbeitsvertraglichen Auftrag erfüllt. Aber durch das Sozialpädagogische Praktikum erreiche ich, dass 19 Sek. II-Schülerinnen und Schüler mit insgesamt über 160 Schülerinnen und Schülern der Klassen 5 und 6 arbeiten. Diese Arbeit macht einfach Spaß und bewegt etwas. Oder bei einer Projektwoche, da nimmt die ganze Schule unter einem bestimmten Motto teil; letztes Jahr hatten wir das Motto „Gesundheit, Sport und Fitness“. Dass plötzlich sämtliche Kolleginnen und Kollegen, natürlich nicht alleine, sondern in einer kleinen Gruppe, beginnen die ganze Projektwoche zu organisieren, dass sie neue Leute von außen reinholen, dass neue Erfahrungen gemacht werden, andere als im Unterricht möglich sind, das bewegt auch etwas.

Der Unterricht vollzieht sich im Studententakt, Tür zu, Stoff, Tafel, Kreide, Kontrolle, Disziplinierung. Man hat mal untersucht, dass von

etwas bemerke und sage „Bist du heute schlecht drauf?“ oder „Fehlt dir was, du siehst so müde aus?“, also individuelle Veränderungen wahrnehmen und diese auch mitteilen, dann finden die Kids das ganz toll und dadurch entwickeln sich persönliche Bindungen. Oft werde ich auch gefragt, wie es mir geht. Wenn ich spüre, dass die Frage ehrlich gestellt ist, gebe ich eine ehrliche Antwort. Wenn irgendwas Massives passiert in der Familie oder im Freundeskreis, dann kommt es vor, dass die dann sagen: „Hey, da gibt's den Herrn Bayer, frag den doch mal.“ Das ist ein anderer Ansatz, als wenn zum Beispiel ein Lehrer oder eine Lehrerin etwas Auffälliges beobachtet und sagt: „Ich muss dich jetzt mal mit der Schulpsychologin in Kontakt bringen.“ Also bei mir geht's eher anders herum, aus der Streetwork heraus in die Beratungsarbeit hinein.

„inform“: Ja, eigentlich hört sich das so erst einmal ganz einfach an. Aber einen persönlichen Bezug zu den Schülerinnen und Schülern herzustellen, das dauert sicherlich ein paar Jahre, kann ich mir vorstellen.

Josef Bayer-Ruf: Ja, das ist richtig. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an Schulen kann man nicht mal eben so für ein Jahr einstellen und wieder rausschmeißen. Kinder und Jugendliche werden ja auch nicht in einem Jahr erwachsen. Stabile Bezugspersonen sind nicht nur in der Familie wichtig, auch in öffentlichen Einrichtungen sind Kontinuität und Verlässlichkeit enorm wichtig für eine positive Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

Ein anderer Aspekt für die Arbeitsfähigkeit im System Schule ist darüber hinaus die Fähigkeit, auch strukturell wirksam zu werden. Formelle Strukturen sind schnell erkannt, aber informell an den richtigen Strippen ziehen zu lernen, das braucht Zeit.

„inform“: Damit sind wir bei den Lehrerinnen und Lehrern. Wie gestaltet sich da das Verhältnis in der Zusammenarbeit?

Josef Bayer-Ruf: Gut. Es gibt in einem großen Kollegium natürlich auch Leute, die von unserer Profession wenig halten. Es gibt Lehrerinnen oder Lehrer, die sagen: „Ich brauche keine Hilfe, ich mache das alles alleine.“ Und das muss ich dann so akzeptieren. Und es gibt auch schon

mal Konflikte, wenn es gerade darum geht, dass Lehrerinnen oder Lehrer sich falsch verhalten und Schülerinnen oder Schüler mir das sagen. Das ist ein hochsensibler Bereich, wenn zum Beispiel eine Schülerin sagt: „Also der Herr Sowieso hat dies oder jenes gesagt, gemacht“ usw., dann wird's schon brenzlig. Dann muss man auf den Kollegen zugehen und das offen machen. Also diesen Konflikt scheue ich nicht. Wichtig ist in einer solchen Situation aber auch den Schülern deutlich zu machen, dass falsche Behauptungen oder Diffamierungen für sie Konsequenzen haben und hier der Spaß aufhört.

integrierter Form arbeitet, für effektiver. Sie bietet mehr Möglichkeiten, die Chancen sind größer, etwas zu verändern.

„inform“: Und wie sieht es mit den Eltern aus? Gibt es dort eine Zusammenarbeit?

Josef Bayer-Ruf: Die Eltern interessiert natürlich in erster Linie die Schulleistung. Das ist verständlich. Bei Elternsprechtagen kommen Eltern nicht auf die Idee und fragen: „Wie verhält er sich denn so in der Pause?“ oder „Ist Ihnen sonst was aufgefallen an meinem Sohn?“ Wenn ein Lehrerkollege allerdings im Gespräch feststellt, dass hinter den schulischen



„inform“: Haben Sie eigentlich auch Einfluss oder Mitspracherecht bei Gremien und Konferenzen?

Josef Bayer-Ruf: Wir sind Mitglied der Lehrerkonferenz und haben volles Stimmrecht. Ich war ewig lang gewähltes Mitglied in der Schulkonferenz. Wir sind voll integriert, und das ist auch gut so und meines Erachtens selbstverständlich. Wir sind schon Teil des Systems Schule, es ist ja eine andere Art der Schulsozialarbeit als die, die von außen einer Schule angeboten wird. Wenn beispielsweise ein freier Träger sagt: „Wir möchten jetzt gerne hier eine Hausaufgabenbetreuung organisieren oder anbieten“, dann ist er einerseits auch frei, das heißt er geht ohne kollegiale oder dienstrechtliche Verwicklung auf Kolleginnen und Kollegen zu, andererseits ist sein Einflussbereich aber wesentlich geringer. Ich persönlich halte Schulsozialarbeit, die in

Problemen Weiterreichende stehen, ist der Weg zu uns aus dem Beratungsteam glücklicherweise sehr kurz.

Wir leisten Elternberatungsarbeit im Einzelfall, das muss man dann allerdings unterscheiden von der Elternarbeit im Präventionsbereich oder in der Elternbildungsarbeit. Wir haben thematische Elternabende pro Jahrgang eingeführt, wo wir den Eltern anbieten, sich je nach Jahrgangsstufe ihrer Kinder zum Beispiel im Jahrgang 5 mit dem Thema „Lernen lernen“, im Jahrgang 6 mit dem Thema „Gewalt“, im Jahrgang 7 mit dem Thema „Sucht und Drogen“ und im Jahrgang 8 mit dem Thema „Berufsorientierung“ zu beschäftigen und auseinander zu setzen. Es werden also immer die in der jeweiligen Altersphase anstehenden erzieherischen Fragen für Schule und Elternhaus von uns aufgegriffen und besprochen. Ein Beispiel: Für die Jahrgangsstufen

Das Projekt

6 und 7 wird im April „Zartbitter“ mit dem neuen Stück „Click it“ die Gefahren von Internet-Chatrooms im Rahmen eines Theaterstücks thematisieren. Am gleichen Abend sind die Eltern der Kinder eingeladen, sich mit Fachleuten auszutauschen.

„inform“: Wie funktioniert die Zusammenarbeit mit Eltern, die Migrationshintergrund haben?

Josef Bayer-Ruf: Das ist schon schwieriger. Da steht oft das Sprachproblem im Raum, und es gibt auch ein paar klassische Konflikte wie zum Beispiel das Thema Klassenfahrt. Im letzten Jahr haben wir einen anderen Ansatz versucht. Wir haben den türkischen Kabarettisten Mussin Omurca eingeladen, weil mir ein Vertreter der türkischen Gemeinde in Köln gesagt hatte, dass er bei den türkischen Mitbürgern sehr beliebt wäre. Wir haben allen türkischen Eltern in türkischer Sprache eine Einladung zugesandt, doch die Resonanz war bescheiden.

Im Grunde ist es wie bei den deutschen Eltern, es gibt eine gewisse Schicht, die einen Zugang zu solchen Angeboten hat. Grundsätzlich hängt die Kooperationsbereitschaft von Eltern mit Migrationshintergrund der Schule gegenüber genauso von deren Bildungsstand ab wie bei deutschen Eltern – allerdings, wie gesagt, kommen Sprachbarrieren und kulturelle und religiöse Wertunterschiede dann noch dazu.

„inform“: Meine nächste Frage betrifft die Kooperationen mit Trägern oder Einrichtungen der Jugendhilfe. Welche Kooperationen gibt es hier?

Josef Bayer-Ruf: Ja, die gibt es. Hier in Leverkusen hat sich das Jugendamt nach stadtteilbezogenen Sozialräumen organisiert, wir als Schule sind Mitglied in der Rheindorfer Sozialraum-AG. Darüber hinaus pflegen wir intensiven Kontakt mit den im Stadtteil präsenten Grundschulen und feiern einmal im Jahr ein gemeinsames Sport- und Spielfest „Rheindorfer Schulen in Bewegung“. Dann gibt es natürlich, was Jugendhilfeträger angeht, Kooperationen mit den Trägern der Jugendberufshilfe hier in Leverkusen in Zusammenarbeit mit der Berufsberatung.

Auch scheuen wir nicht im Rahmen einer Sicherheitspartnerschaft Kontakte mit der Polizei.

Der für Rheindorf zuständige Bezirkspolizist kommt regelmäßig informell in den Freizeitbereich der Schule zu Besuch und ehrlich gesagt, trotz meiner anfänglichen Skepsis, die Schülerinnen und Schüler finden das gut. Je nach Anlass gibt es Kooperationen mit Fachberatungsstellen wie zum Beispiel Pro Familia oder den Kinderschutzbund sowie der Fachstelle für Suchtvorbeugung.

„inform“: Wie würden Sie die bisherige Entwicklung der Schulsozialarbeit bewerten? Gab es einschneidende positive Entwicklungen?

Josef Bayer-Ruf: Ich habe den Eindruck, dass Schulsozialarbeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die Kooperation von Jugendhilfe und Schule wird immer wichtiger, um ein abwechslungsreiches und aufeinander abgestimmtes Angebot für die Schülerinnen und Schüler bereitzustellen. Beide Bereiche müssen aber noch stärker zusammenwachsen. Ich denke, dass sich mit zunehmender Einführung von Ganztagschulen die Landschaft der Jugendhilfe und der Schulen positiv verändern wird. Voraussetzung dafür ist aber auch, die Schulstruktur zu verändern.

„inform“: Und nun noch eine letzte Frage: Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Josef Bayer-Ruf: Ich wünsche mir, dass unser Praktikum „Verantwortung macht Schule – Sozialpädagogisches Grundpraktikum“ auch an anderen Schulen eingeführt wird. Außerdem sollte das Mentoring an Schulen mehr integriert werden. Schülerinnen und Schüler, Jüngere und Ältere können sehr viel voneinander lernen. Fragt man Familien mit vielen Kindern, wie dies die Eltern geschafft haben, so ist oft die Antwort: „Die Kinder haben sich untereinander erzogen“. Dieses Potential positiv zu nutzen, wünsche ich mir auch im schulischen Bereich. Peergroups haben eine wertsetzende Funktion, hier liegen wertvolle Ressourcen.

„inform“: Herr Bayer-Ruf, ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen für das Interview und die spannenden Einblicke in Ihre Praxis.

Das Gespräch führte Juliane Kosser.

Frau Kosser ist beim LJA Rheinland im Rahmen ihres Anerkennungsjahres tätig. – Kontakt: Telefon 0221/809-6932, E-Mail: juliane.kosser@lvr.de

„Gewalt macht Schule. Schule macht Gewalt.“

Dokumentationsserie des Medienprojektes Wuppertal

Die 10teilige Dokumentationsserie zum Thema „Gewalt an der Schule“ behandelt folgende Aspekte:

- Physische und psychische Gewalt von Schüler/-innen untereinander (insbesondere Mobbing),
- Gewalt zwischen Lehrer/-innen und Schüler/-innen (auch sexualisierte Gewalt),
- Gewaltstrukturen der Schulen selbst.

Gewalt wird anhand von authentischen Fallstudien von Jugendlichen verschiedener Schulformen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule) und beiderlei Geschlechts aus der Täter-, Opfer- und Zuschauer-sicht und -erlebnisweise reflektiert. Hierbei werden auch die Lehrer/-innen- und Elternrollen in den Gewaltprozessen einbezogen. Jeder Film der Serie wurde von einer anderen Gruppe mit Teilnehmer/-innen im Alter von 14 bis 18 Jahren produziert.

Die einzelnen Themen sind u.a.:

- Schlägereien unter Mädchen.
- Mobbing und Außenseitersein unter Mädchen,
- Gewalt und sexuelle Übergriffe von Lehrern an Schülern.
- Mobbing + Gewalt unter Jungen.
- Streitschlichter.
- Wenn Schüler durchdrehen und Amok laufen.
- Wenn Freunde beim Mobbing helfen.
- Gewalt gegen homosexuelle Schüler/-innen, Homophobie.
- Schüler- und Lehrerinterviews zu Strafen an der Schule.
- Tätereltern/Opfereltern. Welche Rolle spielen die Eltern bei Gewalt unter Schülern?

Das Video wird mit einem Textheft mit ausführlichem didaktischen Begleitmaterial (pädagogische Hintergrundinfos zu den Filmthemen, Lösungsstrategien, Einsatzmethoden, Kopiervorlagen) für den Einsatz in der Schule geliefert.

150 Min, als DVD oder Video, Kaufpreis jew. 40.- EUR, Ausleihe 15.- EUR.

Bestellung über:
www.medienprojekt-wuppertal.de

Hey Man(n), alles klar? Von coolen Typen und echten Kerlen

Das Projekt

Lebensperspektiven von Jungen

Workshop der Jungenarbeit an der Heinrich-Böll-Gesamtschule in Dortmund

von Thorsten Friedrich

Vom BMFSFJ ausgezeichnete Jungenarbeit

„Fortschritte wagen“ hieß der bundesweite Wettbewerb im Rahmen des Projektes „Neue Wege für Jungs“, in dem vorbildhafte Ideen & Projekte zur Berufs- und Lebensplanung für Jungen prämiert werden sollten. Ziele waren u.a., das Berufswahlspektrum von Jungen über die klassischen Felder wie KFZ-Mechaniker oder Elektriker hinaus zu erweitern, traditionelle männliche Rollenbilder zu hinterfragen und mit Jungen zu diskutieren und Sozialkompetenzen wie Teamfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Kommunikationsfähigkeit von Jungen zu stärken.

Mit der Projektidee „Hey Man(n), alles klar? – Von coolen Typen und echten Kerlen“ gehörte die Heinrich-Böll-Gesamtschule (HBG) in Dortmund-Lütgendortmund zu den Gewinnern. Von 173 Einsendungen wurden bundesweit 25 Projekte mit jeweils 1.500,- EUR Preisgeld ausgezeichnet. Darüber hinaus wurden von den prominenten Projektpaten Ralf Zacherl (Starkoch), Karsten Blumentahl (Schauspieler) und Maud Pagel (Vorstand TeDiC)/Prof. Dr. Stephan Höyng (Kath. Fachhochschule) für drei besonders innovative Projekte zusätzlich spezielle Sachpreise vergeben. – Neben 1.500,- EUR Preisgeld können sich die Schüler der HBG nun auf einen Kochkurs für Jungen freuen.

Das Konzept sieht einen speziellen Workshop für Jungen des 9. Jahrgangs vor, mit dem Jungen dazu angeregt werden sollen, ein differenziertes Männerbild zu entwickeln und für sich selbst alternative Lebens- und Berufswegen in Betracht zu ziehen.

Der Rahmen

Die Heinrich-Böll-Gesamtschule ist eine sechszügige integrierte Gesamtschule mit Oberstufe in Dortmund-Lütgendortmund, einem Stadtbezirk im Dortmunder Westen mit ca. 50.000 Einwohnern.

Ungefähr 1.000 Schüler/-innen, 80 Lehrkräfte, eine Sozialpädagogin, ein Sozialarbeiter (zertifizierter Jungenarbeiter), zwei Sekretärinnen sowie drei Hausmeister bestimmen den Lebensraum der Schule. Die Zusammensetzung der Schülerschaft ist sehr heterogen im Hinblick auf ihre familiäre und soziale Situation.

Als Konsequenz tief greifender gesellschaftlicher Veränderungen (Individualisierungsgesellschaft, Globalisierung ...) muss Schule heute einen Rahmen für das Heranwachsen bieten, der diese Entwicklungen beachtet und entsprechend in den Erziehungsauftrag der Schule mit einbezieht. Die Heinrich-Böll-Gesamtschule versteht dabei Heranwachsen als eine Entwicklung in kognitiver, sozialer und emotionaler Dimension, wobei die Entwicklungsprozesse dieser Dimensionen miteinander verzahnt sind und sich gegenseitig beeinflussen. Die Schule bietet ein differenziertes Präventionskonzept mit den grundlegenden Zielen der Ich-Stärkung, der Unterstützung der Persönlichkeitsbildung sowie der Lebensplanung.

Bausteine dieses Konzeptes finden sich u.a. in den Bereichen der Gestaltung des Unterrichts, im Bereich der



Streitschlichtung durch Schüler, im Bereich kriminalpräventiver Angebote sowie im Bereich des Sozialen Lernens. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Schulsozialarbeit dar.

Seit September 2004 wird der Themenbereich Jungenarbeit durch einen Diplom-Sozialarbeiter bearbeitet. Selbstbehauptungstrainings für Jungen des 6. Jahrgangs, Jugendgruppenangebote für den 7. und 8. Jahrgang außerhalb der Unterrichtszeit und eine spezielle jugenorientierte Form der Beratung kennzeichnen erste Bausteine zur Etablierung von Jungenarbeit an der Schule.

Grundlegendes Arbeitsprinzip ist die ressourcenorientierte Sicht von Jungen, im Gegensatz zur defizitorientierten Sicht von Jungen (Jungen als Störer, Prügelknaben, Mangelwesen ...). Jungen werden hier zunächst als das angesehen, was sie sind: Einfach Jungen! Insofern haben alle Menschen verschiedene Fähigkeiten, die sie im Laufe ihres Lebens unterschiedlich entwickeln.

Das ist zunächst weder gut noch schlecht, aber die Entwicklung zum Jungen, zum jugendlichen Jungen und letztendlich zum Mann vollzieht sich nicht in einem isolierten Raum, sondern aus dem Agieren im sozialen Raum, im Austausch mit, durch die Orientierung an und die

Prägung von anderen Personen. Jungen orientieren sich in ihrem geschlechtlichen Rollenverständnis als Junge und somit auch als späterer Mann an dem, was sie in ihrer Umgebung vorfinden bzw. medial vermittelt bekommen. Dabei fehlt Jungen häufig ein reales männliches Identifikationsobjekt, sowohl zu Hause als auch in Institutionen (Kindertagesstätte, Grundschule, weiterführende Schulen); in den Medien wird nicht selten ein vereinfachtes traditionelles männliches Rollenbild vermittelt.

Veränderungen der gesellschaftlichen Geschlechterrollen führen bei Jungen und Männern nicht selten zu zunehmender Orientierungslosigkeit. Während Mädchen und Frauen einen objektiven Zugewinn zu verbuchen haben, bröckelt bei den Männern die Rolle: Was ist denn ein Mann?

Lohnenswert für Jungen kann eine reflektierte Männerrolle sein, die ihnen erlaubt ihre Merkmale eines männlichen Prinzips ausbilden zu dürfen, ohne die Verhaltensweisen zu unterdrücken, die im Allgemeinen dem weiblichen Prinzip zugesprochen werden (d.h. sowohl Kraft, Auseinandersetzung & Rationalität als auch Rücksicht, Kooperation & Emotionalität) – eine Rolle, die ihnen somit zugleich förderliche Kompetenzen für ihr Leben bietet.

Mit der Jungenarbeit an der Heinrich-Böll-Gesamtschule soll im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes Jungen ein solch differenziertes Rollenbild ermöglicht werden. Jungen sollen Fragen stellen und Dinge erleben können, die sie sonst ausblenden (Ängste, Schwäche, Gefühle, körperliche Nähe ...). Der Jungenarbeiter agiert dabei als geschlechtliches Identifikationsobjekt, an dem sich die Jungen orientieren können. Sie erleben ihn als Mann (mit eigenen Erfahrungen als Junge!) und können sich mit ihm und den anderen Jungen auseinandersetzen. Diese evident wichtige Erfahrung erleben sie in schulischen Institutionen leider nur sehr selten (oftmals agieren männliche Kollegen aus einer übergeschlechtlichen pädagogisch-neutralen Haltung heraus). Die ungewohnte Auseinandersetzung setzt verschiedene

Prozesse in Gruppen und auch bei den einzelnen Jungen in Gang. Darüber hinaus wird die Kontaktschwelle zum Schulsozialarbeiter (Welcher Junge hat schon Probleme?) erheblich abgesenkt.

Der Workshop

Zur Verbesserung der beruflichen Integration der Schüler/-innen erfolgt an der HBG ab dem 9. Jahrgang eine spezielle Profilklassenbildung. Jugendliche, die eher ein Abitur anstreben und die die dazu erforderlichen Fähigkeiten besitzen, gehen ins SCHOP-Profil (Schulorientiertes Profil). Dort werden sie mit steigenden Leistungsanforderungen bestmöglich auf den Besuch der Oberstufe vorbereitet. Jugendliche die eher praktisch



veranlagt sind und eine Ausbildung anstreben, gehen ins BOP-Profil (Berufsorientiertes Profil). Hier erhalten sie zum einen zusätzlichen Berufswahlorientierungsunterricht und werden zum anderen seitens der Klassenleitung intensiv auf den Übergang in das Berufsleben vorbereitet. Darüber hinaus absolvieren sie im 10. Jahrgang ein Tagespraktikum, welches sich über das gesamte Schuljahr erstreckt. Somit lernen nicht nur die Jugendlichen mögliche Berufe intensiv kennen, auch die potentiellen Ausbildungsbetriebe können sich über die Zeugnisse hinaus ein persönliches Bild der Schüler/-innen machen.

Hier soll nun der Workshop „Hey Man(n), Alles klar? – Von coolen Typen und echten Kerlen“ als weiterer Baustein der Jungenarbeit an der Heinrich-Böll-Gesamtschule ansetzen. Idee ist, im Rahmen der Berufswahl-

orientierung im 9. Jahrgang im BOP-Profil die Lebens- und Arbeitsperspektive von Jungen zu erweitern.

Eingebunden in das Gesamtkonzept der Jungenarbeit werden den Jungs in verschiedenen Bereichen Anregungen zur Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle angeboten, und sie werden in einem geschützten Rahmen (geschlechtshomogene Jungengruppe) eingeladen alternative Lebensperspektiven zu entwickeln. Die vier Doppelstunden pro Klasse bearbeiten jeweils zentrale Themen (Vertrauensaufbau & Gruppenfindung, Jungenbeziehungen, Jungen- bzw. Männerbilder, Lebens- und Berufswege) und sollten möglichst in den Unterricht eingebunden werden. Der Workshop versteht sich als Teil der unterrichtlichen Berufswahlorientierung, wird aber vom Schulsozialarbeiter (zertifizierter Jungenarbeiter) durchgeführt.

Ein exemplarischer Aufbau wird im Folgenden dargestellt.

Aufbau und Ablauf des Workshops

Jede Einheit hat eine Dauer von zwei Schulstunden und wird idealerweise nicht von einer Pause unterbrochen. Fünf-Minuten-Pausen werden nicht zwingend

eingehalten – das Thema ist wichtig. Zu Beginn des Workshops werden Regeln für die Gruppenarbeit aufgestellt. Diese beinhalten:

- Vertrauensschutz,
- ICH statt MAN,
- keine dummen Sprüche, sich nicht lustig machen,
- Stop heißt Stop.

1. Vertrauensaufbau und Gruppenfindung. – Eine wichtige Bedingungen für das Gelingen des Workshops (und von Jungenarbeit generell) sind das sichere Gefühl in der Gruppe und die persönliche Präsenz des Jungenarbeiters. Greifbar zu sein, als Mann, Vater, ehemaliger Junge, Fußballspieler etc. schafft eine besondere Atmosphäre, die in dieser Form so gut wie nie in der Schule zu finden ist. Das Persönliche, die Offenheit und Ehrlichkeit und das Vertrauen in die Schüler bilden die Basis für die

Das Projekt

Öffnung und das Vertrauen seitens der Jungen. Sie fühlen sich wirklich ernst genommen und respektiert. Diese besondere Form der Begegnung kennzeichnet den gesamten Workshop bzw. die Jungenarbeit an sich.

- Persönliche Vorstellung des Jungenarbeiters.
- Ball-Assoziationen: Ein Softball wird im Kreis mit immer der gleichen Reihenfolge geworfen. Der Fänger soll spontan zu einem vorgegebenen Thema (Mädchen, Schule, Beruf, Familie, Vater...) ein oder zwei Begriffe assoziieren.
- Männer- bzw. Jungenolympiade: Die Jungen werden in Vierergruppen eingeteilt und treten in verschiedenen Jungendisziplinen (Armdrücken, ein Test zu Wissen über Autos, ein Musikquiz, einen schmutzigen Witz erzählen, Sexualität, Alkohol ...) gegeneinander an.
- Vier-Ecken-Spiel: In den vier Ecken des Raumes werden Kartenstapel gelegt, die nacheinander umgedreht werden. Darauf stehen Aussagen zum übergeordneten Themen, zu denen sich die Jungen positionieren (zuordnen) sollen.
- Ausbrecher-Spiel: Kooperationspiel, gemeinsam gilt es, ein Hindernis (z.B. ein Seil) zu überwinden.

II. Jungenbeziehungen. – Beziehungen nehmen eine äußerst wichtige Position für Jungen ein. An ihnen offenbaren sich die Ambivalenzen von Jungensozialisierungen. Einerseits „geben“ Jungen oft die coolen und harten Typen, die niemanden brauchen, andererseits sehnen sie sich nach einer vertrauensvollen, erfüllenden Beziehung. Deswegen werden in diesem Block Beziehungen hinterfragt und ggf. neue Denkanstöße gegeben.

- Übung: „Zwei Seiten einer Freundschaft“ (Definition Freundschaft, Jungenfreundschaft ...).
- Spiel: „Bennys Beziehungskiste“ (spielerisches Ausprobieren verschiedener Aspekte von Liebe und Beziehungen mit unterschiedlichen Varianten).
- Übung: „Was gehört für mich zur Liebe?“

III. Jungen- bzw. Männerbilder. – Hier erhalten die Jungen die Gelegenheit, ihre eigenen Vorstellungen von Männlichkeit zu überprüfen und im geschützten Rahmen zu erweitern.

- Übung: Jungen und Konflikte (Positionierungsübung zu themenbezogenen Aussagen).
- Übung: Der ideale Mann (Collage, Diskussion).
- Übung: typisch – typisch (Überprüfung von Stereotypen zu Jungen und Mädchen).

IV. Lebens- und Berufswege. – Die ersten drei Einheiten sind unabdingbare Voraussetzungen, um die Jungen dazu anzuregen, ernsthaft über



alternative Lebens- und Berufswege für Jungen und Männer nachzudenken. Dies können z.B. für Männer atypische Berufe sein; ggf. würde es auch schon reichen, über eine Erweiterung der eigenen Vorstellung von Rollenbildern nachzudenken.

- Lebensziele: Wo stehe ich in 10 ... 15 ... 20 Jahren?
- Traumberufe: männlich, weiblich, möglich?
- Kennenlernen „neuer“ Berufsfelder.

Mit dem Projekt sollen Jungen dazu angeregt werden, ein differenzierteres Männerbild zu entwickeln und eventuell für sich selbst alternative Lebens- und Berufswege in Betracht zu ziehen.

In allen Einheiten nehmen die Reflexion und die Auseinandersetzung mit eigenen, anderen und gesellschaftlichen Vorstellungen breiten Raum ein. Allerdings wirken das Erleben der Übungen und die eigene Beteiligung der Jungen sowohl individuell, als

auch in der gesamten Gruppe nach. Insofern ist der Workshop (und Jungenarbeit generell) nicht nur zielorientiert, sondern wesentlich prozessorientiert.

Ein Problem, und zugleich eine Hoffnung, liegen in dem begrenzten zeitlichen Umfang des Workshops. Der Workshop bietet Anregungen sich mit dem Thema „Junge bzw. Mann sein“ auseinanderzusetzen. Durch die feste Einbindung in den Unterrichtsplan erhält der Workshop für die Jungen (und für das Kollegium) ein außerordentlich hohes Maß an Verbindlichkeit und Ernsthaftigkeit. Daraus können dann weitere freiwillige Jungengruppen entstehen.

Wünschenswert ist eine enge Verzahnung mit der Planung der Berufsfelderkundungen. Es wäre sinnvoll, im Anschluss die ansonsten für Jungen atypischen Berufe (soziale Berufe ...) zu bearbeiten, um ihnen so einen offeneren Zugang zu ermöglichen. In dem Maße, in dem Jungenarbeit fest an unserer Schule etabliert wird (s.o. Jahrgänge 6, 7 und 8), erhöht sich die Wirksamkeit des Workshops deutlich (Wiedererkennungs- und Synergieeffekte).

Darüber hinaus verbessert die Durchführung des Workshops das Verständnis und die Akzeptanz der Notwendigkeit von institutionalisierter Jungenarbeit an der Schule.

Mit seinen klaren Strukturen und dem Bausteinprinzip kann der Workshop den individuellen Bedürfnissen sowohl der einzelnen Klassen unserer Schule, als auch den Begebenheiten an anderen Schulen angepasst werden. Wichtige und unabdingbare Grundvoraussetzung ist dafür jedoch die Haltung des Jungenarbeiters im Sinne einer ressourcenorientierten Vorstellung von Jungenarbeit.

*Kontakt: Heinrich-Böll-Gesamtschule,
Thorsten Friedrich, Schulsozialarbeiter,
Volksgartenstr.19-23, 44388 Dortmund,
Telefon 0231/6960126, E-Mail:
thorsten.friedrich@t-online.de*

Wir sind Gesellschafter

Aktion Mensch startet das größte Partizipationsprojekt ihrer Geschichte

„In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ – mit dieser Frage hat die Aktion Mensch das größte Aufklärungsprojekt ihrer Geschichte eröffnet. Mit einer Medienkampagne (...) wird die Bevölkerung aufgefordert, sich als „aktive Gesellschafter“ zu begreifen und in die Diskussionen um die Zukunft der Gesellschaft einzuschalten. „Wir wollen die Frage nach der Zukunft unseres Gemeinwesens aus der Reformrhetorik von Talkshows und Expertenrunden zurück in die Mitte der Gesellschaft tragen,“ erklärt Heike Zirten, die Sprecherin der Aktion Mensch und Projektleiterin, bei einer Pressekonferenz in Berlin. Hierzu bietet das Gesellschafter-Projekt neben einer Diskussionsplattform im Internet zahlreiche Möglichkeiten der Mitgestaltung an.

„Nicht die Frage, in was für einer Gesellschaft wir leben müssen oder sollen, ist für die Zukunft des Zusammenlebens in einer Demokratie entscheidend, sondern die Frage, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen“, begründet ZDF-Intendant Markus Schächter, der zugleich Vorstandsvorsitzender der Aktion Mensch ist, das neue Projekt. (...)

„Die soziale Grundhaltung vieler Menschen in Deutschland ist das wichtigste Kapital bei der Weiterentwicklung der Gesellschaft,“ betont Jürgen Gohde, stellvertretender Vorsitzender der Aktion Mensch und Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, und verweist auf die Beteiligung aller Wohlfahrtsverbände an dem neuen Projekt. (...) „Im Gesellschafter-Projekt formiert und artikuliert sich ein wichtiges Segment der so genannten Bürger- und Zivilgesellschaft“, so Gohde. Diese sei nicht nur daran interessiert mitzureden, sondern auch zu handeln. Deswegen werde die Aktion Mensch im Rahmen der „Gesellschafter“-Initiative zugleich ein neues Förderprogramm starten. (...; siehe Kasten rechts)

Der Bundesgeschäftsführer der Lebenshilfe für Menschen mit geistiger

Behinderung, Dr. Bernhard Conrads, zugleich Mitglied im Vorstand der Aktion Mensch, betont, dass die Verbände der Behindertenhilfe und -selbsthilfe das neue Projekt der Aktion Mensch ausdrücklich begrüßen. „Denn die einseitige Perspektive, die in der fortschreitenden Ökonomisierung aller Lebensbereiche unserer Gesellschaft zum Ausdruck kommt, ist in den Organisationen der Behindertenhilfe schon lange ein Thema.“ Deswegen suche das Projekt auch den Dialog mit der Wirtschaft. Bündnispartner suche man auch in der Bevölkerung: „Welche Werte sollen in Zukunft gelten? Nur die ökonomischen? Hast du was, dann bist du was? „Welche anderen Werte verbinden uns?“

Von anderen Reforminitiativen und Kampagnen hebt sich das Gesellschafter-Projekt vor allem durch seinen konsequent partizipatorischen Charakter, seine Dialogorientierung und durch konkrete Möglichkeiten zum persönlichen Engagement ab. „Außerdem“, so Dieter Gutschick, der Geschäftsführer der Aktion Mensch, sei das Projekt mit einer Laufzeit von mindestens zwei Jahren nachhaltig angelegt.

„Für das Gelingen des Gesellschafter-Projektes sind Vernetzung und Kooperation von entscheidender Bedeutung“, erklärt die Leiterin des Projektes, Heike Zirten. Deswegen kooperiere die Aktion Mensch nicht nur mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und zahlreichen Eltern-, Sozial-, Behinderten- und Selbsthilfeorganisationen, sondern auch mit NGOs aus Bereichen wie Umwelt, Entwicklungspolitik oder Menschenrechten. Auch kulturellen Organisationen und Institutionen stehe das Projekt offen. Außerdem entstehe ein Wirtschafts- und Wissenschaftsbeirat, der das Projekt beraten werde. (...)

Infos unter:
www.diegesellschafter.de

www.aktion-mensch.de
09.03.2006

„In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“

Förderprogramm unter
www.diegesellschafter.de

Mit dem Förderprogramm im Rahmen des Gesellschafter-Projektes können Projekte von gemeinnützigen Organisationen gefördert werden, die wesentlich von ehrenamtlichen und freiwilligen MitarbeiterInnen getragen werden oder zum Ziel haben, neue Freiwillige zu gewinnen. Die wichtigste inhaltliche Voraussetzung für eine Förderung ist, dass die beantragten Projekte zu mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft beitragen.

Ab 1. Mai können Förderanträge gestellt werden.

Jede Organisation, die ein Projekt im Rahmen der Gesellschafterkampagne durchführen und hierzu Zuschüsse beantragen möchte, soll im Rahmen der Antragstellung zunächst eine projektbezogene Antwort auf die Frage „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ skizzieren. Aus dieser Vision sollen dann die konkret geplanten Maßnahmen und Aktivitäten des beantragten Projektes abgeleitet werden.

Gefördert werden können Projekte, die insbesondere in einem der folgenden Themenbereiche angesiedelt sind:

- Arbeit
- Armut
- Behinderung
- Bildung
- Chancengleichheit, Teilhabe und Partizipation
- Generationengerechtigkeit
- Gesellschaft der Zukunft: Globalisierung und Europa
- Interkulturelle Vielfalt; Migration und Zuwanderung
- Kinder, Jugend und Familie
- Ethik, Wirtschaftsethik

Zur Förderung von Projekten innerhalb des Gesellschafter-Förderprogramms im Jahr 2006 stellt die Aktion Mensch für den Zeitraum Mai bis Dezember voraussichtlich Mittel in Höhe von zunächst bis zu 10 Mill. EUR zur Verfügung.

Damit können im Jahr 2006 mindestens 2.500 Projekte gefördert werden.

Integration junger Migranten

Projektausschreibung der Robert Bosch Stiftung

Fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland kommt aus Migrantenfamilien. Für viele von ihnen ist es schwerer als für ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund, ihre Talente zu entfalten. Sie benötigen dazu besondere Unterstützung, Ermutigung und ein Gemeinwesen, das mit kultureller und sozialer Vielfalt zum Vorteil für alle umzugehen weiß.

Die Robert Bosch Stiftung hat deshalb ein Programm eingerichtet, um überzeugende Projektideen zur Integration dieser jungen Menschen im Kindergarten, in der Schule und in der Freizeit zu fördern.

Welche Vorhaben können gefördert werden? – Die Projekte sollen praxisbezogen und lokal angelegt sein. Es kommen Vorhaben in Betracht,

- die längerfristig ausgerichtet sind (keine einmaligen Veranstaltungen, wie z.B. ein Kulturabend);
- jungen Migranten und ihren Familien helfen, aktiv am Leben im

- Ort, Schule oder Verein teilzunehmen und selbst Aufgaben für die Gemeinschaft zu übernehmen;
- den Erwerb der deutschen Sprache fördern;
- Migrantenorganisationen dafür qualifizieren, Integrationsarbeit noch erfolgreicher zu gestalten;
- Vereine, Schulen oder andere örtliche Einrichtungen stärker auf die Arbeit mit Migranten einstellen;
- die Leistungen junger Migranten sichtbar machen.

Dazu gehören z.B. Eltern-Kind-Projekte im Kindergarten, Sprach- und Lernpatenschaften älterer Schüler mit jüngeren, neue selbst organisierte Angebote im Jugendclub, die Einbeziehung Jugendlicher in ehrenamtliche Besuchsdienste, die Einführung von Beteiligungsformen für junge Migranten an kommunalen Prozessen.

Voraussetzung für eine Förderung ist es, dass Migranten selbst aktiv an der Planung und Durchführung der Vorhaben beteiligt sind.

Besondere Berücksichtigung finden Projekte,

- die Einheimische und Migranten (auch unterschiedlicher Herkunft) gemeinsam gestalten;
- die ehrenamtliches Engagement einbeziehen;
- die sich auch an die Eltern junger Migranten wenden.

Multiplikatorenprojekte oder überregionale Vorhaben können gefördert werden, wenn sie einen deutlichen Praxisbezug aufweisen.

Wer kann einen Antrag stellen? – Anträge können z.B. Initiativgruppen, Bürgerbüros, Vereine, Schulen, Kitas, Kirchengemeinden, Migrantenorganisationen stellen.

Wie hoch ist die Förderung? – Die Förderung der Robert Bosch Stiftung beträgt bis zu 5.000,- EUR für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren.

Anträge werden bis Ende 2006 laufend entgegengenommen.

Weitere Infos bei: Robert Bosch Stiftung GmbH, Heidehofstraße 31, 70184 Stuttgart, Ansprechpartnerin: Stefanie Palm, Telefon 0711/46084-37, E-Mail: stefanie.palm@bosch-stiftung.de

www.bosch-stiftung.de/junge_migranten

NRW-Landesprogramm „Kultur und Schule“

Kinder und Jugendliche brauchen Kunst und Kultur. Deshalb will die Landesregierung NRW die künstlerisch-kulturelle Bildung in Schulen mit zusätzlichen Projekten stärken.

Künstlerische Aktivität und kulturelle Bildung sind wichtig für die Entwicklung von jungen Menschen: für eine differenzierte Wahrnehmung, Ausdrucksvermögen, die Ausbildung einer ästhetischen Intelligenz und für die Gestaltung des Lebens insgesamt.

Damit junge Menschen erfahren, wie bereichernd die Beschäftigung mit Kunst und Kultur sein kann, müssen sie – unabhängig vom familiären Hintergrund und Wohnumfeld – die Chance haben, Kunst und künstlerische Projekte kennen zu lernen. Wichtige Orte der Begegnung sind die Schulen. Sie spielen im Leben von Kindern und Jugendlichen eine zentrale Rolle. Daher will die Landesregierung NRW die künstlerisch-kulturelle Bildung in Schulen stärken.

Das NRW Landesprogramm „Kultur und Schule“ wendet sich mit der Ausschreibung von Projekten an Künstlerinnen und Künstler, Mitarbeiter/-innen aus Kulturinstituten und Einrichtungen der künstlerisch-kulturellen Bildung. Sie sind aufgefordert, komplementäre Elemente zum schulischen Lernen zu entwickeln und umzusetzen.

Die Initiative startet mit Beginn des Schuljahres 2006/2007. Gefördert werden Projekte in allgemeinbildenden und in berufsbildenden Schulen, die regelmäßig (ca. 40 Einheiten à 90 Minuten einmal wöchentlich) und ein ganzes Schuljahr lang stattfinden. Dabei ist es ein besonderes

Anliegen, künstlerisch-kulturelle Projekte in Ganztagschulen durch das Förderprogramm zu stärken.

Die Ausschreibung wendet sich an Künstler/-innen, an Kulturinstitute und an Einrichtungen der künstlerisch-kulturellen Bildung. Projektvorschläge können bis zum **12. Mai 2006** über die Kommune zusammen mit der beteiligten Schule eingereicht werden. Kommunen können auch mehrere Projekte beantragen. Die Finanzierung sieht eine Förderung von bis zu 2.000,- EUR je Projekt vor.

Weitere Infos & Bewerbungsunterlagen (Formblatt) bei der für den Antragsteller zuständigen Bezirksregierung sind erhältlich und unter: www.kultur.nrw.de/de/kinder_jugendliche.html

Das Projekt

„Ganzttag“ in Bewegung

Aktuelle Entwicklungen in Primarstufe und Sek. I



von Alexander Mavroudis

Der mit der Offenen Ganztagschule im Primarbereich 2003 begonnene Ausbau von Ganztagsplätzen an Schulen setzt sich fort. Das hat die Landesregierung bereits im Herbst angekündigt (siehe „inform“ 4/05).

Was die Offene Ganztagschule im Primarbereich angeht, so sind im laufenden Schuljahr bereits gut 1.400 Schulen dabei; die Schulen und ihre Partner insbesondere aus der Kinder- und Jugendhilfe bieten Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangebote für 71.000 Kinder an. Durch den angekündigten Bedarf an Investitionsmitteln zum räumlichen Ausbau der Schulen haben die Kommunen angekündigt, dass sie bis zum Schuljahr 2007/08 mindestens 150.000 Plätze einrichten wollen. Die Landesregierung geht von einem noch höheren Bedarf aus und spricht von über 200.000 Plätzen. Mit der „Neufassung und Änderung der Erlasse und Förderrichtlinien“ vom 26.01.2006 (im Folgenden: Änderungserlass) wurden die Weichen für die weitere quantitative und qualitative Entwicklung gestellt.

Aber auch im Bereich der Sek. I tut sich was. Mit Runderlass vom 25.01.2006 wurde die „Qualitätsoffensive Hauptschule/Ausbau des Ganztagsangebotes an Hauptschulen“ angekündigt. Bis 2012 sollen bis zu 50.000 neue Ganztagsplätze an Hauptschulen geschaffen werden. Die ersten 20 Ganztags Hauptschulen sind bereits am 01.02.2006 gestartet.

Im Folgenden werden die wichtigsten Neuerungen in beiden Bereichen vorgestellt.

Offene Ganztagschule im Primarbereich

In der Einführung des Änderungserlasses heißt es: „Die Landesregierung beabsichtigt, die Qualität in den offenen Ganztagschulen im Primarbereich nach § 9 Abs. 3 SchulG durch die Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstellen erheblich zu verbessern. Ziel ist die Intensivierung einer gezielten und individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Dies muss durch ein verbessertes Lern- und Förderangebot erkennbar werden. Die enge Zusammenarbeit von Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Kultur, Sport und weiteren Partnern soll fortgeführt und noch intensiviert werden.“ (S. 2 Änderungserlass vom 26.01.2006)

Die Offene Ganztagschule im Primarbereich (im Folgenden kurz: OGS) als kooperatives Programm wird also fortgesetzt. Und es werden zwei neue Schwerpunkte gesetzt:

– Angestrebt wird die gezielte und *individuelle* Förderung der schulischen, sozialen und persönlichen Entwicklung der Kinder; unter diesem Gesichtspunkt wurde auch die Anlage B der Förderrichtlinien mit dem Muster zum schulischen Ganztagskonzept erweitert. Dieses Ziel

korrespondiert mit der geplanten Verankerung des Auftrags der individuellen Förderung der Schüler/-innen im neuen Schulgesetz.

– Die *Qualität* der OGS soll ausgebaut werden, und zwar durch die Bereitstellung von zusätzlichen Lehrerstellen. „Die für die außerunterrichtlichen Angebote zur Verfügung gestellten Lehrstellenanteile sind für Angebote zu nutzen, die geeignet sind, die Kinder ergänzend zum Unterricht individuell zu fördern und zu fordern“ (Nummer 3.1 Grunderlass, S. 7 Änderungserlass vom 26.01.2006). Dieser neue bildungspolitische Leitgedanke nimmt die schulischen Akteure stärker in die Pflicht – was besonders deutlich wird bei der Gestaltung des Programms „Qualitätsoffensive Hauptschule“ (siehe weiter unten). Dieser Ansatz korrespondiert zugleich mit den Erkenntnissen der Wissenschaftlichen Begleitstudie zur OGS, wonach die Mitwirkung von Lehrer/-innen bei der Gestaltung der außerunterrichtlichen Angebote zurzeit oft noch die Ausnahme ist (vgl. „inform“ 1/05, S. 23 ff.).



Die mit dem Änderungserlass in den Blick genommenen Aufgaben und Ziele machen erneut deutlich, dass es sich bei der OGS um ein Entwicklungsprojekt handelt. Der Start Anfang 2003 erfolgte in dem Bewusstsein, dass viele für die qualitative Entwicklung notwendige Erkenntnisse in der praktischen Umsetzung gewonnen werden müssen, dass die Einführung der OGS als neues kooperatives Systems gerade auch für die handelnden Akteure auf der Planungs- und Steuerungsebene einen längeren Lernprozess darstellt – der bisherige Verlauf gibt dem Recht.

Die Landesförderung

Bereits im ersten Schuljahr 2003/04 wurde die finanzielle Ausstattung der OGS immer wieder kritisch angesprochen. Die nunmehr vorgenommene Erhöhung der Landesförderung ist somit ein wichtiger Beitrag für den weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der OGS.

(1) Ab dem 01.02.2006 werden Lehrerstellen nach einem Stellenschlüssel von 0,2 Lehrerstellen pro 25 Schüler/-innen oder pro 12 Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zugewiesen (bisher: 0,1 Lehrerstellenanteile). An Stelle von 0,1 Lehrerstellen kann ein Festbetrag in Höhe von 205,- EUR pro Schüler/-in bzw. 430,- EUR pro Schüler/-in mit sonderpädagogischem Förderbedarf gewährt werden. Dieser Festbetrag ist für pädagogische Fachkräfte zu verwenden, die qualifizierte Förderangebote durchführen. (Nummer 5.4 des Fördererlasses, S. 9 f. Änderungserlass vom 26.01.2006) Das bedeutet, dass zur bestehenden Finanzierung den Schulen und ihren Partnern zusätzlich 0,1 Lehrerstellenanteile pro Gruppe zur Verfügung gestellt werden, die allerdings nicht – wie der bereits bestehende 0,1 Lehrerstellenanteil, der

auch weiterhin kapitalisierbar bleibt – kapitalisierbar sind, sondern in Form von Stundendeputaten für Lehrkräfte der jeweiligen Schule in die Gestaltung der außerunterrichtlichen Angebote einfließen sollen. – Einzige Ausnahme stellen die Träger von Ersatzschulen dar, hier sind beide Lehrstellenanteile zu kapitalisieren.

Die neuen Stundendeputate sind nicht nur als zusätzliche Ressource für die OGS bedeutsam, sondern:

- Mit den Lehrkräften fließt wichtiges schulisches Know-how in den außerunterrichtlichen Bereich ein.
- Die Einbindung von Lehrkräften ist ein wichtiger Impuls für das Wachsen der Kooperationskultur der Professionen im Alltag und mit Blick auf die innere Verzahnung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten – und damit für die Verknüpfung von Schulpädagogik und Sozialpädagogik im Ganzttag.
- Das Erleben der Kinder in einem anderen Lernsetting als dem Unterricht ist für Lehrer/-innen eine große Chance. Das gilt natürlich umgekehrt für die Kinder, die ihre Lehrer/-innen auch einmal anders erleben können.

Für die gute Nutzung der Stundendeputate wird von entscheidender Bedeutung sein, dass Schulleitung und außerschulischer Partner gemeinsam darüber beraten und entscheiden, wie Angebote von Lehrer/-innen in den außerunterrichtlichen Bereich integriert werden können.

(2) Die Landesförderung wird weiterhin für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhöht. Der Grundfestbetrag beträgt für diese Kinder statt wie bisher 615,- EUR pro Schuljahr und Kind nunmehr 1.230,- EUR (Nummer 5.4 des Fördererlasses, S. 9 f. Änderungserlass vom 26.01.06). Das betrifft Plätze an Förderschulen

wie auch in integrativen Gruppen. – Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch, dass auch Förderschulen mit den Förderschwerpunkten „Sehen“ sowie „Hören und Kommunikation“ Ganztagsplätze einrichten können (S. 2. Änderungserlass vom 26.01.2006).

Mit dieser Erhöhung wird die finanzielle Ausstattung von Angeboten für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf wesentlich verbessert. Das lässt hoffen, dass nunmehr auch verstärkt für diese Kinder Ganztagsplätze eingerichtet werden.

(3) Eine weitere Änderung betrifft den Elternbeitrag. Hier wird die Obergrenze von bisher 100,- EUR auf nunmehr 150,- EUR (ab 01.08.2006) erhöht. Mit Blick auf die Regelungen zur sozialen Staffelung der Elternbeiträge ist neu hinzu gekommen: „Eine soziale Staffelung der Beiträge kann auch eine Ermäßigung für Geschwisterkinder, auch für die Kinder, die eine Kindertageseinrichtung besuchen, und einen Ausgleich zwischen Stadt- bzw. Gemeindeteilen oder Schulen mit unterschiedlich hohem Beitragsaufkommen vorsehen. (...) Der Schulträger und die Schulleiterin oder der Schulleiter sollen Eltern besonders förderungsbedürftiger Kinder gezielt auf die Möglichkeit einer Beitragsreduzierung oder einen Erlass der Beitragszahlungen bzw. einer Übernahme von Beiträgen durch die wirtschaftliche Jugendhilfe aus sozialen Gründen hinweisen und die Teilnahme dieser Kinder nahe legen.“ (Nummer 5.5 des Fördererlasses, S. 10 Änderungserlass vom 26.01.2006)

(4) Nicht erhöht wurde der vorgesehene kommunale Eigenanteil von mindestens 410,- EUR pro Platz/Jahr

Die Investitionsmittel

Für den Bereich der OGS bleibt es beim 30.04.2007 als letzte mögliche Antragsfrist. Werden Investitionsmittel in Anspruch genommen, so müssen die dafür zugrunde gelegten Ganztagsplätze spätestens zum Schuljahr 2007/08 eingerichtet werden.

Angesichts des Umstandes, dass das Investitionsprogramm des Bundes nunmehr auch für neue erweiterte Ganztags Hauptschulen und Ganztagsförderschulen in der Sek. I mit den Förderschwerpunkten „Lernen“ und „emotionale und soziale

www.ganzttag.nrw.de

Der vom Landesinstitut für Schule/Qualitätsagentur gestaltete Internet-Auftritt zum „Ganzttag“ in NRW bietet u. a.

- aktuelle Informationen u.a zu Tagungen, Fortbildungen, Förderung und Antragsverfahren,
- Praxisbeispiele,
- Materialien & Richtlinien,
- Beratungskontakte/-partner landesweit und vor Ort in den Regionen,
- Standorte von u.a. Offenen Ganzttagsschulen im Primarbereich und
- eine Job-Börse als Marktplatz zur Vermittlung von Stellenangeboten.



Entwicklung“ geöffnet wurde, ist allerdings nunmehr nicht auszuschließen, dass bei einer Beantragung zum 30.04.2007 keine Gelder mehr zur Verfügung stehen. Von daher sollte der Investitionsbedarf im Bereich der OGS den Bezirksregierungen möglichst frühzeitig mitgeteilt werden.

Weitere Änderungen

Teilnahmepflicht der Kinder: Vor dem Hintergrund der bildungspolitischen Ziele der OGS bleibt es dabei, dass die Teilnahme an der OGS zwar zunächst freiwillig ist, die Anmeldung eines Kindes zur Teilnahme an den außerunterrichtlichen Angeboten aber für die Dauer eines Schuljahres bindet. Sie verpflichtet in der Regel zur Teilnahme an fünf Tagen pro Woche an allen Unterrichtstagen in dem Zeitfenster 8 bis spätestens 16 Uhr, bei Bedarf auch länger, mindestens aber 15 Uhr (Nummer 2.5 und 2.6 Grunderlass, S. 7 f. Änderungserlass vom 26.01.2006).

Mitwirkungsrechte der außerschulischen Partner: Die Möglichkeiten der Mitwirkung wurden verbessert. So kann die Schulkonferenz Vertreter/-innen der außerunterrichtlichen Angebote nicht nur als beratende Mitglieder berufen. Die Lehrerkonferenz kann zudem pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte, die im Rahmen außerunterrichtlicher Angebote tätig sind und nicht der Schule angehören, als Lehrervertreter in die Schulkonferenz wählen – in der sie dann auch Stimmrecht haben. Die Schule soll zudem mit Zustimmung der Schulkonferenz mit ihren Kooperationspartnern besondere Re-

gelungen zur Mitwirkung der pädagogischen Betreuungskräfte dieser Partner vereinbaren (Nummer 3.4 Grunderlass, S. 7 f. Änderungserlass vom 26.01.2006).

Mitwirkung und Angebote für Eltern: Die Mitwirkung der Eltern bei der Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote war bereits vorgesehen und ist mit dem Änderungserlass nochmals untermauert, wenn es heißt: „Bei der Konzeption, Durchführung und Umsetzung des Ganztagskonzepts sind die Eltern der angemeldeten Kinder in besonderem Maße zu beteiligen“ (Nummer 2.2 Grunderlass, S. 4 Änderungserlass vom 26.01.2006). Darüber hinaus sollen in Kooperation mit den öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe „in den offenen Ganztagschulen – auch in Kooperation mit örtlichen Familienzentren – Möglichkeiten der Elternberatung geschaffen werden“ (Nummer 2.9 Grunderlass, S. 6 Änderungserlass vom 26.01.2006).

Mittagessen: Der Änderungserlass schreibt vor, dass für die teilnehmenden Kinder eine Gelegenheit für einen Imbiss oder eine Mahlzeit bestehen muss (Nummer 2.8 Grunderlass, S. 6 Änderungserlass vom 26.01.2006) – bisher stand hier eine „soll“-Formulierung.

Gruppengrößen: Festgelegt wird nun, dass sich die Teilnehmerzahl an den einzelnen außerunterrichtlichen Angeboten nach dem Inhalt des Angebots und den individuellen Förder- und Betreuungsbedarfen der teilnehmenden Schüler/-innen richten soll (Nummer 2.10 Grunderlass, S. 6

Änderungserlass vom 26.01.2006). – Das verdeutlicht, dass die Gruppengrößen 24 bzw. 12 keine Vorgaben für die pädagogische Arbeit sind, sondern Berechnungsgrößen für die Ermittlung der Fördermittel.

Unterrichtsausfall: Der Änderungserlass betont ausdrücklich, dass außerunterrichtliche Angebote der OGS nicht zur Vertretung von Unterricht genutzt werden dürfen (Nummer 2.6 Grunderlass, S. 5 Änderungserlass vom 26.01.2006) – zugleich ein Hinweis darauf, dass die OGS mehr ist als „nur“ Betreuung.

Qualitätssicherung: Das Land führt gemeinsam mit den Schulträgern, den öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe, den Kirchen, Organisationen aus Kultur und Sport sowie mit anderen Partnern einen Qualitätsentwicklungsprozess durch. Hierzu gehören, neben der wissenschaftlichen Begleitung der OGS, verschiedene Modellprojekte (wie z.B. die Förderung von Qualitätszirkeln auf kommunaler Ebene und die Entwicklung von Arbeitsmaterialien und Expertisen für die Qualitätsentwicklung vor Ort im Ganztag). In der erweiterten Anlage B zum Antrag, der Checkliste zum schulischen Konzept, wird gezielt nach der schulinternen Ergebnissicherung gefragt.

Laufzeit: Der Änderungserlass gilt bis zum 31.07.2011. Damit verlängert sich zugleich das „Zeitfenster“ für die Einrichtung neuer Ganztagsplätze in der OGS – vorausgesetzt für diese Plätze werden keine Investitionsmittel in Anspruch genommen.

Die Landesförderung für Horte

Die Öffnung des „Zeitfensters“ ist insbesondere für die geplante Überführung von Hortgruppen in die OGS von Bedeutung. Davon ausgehend, dass die Qualitätsentwicklung bei der OGS 2007 noch nicht überall abgeschlossen sein ist, können Horte ab 2008 im Umfang von bis zu 20 % der 2005 zur Verfügung stehenden Landesmittel weiter gefördert werden, bis auch diese durch die OGS ersetzt werden können (Nummer 1.4 Grunderlass, S. 3 Änderungserlass vom 26.01.2006). Beabsichtigt ist, dass insbesondere Hortgruppen für Kinder mit besonderen Förderbedarfen und für Regionen mit problematischer Sozialstruktur noch über einen längeren Zeitraum notwendig sein

können. – Die genauen Kriterien stehen noch nicht fest und werden in den nächsten Wochen durch das MGFFI veröffentlicht.

Für die Planungen vor Ort in den Kommunen ist es wichtig zu erkennen, dass die Fortsetzung der Landesförderung nur für bestimmte Hortgruppen in Frage kommt und dass die Träger von Horten nicht aus der Verantwortung entlassen werden, an der Überführung ihrer Angebote in die OGS mitzuwirken. Die Entscheidungsprozesse zum weiteren Bestand einzelner Hortgruppen müssen in die kommunale Entwicklungsplanung zur Einführung der OGS integriert sein (abgestimmte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung).

Die anderen Programme

Schülertreff in der Tagesstätte: Die Landesförderung für das Programm „Schülertreff in der Tagesstätte“ (SiT) endet am 31.7.2006. Für die Träger bedeutet das, dass ihre Angebote zum nächsten Schuljahr 2006/07 in die OGS zu überführen sind.

„Dreizehn Plus“ im Primarbereich: Die Landesförderung für „Dreizehn Plus“ im Primarbereich endet grundsätzlich am 31.7.2007. Davon ausgenommen sind jedoch bestehende „Dreizehn Plus“-Gruppen an Schulen im ländlichen Raum mit noch geringen Betreuungsbedarfen. Zurzeit werden seitens des MSW Übergangsregelungen gesucht. – Auch hier gilt, dass Überlegungen zum weiteren Bestand einzelner „Dreizehn Plus“-Gruppen in die kommunale Entwicklungsplanung zur Einführung der OGS zu integrieren sind.

„Schule von acht bis eins“: Gruppen der „Schule von acht bis eins“ werden auch zukünftig weiter vom Land gefördert – und zwar auch an einer OGS für die Kinder, für die ausschließlich Bedarf für eine Vor- und Übermittagsbetreuung besteht.

Antragsfrist

Die Anträge (Betriebskosten und Investitionsmittel) für das Schuljahr 2006/07 sind bis zum 30.04.2006 bei der zuständigen Bezirksregierung einzureichen.

Änderungserlass, Antragsunterlagen und weitere Materialien unter:
www.bildungsportal.nrw.de/BP/Schule/System/Ganztagsbetreuung/InfoGTGS/Rechtsgrundlagen/index.html

Ganztags in der Sek. I – Der Ausbau von Ganztags Hauptschulen



Mit Fördererlass vom 25.01.2006 hat das Land die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Ganztags Hauptschulen vorgegeben. In der Einführung des Erlasses heißt es: „Die Stärkung der Hauptschulen ist eines der bedeutenden bildungspolitischen Ziele des Landes. Der Ausbau des Ganztagsangebots ist ein zentraler Teil der ‘Qualitätsoffensive Hauptschule’ zur Erneuerung und Stärkung der Hauptschule. Er wird begleitet von umfangreichen Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung des Unterrichts und der Abschlüsse. Ziel ist die Entwicklung eines neuen Leitbilds für die Schulform Hauptschule. (...) Der Ausbau der Ganztagsangebote an Hauptschulen zielt insbesondere auf eine umfassende Verbesserung der Startchancen für Kinder und Jugendliche an den Hauptschulen.“ (S. 1, Fördererlass vom 25.01.2006)

Bewerben können sich vom Prinzip her alle Hauptschulen – allerdings sollen nicht alle Ganztags Hauptschulen werden, sondern nur knapp 20%. Vorrangig berücksichtigt werden Hauptschulen, die ihren Bildungsauftrag unter sehr schwierigen Bedingungen erfüllen. „Indikatoren dafür sind insbesondere

- ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund,
- besonders schwierige sozialräumliche Gegebenheiten am Schulstandort,
- ein hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit besonders ausgeprägtem individuellem Förderbedarf, der sich z.B. in hohen Quoten von Klassenwiederholungen, Abgängern ohne Schulabschluss oder der Zahl der Hilfen zur Erziehung niederschlägt“ (S. 2, Fördererlass vom 25.01.2006)

Im Unterschied zum Konzept der Offenen Ganztagschule im Primarbereich handelt es um ein sog. „voll gebundenes Ganztagskonzept“. Das ist in dreifacher Hinsicht bedeutsam:

- Schrittweise sind alle Schüler/-innen einer Hauptschule verpflichtet, an den ganztägigen Angeboten der Schule teilzunehmen.
- Schule alleine trägt die Verantwortung für die Gestaltung des Ganztags.

Die Zusammenarbeit mit einem hauptverantwortlichen außerschulischen Partner ist nicht vorgesehen. Planung, Gestaltung und Leitung des Ganztagskonzeptes liegt in schulischer Hand; die Schulkonferenz entscheidet.

- Die Kommune als Schulträger ist nur in Fragen der äußeren Schulangelegenheiten (Räume etc.) beteiligt; weder Schulverwaltungs- noch Jugendamt sind damit bei der konzeptionellen Ausgestaltung des Ganztags als Planungs- und Steuerungsinstanz beteiligt.

Kein kooperatives System, aber doch die Öffnung für außerschulische Partner

Wenngleich das gebundene Ganztagskonzept somit kein mit der OGS vergleichbares kooperatives System darstellt, sieht das Programm doch die Kooperation mit außerschulischen Partnern vor:

1. Ein Berührungspunkt sind die Lernziele. Zwar liegt der Schwerpunkt auf der schulbezogenen Förderung, es geht um eine bessere individuelle Förderung insbesondere lernschwacher Schüler/-innen, um die Verbesserung von Lernklima und Lernbereitschaft. Zugleich soll durch „außerunterrichtliche Angebote zur Persönlichkeitsbildung und zur

Ganztags in der Sek. I – Der Ausbau von Ganztagsförderschulen

Ebenfalls angekündigt ist seitens des MSW der Ausbau von Ganztagsförderschulen. Auch hier geht es um gebundene Ganztagsförderschulen, Ziele, inhaltliche Ausrichtung und Fördersystematik werden ähnlich sein wie bei den Ganztags Hauptschulen. Einschränkend ist hier allerdings zu vermerken:

- Geplant ist, dass nur 20 ausgewählte Förderschulen an dem Programm partizipieren sollen.
- Der Fördererlass des MSW liegt noch nicht vor; von daher kann auch nicht gesagt werden, nach welchen Kriterien diese 20 Schulen ausgewählt werden.



det werden, d. h. den Schulen stehen Mittel im Gegenwert von 51.000,- EUR pro Stelle und Jahr zur Verfügung (siehe S. 3, Fördererlass vom 25.01.2006). Damit haben die Schulen einerseits die Möglichkeit, sozialpädagogische Fachkräfte ins Kollegium zu integrieren – und sie können andererseits einzelne Angebote externer Partner finanzieren.

3. Schließlich sollen die Schulen im Rahmen des Ganztagskonzeptes auch die Kooperation mit außerschulischen Partnern insbesondere der Jugendhilfe gemäß § 5 Schulgesetz NRW darstellen. Damit sind die Schulen dazu aufgefordert, im Rahmen der Einführung des Ganztags die Zusammenarbeit mit z.B. Einrichtungen aus den umliegenden Sozialräumen oder den Lebensräumen der Schüler/-innen zu suchen.

Aber auch die Träger der Jugendhilfe sind dazu aufgefordert, an die Schulen heranzutreten. Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz (3. AG-KJHG - KJFöG) beauftragt in § 7 die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die Träger der freien Jugendhilfe, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit den Schulen zusammen zu wirken; in § 10 wird die schulbezogene Jugendarbeit zudem als ein Schwerpunkt der Kinder- und Jugendarbeit benannt. Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch geeignete Strukturen sicherstellen, dass eine sozialräumliche pädagogische Arbeit gefördert wird und die Beteiligung der in diesem Sozialraum bestehenden Schulen und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe gesichert ist.

Vor diesem Hintergrund stellt der begonnene Prozess des Ausbaus von Ganztags Hauptschulen für die Träger der Jugendhilfe auch eine Chance dar, dem gesetzlichen Auftrag nachzukommen und die Möglichkeiten der Öffnung von Schulen zu nutzen.

Den Erlass sowie weitere Informationen unter:

<http://www.bildungsportal.nrw.de/BP/Schule/System/Schulformen/Hauptschule/index.html>

**Kontakt: alexander.mavroudis@lvr.de,
Telefon 0221/809-6932**

Infos, Beratung und Fortbildung zum „Ganzttag“ im LJA Rheinland

Fachberatung „Offene Ganztagschule im Primarbereich“

Die Fachberatung „Offene Ganztagschule im Primarbereich“ im LJA Rheinland informiert und berät Kommunen (Jugend- und Schulverwaltungsämter), freie Trägerzusammenschlüsse auf kommunaler und Landesebene sowie Jugendhilfe- und Schulausschüsse zur Einführung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich.

Ansprechpartner/-in sind:

im Regierungsbezirk Düsseldorf
Frau Dr. Kleinen, Tel. 0221/809-6940,
E-Mail: karin.kleinen@lvr.de

im Regierungsbezirk Köln
Herr Mavroudis, Tel. 0221/809-6932,
E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

Informationen, Fortbildungsangebote und Materialien der Fachberatung zum „Ganzttag“ unter:
www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/Ganztagschule/

Fachberatung „Kooperation von Jugendhilfe und Schule“

Die Fachberatung „Kooperation von Jugendhilfe und Schule“ steht als Ansprechpartner für freie und öffentliche Träger auf kommunaler und Landesebene sowie Jugendhilfeausschüsse zur Verfügung, die die Kooperation mit Schule – u.a. im Bereich des Ausbaus von Ganztags Hauptschulen – suchen. Das Angebot umfasst Information, Bereitstellung von Arbeitshilfen, Fachvorträge und, im Einzelfall, Beratung.

Ansprechpartner sind:

Herr Mavroudis, Tel. 0221/809-6932,
E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

Her Schaefer, Tel. 0221/809-6234,
E-Mail: hp.schaefer@lvr.de

Informationen, Fortbildungsangebote und Materialien der Fachberatung zum Thema unter:
www.lvr.de/FachDez/Jugend/Fachthemen/Jugendhilfe+und+Schule/

Förderung der Ausbildungs- und Berufsreife in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Jugendhilfe und Partnern aus Wirtschaft und Handwerk, Kultur und Sport“ beigetragen werden (S. 2, Fördererlass vom 25.01.2006). Im Rahmen des Ganztagsprogramms sind somit auch Angebote gefragt und notwendig, in denen überfachliche Kompetenzen von Mädchen und Jungen und deren Persönlichkeitsentwicklung gefördert werden, in denen Schülerinteressen durch u.a. fächerübergreifende Lernangebote aufgegriffen werden und in denen Kompetenzen der Schüler/-innen ausgebaut werden. Um diese Lernziele zu erreichen, sind auch sozialpädagogische Lernsettings notwendig – es geht also darum, neben Lehrer/-innen andere Professionen einzubinden. Und es spricht vieles dafür, dass die Schulen bei der Planung und Gestaltung von Angeboten mit Trägern und Teams der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit zusammen arbeiten, da diese hier einen großen Erfahrungsschatz und methodisches Know-how besitzen.

2. Ein zweiter Berührungspunkt für die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern ist die vorgesehene Förderung. Den Ganztags Hauptschulen wird ein 30prozentiger Lehrerbzuschlag zur Verfügung gestellt. Hiervon sind zwei Drittel durch Lehrkräfte zu besetzen; davon kann eine Stelle je Schule mit einer sozialpädagogischen Fachkraft besetzt werden (bei Vorliegen eines besonderen pädagogischen Bedarfs kann auch eine zweite sozialpädagogische Fachkraft beschäftigt werden). Das dritte Drittel des Ganztagszuschlags kann zur Finanzierung von pädagogischen Angeboten zur Unterstützung und Ergänzung des Unterrichts verwenden

Praxisfeld „Ganztag“

Infos & mehr



Interkulturelle Bildung in der OGS

LVR-Fachtagung „Integration“ am 21.06.2006 in Köln

Im Jahr 2005 hat das Landesjugendamt Rheinland die Fachtagungsreihe „G wie Ganztag“ gestartet. Die Reihe soll einen Beitrag für eine effektive Fachlichkeit in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich leisten.

Bei „Integration“ steht die Frage der interkulturellen Bildung im Mittelpunkt. In den aktuellen Fachdiskussionen nimmt die Sprachförderung von Kindern aus Migrantenkulturen einen hohen Stellenwert ein – zu Recht, denn ohne ausreichende Deutschkenntnisse sind der schulische Bildungserfolg, aber auch die soziale Integration in Deutschland gefährdet.

Interkulturelle Bildung geht aber über Fragen der Sprachförderung für

Kinder aus Migrantenkulturen weit hinaus – und richtet sich an alle Kinder! So sind die Träger der Kinder- und Jugendhilfe nach dem Jugendfördergesetz NRW dazu aufgefordert, „die Fähigkeit junger Menschen zur Akzeptanz anderer Kulturen und zu gegenseitiger Achtung“ zu fördern; die Angebote sollen den „fachlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen einer auf Toleranz, gegenseitiger Achtung, Demokratie und Gewaltfreiheit orientierten Erziehung und Bildung entsprechen“ (§ 5 des 3. AG-KJHG – KJFöG).

Die verschiedenen Facetten Interkultureller Bildung, aber auch praktische Beispiele aus der Praxis von Offenen Ganztagschulen im Prim-



arbereich sollen am 21.06.2006 vorgestellt und diskutiert werden.

Infos & Kontakt: karin.kleinen@lvr.de

„Das fliegende Klassenbuch“

Schreib- und Leseaktion weckt kreatives Potenzial

Schulministerin Sommer zeichnet Grundschul Kinder aus

Ohne den zehnjährigen Jens und seine Klassenkameradinnen und -kameraden hätte das Tiger-Team seinen aktuellsten Fall nicht gelöst: Die 25 Kinder der Klasse 4c der Grundschule am Oemberg in Mülheim an der Ruhr haben sich am landesweiten Schreibwettbewerb „Das fliegende Klassenbuch“ beteiligt und gemeinsam eine Geschichte der beliebten Figuren aus der Kinder- und Jugendliteratur weiter und zu Ende geschrieben. Aus den Händen von Schulministerin Barbara Sommer haben sie dafür heute im Duisburger ATLANTIS Kindermuseum zusammen mit 75 weiteren Preisträger/-innen die Urkunden für die besten Klassenbücher erhalten. Die Aktion im Rahmen der Leseinitiative NRW des Schulministeriums wurde mit 3.600 Schulen durchgeführt. 20.000 Grundschul Kinder aus Nordrhein-Westfalen haben sich mit ihren

Geschichten am Wettbewerb der Schreib- und Leseaktion „Das fliegende Klassenbuch“ beteiligt.

„Die Kinder haben uns eindrucksvoll gezeigt, wie viel Fantasie und schriftstellerisches Potenzial sie besitzen – und dies ganz im Gegensatz zu mancher Vermutung, die durch die PISA-Studie entstanden sein mag“, sagte Ministerin Barbara Sommer zur Preisverleihung. Entstanden sind nicht nur lesenswerte Geschichten: Die Schüler/-innen haben ihre Klassenbücher gemeinsam illustriert und damit kleine Kunstwerke geschaffen, die bei der Preisverleihung vorgestellt wurden. Besonders beeindruckt zeigte sich die vom Grundschulverband geleitete Jury über die Beiträge von Klassen mit Kindern verschiedener kultureller Herkunft und Lernniveaus: So nehmen die Schüler/-innen der integrativen Klasse 4a der Emscher-

schule in Oberhausen die Fee Tinkerbell kurzerhand mit auf eine Reise zu den berühmten Sehenswürdigkeiten dieser Welt und haben zugleich die erzählten Geschichten in ihrem Leporello illustriert.

„Das fliegende Klassenbuch“ ist eine Aktion der Projekt Ruhr GmbH und wurde im Rahmen der seit 2002 bestehenden Leseinitiative NRW des Schulministeriums durchgeführt (weitere Förderer der Aktion sind die Duden Paetec GmbH und der Egmont Franz Schneider Verlag; Durchführung durch Zeitbild Verlag).

Die Hauptgewinner des Lese- und Schreibwettbewerbs: Klasse 2a der Emscherschule in Oberhausen; Klasse 3c der Grundschule Liegnitzer Straße in Wuppertal; Klasse 4a der Emscherschule in Oberhausen; Klasse 4c der Grundschule am Oemberg in Mülheim an der Ruhr.

*Kontakt: ATLANTIS Kindermuseum,
Philine Gerlach, Telefon 0203/
4499060, E-Mail: ph.gerlach@kindermuseum.de,
Philosophenweg
23-25, 47051 Duisburg*

Berufsbegleitender Aufbaubildungsgang Offene Ganztagschule im Primarbereich jetzt auch im Rheinland



Der erste Kurs der berufsbegleitenden Weiterbildung am LVR-Berufskolleg in Düsseldorf startet am 18.08.2006

Der Aufbaubildungsgang Offene Ganztagschule ist ein Modellversuch des Landes Nordrhein-Westfalen. Er steht im Zusammenhang mit dem bildungs- und familienpolitischen Ziel bis zum Jahr 2007 in Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe über 200.000 Ganztagsplätze an Primar- und Förderschulen (bis Klasse 6) zur Verfügung zu stellen.

Die Absolventen/-innen arbeiten in dem außerunterrichtlichen Bereich der Offenen Ganztagschule oder vergleichbarer Angebote. Sie übernehmen neben Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufgaben auch koordinierende und leitende Funktionen an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule. Sie erfüllen dabei einen wesentlichen Beitrag in der Angleichung von Bildungschancen von Mädchen und Jungen. Sie erwerben die Qualifikation, Kinder mit ihren individuellen Entwicklungsbedürfnissen wahrzunehmen und zu fördern. Kindern mit besonderem Förderbedarf begegnen Sie mit besonderer heilpädagogischen Kompetenzen. Sie arbeiten im System Schule mit den Trägern der Jugendhilfe und anderen Bildungsträger (z. B. Musikschule, Sportvereine, Kunstschulen) zusammen. Sie koordinieren ein multiprofessionelles Team.

Die Teilnehmer/-innen erwerben im Bildungsgang aufbauend auf ihrer schulischen Erstausbildung und ihrer beruflichen Erfahrung Schlüsselqualifikationen in den Bereichen: soziale Kompetenz, fachliche Kompetenz, Selbstkompetenz und Handlungskompetenz (siehe Schaubild).

Aufnahmevoraussetzungen sind:

- Abschluss einer Fachschule des Sozial- oder Gesundheitswesens (über Ausnahmen entscheidet die Schulleitung im Einvernehmen mit der Bezirksregierung),
- Zusage der Einrichtung zur Freistellung für die Unterrichtstage.

- Arbeits- oder Praktikumsplatz in einer Offenen Ganztagschule oder einer vergleichbaren Einrichtung.

Unterrichtsgestaltung und Unterrichtskonzept

Die Unterrichtsgestaltung hat Seminarcharakter, d. h. den Teilnehmer/-innen werden vielfältige Möglichkeiten angeboten, in den einzelnen Fächern relevante Lerninhalte zu erarbeiten. Dabei kommen verschiedene Methoden und Sozialformen zum Einsatz: Vortrag, Referat, Gespräche, Einzel-, Partner- und Gruppenarbeit, Rollenspiel, Videoarbeit, PC-unterstützte Lernformen.

Der Aufbaubildungsgang ist durch folgende Fragestellungen strukturiert:

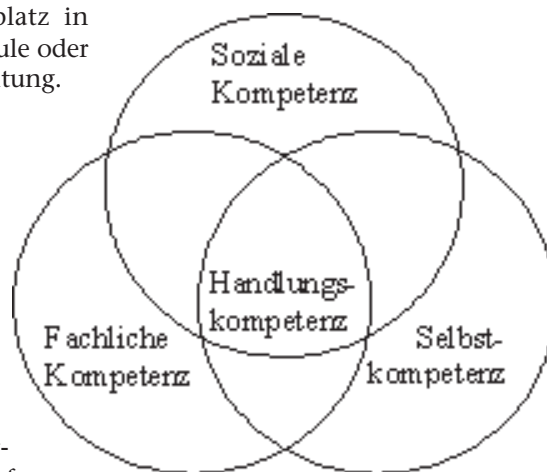
- Schule, Jugendhilfe und Familie begegnen sich und müssen zusammenarbeiten.

- Mädchen und Jungen mit besonderem Förderbedarf erfordern heilpädagogische Kompetenzen.

- Die Zusammenarbeit eines semi- und multiprofessionellen Teams erfordert Koordination und Leitung.

Die Inhalte und Themen sind den Fragestellungen verpflichtet. Die Weiterbildung umfasst insgesamt 600 Stunden und dauert ein Jahr:

- Organisation/Struktur/Recht im Umfang von 80-120 Unterrichtsstunden,
- Didaktik/Methodik im Umfang von 120 bis 180 Unterrichtsstunden,
- Sozial- und Heilpädagogik im Umfang von 120 bis 180 Unterrichtsstunden,
- Projektarbeit im Umfang von 60 Unterrichtsstunden,
- einen Wahlbereich im Umfang von 0 bis



80 Unterrichtsstunden.

Gebühren werden nicht erhoben. Für Lernmittel muss ein Eigenanteil von ca. 150,- EUR erbracht werden

Anfragen und Infos unter:

Berufskolleg des LVR, Fachschulen des Sozial- u. Gesundheitswesens/Sek. II, Aufbaubildungsgang Offene Ganztagschule, Am Großen Dorn 10, 40625 Düsseldorf (Gerresheim)

Ansprechpartner: Herr Feldwisch, Telefon 0211/291993-0, E-Mail: Hartmut.Feldwisch@lvr.de

www.berufskolleg.lvr.de/bildungsgaenge/oga+ddorf.htm



Girls' Day am 27. April

Ein Zukunftstag für Mädchen und auch für Jungs in NRW

Am 27. April 2006 ist Mädchen-Zukunftstag!

Unternehmen und Organisationen in ganz Deutschland öffnen am 27. April 2006 einen Tag lang ihre Tore, um Mädchen Einblicke in spannende technische und naturwissenschaftliche Berufsbereiche zu ermöglichen. Mädchen und junge Frauen wählen ihre Ausbildung aus einem sehr eingeschränkten Berufswahlspektrum und nehmen dadurch nicht alle Chancen, die ihnen das Berufsleben bietet, wahr.

Am Girls' Day haben Mädchen ab Klasse 5 Gelegenheit, einen Tag lang in Berufe zu schnuppern, die bisher eher von Männern dominiert sind. In diesem Jahr geht der Aktionstag in die sechste Runde. Mit fast 6.000 Veranstaltungen und fast 127.000 Teilnehmerinnen in ganz Deutschland stellte der Girls' Day im vergangenen Jahr einen neuen Beteiligungsrekord auf.

Ansprechpartnerin für den Girls' Day in NRW sind zwei Landeskoordinierungsstellen. Sie unterstützen Arbeitskreise, Netzwerke und Schulen und sollen bis zum Ende des Jahres 2007 dazu beitragen, die Umsetzung des Girls' Day zu optimieren.

Ziel ist die Verstärkung des Girls' Day in NRW bis zum Auslaufen der Förderphase.

Kontakt in NRW::

*Landeskoordinierungsstelle
Girls' Day NRW, Frauen-Forum e.V. in
Kooperation mit der Regionalstelle
Frauen & Beruf, Gerlinde Amsbeck,
Telefon 0251/5105449,
Warendorfer Str. 3, 48145 Münster
Gleichstellungsbüro der Kreisverwaltung
Düren, Angela Stefan, Telefon
02421/222250, Bismarckstr. 16,
52351 Düren
www.girls-day.de*

Neue Wege für Jungs – auch am 27. April

Die hohe öffentliche Aufmerksamkeit für den bundesweiten Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag und die daraus resultierenden organisatorischen Möglichkeiten werden zunehmend auch für Jungenveranstaltungen genutzt. Am Aktionstag am 27. April 2006 und auch darüber hinaus unterstützt das Projekt „Neue Wege für Jungs“ diejenigen, die schulische und außerschulische Veranstaltungen für Jungen durchführen möchten.

„Neue Wege für Jungs“ startete im Frühjahr 2005 als bundesweites Pilotprojekt und will mehr regionale Angebote anregen, die sich speziell an Jungen als Schüler der Klassen 5 bis 10 richten und Fragen der Berufs- und Lebensplanung in adäquater jungengerechter Form aufgreifen. Ziel ist es, Jungen neue Wege und vielfältige Perspektiven für ihre individuelle Berufs- und Lebensplanung aufzuzei-

gen. – In der Ausgabe „inform“ 4/05 wurde das Projekt bereits ausführlich vorgestellt.

„Neue Wege für Jungs“ unterstützt Initiativen und Projekte, die sich mit dem Thema jungengerechte Berufs- und Lebensplanung beschäftigen.

Das Service-Büro in Bielefeld dient als Plattform für Dialog und Vernetzung und unterstützt Engagierte in Schule, Jugendarbeit und Berufsberatung bei der Umsetzung von Jungengeboten.

Kontakt:

*Service-Büro „Neue Wege für Jungs“,
c/o Kompetenzzentrum Technik –
Diversity – Chancengleichheit
(TeDiC) e.V., Wilhelm-Bertelsmann-
Straße 10, 33602 Bielefeld
Ansprechpartner ist u.a. Miguel Diaz,
Telefon: 0521/106-17171, E-Mail:
info@neue-wege-fuer-jungs.de,
www.neue-wege-fuer-jungs.de*

G.I.B. Special: „Übergang Schule – Beruf“

Vor dem Hintergrund knapper Ausbildungsangebote bei gleichzeitig gestiegenen Anforderungen haben immer mehr Jugendliche Probleme beim Übergang von der Schule in den Beruf. Insbesondere Jugendliche mit schlechter schulischer Bildung benötigen besondere Förderangebote, um den Einstieg ins Berufsleben zu schaffen. Arbeits- und Schulministerium NRW, Schulen und Schulträger, Jugendhilfe, Betriebe, Stiftungen und freie Träger haben zahlreiche Hilfsangebote entwickelt, die verhindern sollen, dass Jugendliche die Schule ohne ausreichende Berufsorientierung verlassen, die nach der Schule den Übergang unterstützen und die darauf gerichtet sind, das Ausbildungsplatzangebot zu sichern bzw. auszuweiten.

Die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung NRW hat auf der folgenden Internetseite einen Überblick über die Förderansätze, grundlegende Materialien, interessante Internetseiten der Fördergeber, förderrechtlich relevante Dokumente und Praxisbeispiele zusammengestellt:

www.gib.nrw.de/specials/uebergang/index.htm

Jungen häufiger ohne Hauptschulabschluss

Jungen beenden in NRW ihre Schulzeit häufiger ohne Hauptschulabschluss als Mädchen. Von den knapp 106 000 Schülerinnen, die 2005 aus den allgemein bildenden Schulen in NRW entlassen wurden, ging nach Mitteilung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik etwa jede neunzehnte (5,2 Prozent) ohne Schulabschluss ab. Bei den rund 108 000 männlichen Schulabgängern war es dagegen etwa jeder zwölfte (8,6 Prozent).

Mit zusammen fast 15 000 war die Zahl der Schulabgänger(innen) ohne Hauptschulabschluss um mehr als ein Drittel (38,7 Prozent) höher als zehn Jahre zuvor; 1995 hatte sie bei knapp 11 000 gelegen. (...)

LDS NRW, 18.01.2006

www.lds.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2006/pres_006_06.html

UN-Menschenrecht auf Bildung

Stabile Grundlage in Deutschland

Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Bildung, Professor Dr. Vernor Muñoz Villalobos, zu Besuch in Deutschland

Vom 13. – 21. Februar 2006 besuchte der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Bildung, Professor Dr. Vernor Muñoz Villalobos, Deutschland. Die Einrichtung des Mandats geht auf eine Resolution des Ausschusses für Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1998 zurück. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Staaten, die eine ständige Einladung an alle Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen ausgesprochen haben.

Klaus Böger, Berlins Senator für Bildung, Jugend und Sport und 1. Vizepräsident der Kultusministerkonferenz dankte Professor Dr. Vernor Muñoz Villalobos für seinen Besuch, der eine erhebliche Auswirkung auf die bildungspolitische Debatte in Deutschland haben werde. Zu den einzelnen Aspekten äußerte sich Böger wie folgt:

1. Die Kultusministerkonferenz wird am 2./3. März 2006 eine Erklärung zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention in den Ländern abgeben, in der sie das Alter von 18 Jahren als maßgeblich für die Einstufung als Kind – wie von der UN gefordert – ansehen wird. Sie wird die Bundesregierung auffordern, auch den letzten ihrer diesbezüglichen Vorbehalte zurückzuziehen.

2. Die KMK teilt die Einstellung des UN-Sonderbeauftragten zur Bedeutung der vorschulischen Bildung.

3. Bei der Frage der Menschenrechts-erziehung im konkreten Schulunterricht hob Böger hervor, dass diese neben der formalen Aufnahme in Schulprogrammen und -gesetzen eine selbstverständliche alltägliche Pflicht sei. Er unterstrich, dass die Ermunterung des UN-Sonderbeauftragten

wichtig sei, diese nicht aus den Augen zu verlieren.

4. Böger verwies darauf, dass die Kultusminister in der Nach-PISA-Diskussion die Strukturdebatte aus nachvollziehbaren Gründen ausgeklammert hätten. Böger unterstrich die Bedeutung der sieben Handlungsfelder, auf die sich die Kultusminister geeinigt haben:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz bereits im vorschulischen Bereich
- Maßnahmen zur besseren Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschule mit dem Ziel einer frühzeitigen Einschulung
- Maßnahmen zur Verbesserung der Grundschulbildung und durchgängige Verbesserung der Lesekompetenz und des grundlegenden Verständnisses mathematischer und naturwissenschaftlicher Zusammenhänge
- Maßnahmen zur wirksamen Förderung bildungsbenachteiligter Kinder, insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Maßnahmen zur konsequenten Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards sowie eine ergebnisorientierte Evaluation
- Maßnahmen zur Verbesserung der Professionalität der Lehrertätigkeit, insbesondere im Hinblick auf diagnostische und methodische Kompetenz als Bestandteil systematischer Schulentwicklung
- Maßnahmen zum Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten mit dem Ziel erweiterter Bildungs- und





Fördermöglichkeiten, insbesondere für Schüler/-innen mit Bildungsdefiziten und besonderen Begabungen.

Böger wörtlich: „Wichtig ist, über jede Strukturdebatte nie zu vergessen, dass der Reformprozess sich mit konkreten Bildungsinhalten und der Verbesserung der Chancengerechtigkeit befassen muss. Auch diesen Aspekt hat der UN-Sonderberichterstatter hervorgehoben. Alle Bildungsinteressierten sollten den Besuch und den kommenden Bericht von Herrn Muñoz nicht als Angriff, sondern als Unterstützung in der Reformdebatte in Deutschland sehen.“

In einer Pressekonferenz am 21. Februar 2006 in Berlin zog der Sonderberichterstatter eine erste Bilanz seines Besuches. Ein ausführlicher Bericht wird dem Ausschuss für Menschenrechte der Vereinten Nationen im Jahre 2007 vorliegen.

Bei den Länderbesuchen achten die Sonderberichterstatter auf eine ausgewogene Berücksichtigung der Weltregionen. Einer seiner ersten Besuche führte Muñoz nach Deutschland. Die Zusammenführung zweier Systeme, die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung nach der Wiedervereinigung, die Besonderheiten eines föderalen Systems und nicht zuletzt die weitreichenden Reformanstrengungen im Bildungsbereich waren hier von besonderem Interesse.

Das Programm ermöglichte ihm einen umfassenden Eindruck der kulturellen und bildungspolitischen Vielfalt in Deutschland. Der Sonderberichterstatter besuchte Schulen und Kindergärten in alten und neuen Ländern sowie in Stadt- und Flächenstaaten. In Berlin, Brandenburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen führte er darüber hinaus Gespräche mit Repräsentanten der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz, mit Parlamentariern, Vertretern von Verbänden, Nichtregierungsorganisationen, Bildungsexperten und Wissenschaftlern.

www.kmk.org/aktuell/
21.02.2006

Sachsen-Anhalt

Vereinbarung und Empfehlungen zur Kooperation zwischen Schule und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Sozialminister Gerry Kley, Kultusminister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz und der Vorsitzende des Kinder- und Jugendrings Ulf Wunderlich unterzeichneten am 14. Februar 2006 in Magdeburg die „Vereinbarung und Empfehlungen zur Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe gem. SGB VIII §§ 11 – 13 im Land Sachsen-Anhalt“.

Die Kooperationsvereinbarung soll die Zusammenarbeit der Bereiche Kinder- und Jugendhilfe und Schule vertiefen. Ziel ist es, verstärkt sozialpädagogische Kompetenzen in die Schule zu tragen und alternative Schulangebote sowie außerschulische Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung zu unterstützen.

1. Grundsätze

1.1 Ziele

Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule und die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe gem. SGB VIII (im Folgenden: Kinder- und Jugendhilfe) stimmen in den grundlegenden Zielsetzungen überein. Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe sollen die Persönlichkeit des jungen Menschen stärken, ihn zum eigenverantwortlichen Handeln und zur Wahrnehmung von Aufgaben für die Gemeinschaft befähigen sowie auf die berufliche Qualifizierung und auf das Leben in der Erwachsenenwelt vorbereiten.

Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe gehen übereinstimmend davon aus, dass bestmögliche Bedingungen für die erfolgreiche Bildung, Erziehung und Förderung junger Menschen durch die Schule bzw. durch die Jugendhilfe nur dann zu realisieren sind, wenn die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen ganzheitlich als Bedingungsgefüge gesehen und in die pädagogischen Aktivitäten einbezogen werden. Die Schulen sind gemäß Schulgesetz § 1 Abs. 4a dazu aufgefordert, mit Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich wesentlich auf die Situation junger Menschen auswirkt, zu kooperieren. Eine entsprechende Verpflichtung enthält § 81 des SGB VIII für die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe.

Die Vereinbarung und die Empfehlungen zur Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe“ sollen zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten beitragen. Ziel ist es, verstärkt sozialpädagogische Kompetenzen in die Schule zu tragen und alternative Schulangebote (wie z. B. Produktives Lernen) sowie außerschulische Angebote zur sinnvollen Freizeitgestaltung zu unterstützen. Schwerpunkte bilden dabei präventive, interventive und alternative Maßnahmen, die der Persönlichkeitsentwicklung dienen und Schulverweigerung, Verhaltensauffälligkeiten, Jugendkriminalität, Drogenkonsum etc. vermeiden bzw. minimieren sollen.

1.2 Rechtsgrundlagen

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen für die Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe bilden zum einen § 1, Abs. 1, 2, 4, 4a sowie § 12 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalts und zum anderen die §§ 1, 11 – 13, 81 und § 85 Abs. 1 und 2 des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz).

1.3 Kooperationsbereiche

Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe haben gemeinsam mit den Personensorgeberechtigten (vgl. Kinder- und Jugendhilfegesetz § 1 SGB VIII) das Ziel, die Erziehung und Bildung junger Menschen zu fördern. Dabei bestehen insbesondere die folgenden Möglichkeiten einer Kooperation:



Jahres werden die gemeinsamen landesweiten und regionalen Lehrerfortbildungsveranstaltungen für das folgende Schuljahr geplant. Dazu ist ein Planungsgespräch im Kultusministerium (Referat 25) gemeinsam mit dem Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (Dezernat 3) und

- Einrichtung, Durchführung von schulischen und außerschulischen Angeboten (z. B. Freizeitangebote, Betreuungs- und Beratungsangebote in Schule, Grundschule und Ganztagschule),
- Unterstützung und Beratung von Kindern und Jugendlichen in Übergangssituationen bzw. an Schnittstellen ihres Bildungsweges (z. B. Schüler/-innen beim Wechsel zwischen den Schulformen, Jugendliche zwischen Schule und Ausbildung),
- Zusammenarbeit beim oder gemeinsame Maßnahmen zum erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (z. B. Ernährung, Mediennutzung, Sucht, Gewalt, sexueller Missbrauch),
- Unterstützung und Beratung von Kindern und Jugendlichen in besonderen Problemlagen (z. B. Schulversagen, Schulverweigerung, gesundheitliche Defizite),
- Unterstützung von Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben.

2. Umsetzung der Kooperation

2.1 Ansprechpartner/-innen

Die Parteien dieser Vereinbarung benennen Ansprechpartner/-innen. Die jeweiligen Ansprechpartner/-innen treffen sich mindestens zwei Mal jährlich zu Beratungen über den Stand der Umsetzung dieser Vereinbarung und dieser Empfehlungen und über künftige gemeinsame Aktivitäten. Weitere Partner können zu den Beratungen hinzugezogen werden.

2.2 Fortbildung

Den Fachkräften beider Professionen sollten gemeinsame Fortbildungen angeboten und ermöglicht werden. Bis zum 1. März eines jeden

dem Landesverwaltungsamt (Referat 506) durchzuführen. Von Seiten des Ministeriums für Gesundheit und Soziales nimmt das Referat 43 und von Seiten des KJR LSA nimmt an diesem Gespräch die Geschäftsführerin/der Geschäftsführer teil.

Im Rahmen der staatlichen landesweiten und regionalen Lehrerfortbildung wird die Möglichkeit eröffnet, dass Vertreter/-innen des KJR LSA jährlich an bis zu zehn Veranstaltungen teilnehmen können. In den Katalogen der staatlichen Lehrerfortbildung werden diese Veranstaltungen besonders gekennzeichnet. Kursgebühren werden nicht erhoben, Reisekosten werden von den Vertreterinnen und Vertretern des KJR LSA getragen.

Es wird vereinbart, dass jährlich bis zu fünf Veranstaltungen des KJR LSA als Ersatzangebote zur staatlichen Lehrerfortbildung anerkannt werden können. Der KJR LSA erklärt sich bereit, schulinterne Fortbildungen und die Durchführung thematischer Elternveranstaltungen durch geeignete Referenten zu unterstützen.

2.3 Nachhaltigkeit

Die Parteien dieser Vereinbarung streben an, im zweijährigen Abstand im Rahmen von öffentlichen Veranstaltungen eine Diskussion von Kooperationsmodellen zwischen Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe zu führen. Hier werden aktuelle theoretische Grundlagen diskutiert und Best-Practise-Modelle vorgestellt.

3. Kooperationsempfehlungen für die regionalen und die örtlichen Ebenen

Die Unterzeichnenden empfehlen den regionalen und örtlichen Ebenen in analoger Weise orts- und regionalspezifisch konkretisierte

Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. Um dies zu erreichen ist es sinnvoll, regionale Netzwerke zu entwickeln bzw. weiter auszubauen.

Des Weiteren wird empfohlen, dass Schulleiter/-innen die Vertreter/-innen der Kinder- und Jugendhilfe themenbezogen als Gäste zu den Konferenzen und Dienstbesprechungen der Schule einladen. Den Vertreter/-innen der Schule kann die Möglichkeit der Teilnahme an themenbezogenen Konferenzen und Dienstbesprechungen der Kinder- und Jugendhilfe eingeräumt werden.

Für die Übermittlung personenbezogener Daten im Rahmen dieser Dienstbesprechungen und Konferenzen gelten jedoch die datenschutzrechtlichen Bestimmungen des SGB VIII, § 35 SGB I und §§ 67 bis 85a SGB X sowie § 84a Abs. 2 bis 4 SchulG bzw. die Bestimmungen des DSGVO-LSA.

Es wird empfohlen, dass Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und kommunale Schulbehörden Informationsmaterialien, die für beide Seiten von Interesse sein können, regelmäßig austauschen.

Die Umsetzung der „Vereinbarung und Empfehlungen zur Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe“ verlangt keine zusätzliche finanzielle Unterstützung. Werden im Rahmen von Kooperationen zwischen Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe Projekte durchgeführt, sollten bestehende Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt genutzt werden. (...)

4. Veränderungen der Vereinbarung, Kündigung

Die „Vereinbarung und Empfehlungen zur Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe“ oder einzelne Teile dieser Vereinbarung und Empfehlungen können zum Ende des Kalenderjahres mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr gekündigt werden.

5. In-Kraft-treten

Diese „Vereinbarung und Empfehlungen zur Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe“ treten am Tage nach ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Jugend- und Schulsozialarbeit und Ganztagschule in Mecklenburg-Vorpommern

Stellungnahme des Landesjugendrings zur Jugend- und Schulsozialarbeit und zur Ganztagschule

Der Landesjugendring begrüßt nach wie vor die Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern in der bisherigen Form, nach der es den Landkreisen und kreisfreien Städten überlassen ist, nach ihrer Jugendhilfeplanung eine Verteilung auf Jugend- und Schulsozialarbeiter vorzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Landesinitiative auch nach 2006 durch Landesmittel finanziert wird.

Dennoch möchten wir an unserer Auffassung festhalten, dass die Schulsozialarbeit eine Regelaufgabe der Kommunen unseres Bundeslandes ist. Darum fordern wir, dass pro Schule mindestens ein Schulsozialarbeiter beschäftigt und finanziert wird. Darüber hinaus ist uns wichtig, dass die Schulsozialarbeiter ein sozialpädagogisches Profil haben und qualifiziert sind zur Lebensweltberatung von jungen Menschen. Hierzu ist eine sozialpädagogische Ausbildung der Schulsozialarbeiter notwendig; zumindest muss eine zertifizierte Zusatzqualifizierung in Form einer Fort- und Weiterbildung erfolgt sein. Gerade in diesem Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen muss das Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsgesetz (KICK) hinsichtlich der §§ 8a und 72a erfüllt werden, auch wenn es sich bei Schulsozialarbeitern nicht primär um Leistungen der Jugendhilfe handelt.

Wir stellen weiterhin fest, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie die zunehmende Zahl der Alleinerziehenden, die Gewaltbereitschaft unter Kindern und Jugendlichen etc. geändert haben und es erforderlich machen, dass sich das System Schule ändern muss.

Den von politisch Verantwortlichen, auch im Zusammenhang mit den PISA-Ergebnissen, geäußerten Schrei nach Ganztagschulen teilen wir jedoch so einfach nicht.

Ganz ohne Frage weisen Ganztagschulen eine Vielzahl von positiven Effekten auf, wie ein Mehr an Lern- und Unterrichtszeit, ein Mehr an Betreuungszeiten, außerschulische Erfahrungsbereiche oder die Chance für Erziehende sowohl Familie als auch Beruf in Einklang zu bringen.

Um all diese richtigen Anliegen umsetzen und fördern zu können, benötigen wir jedoch Ganztagschulen mit schlüssigen Konzepten. Diese müssen vor Ort auf die Belange der jeweiligen Schüler, Lehrer, Schulträger, Eltern... eingehen und diese berücksichtigen. Wenn dies nicht der Fall ist, besteht die Gefahr, dass diese Ganztagschulen zu reinen Aufbewahrungsanstalten verkommen.

Bei echten Ganztagschulen muss der Schulalltag völlig neu strukturiert und mit zusätzlichen Inhalten gefüllt werden. Dafür benötigen die Schulen qualifiziertes Personal, mehr Lehrerstellen für Lern- und Bildungsangebote, zusätzliches Material sowie ein entsprechendes Raumprogramm.

Auch ist in Mecklenburg-Vorpommern die Ganztagschule nicht ohne zusätzliche Mittel zu realisieren. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit von Schule und Jugend(-verbands)-arbeit, die ebenfalls nicht zum Nulltarif gefordert werden kann. Vielmehr ist hier der jeweilige Schulträger und auch das Bildungsministerium M-V gefordert, finanziell unterstützend zu wirken: das Bildungsministerium mit einem entsprechenden Landesprogramm wie in anderen Bundesländern.

*Kontakt: Landesjugendring M-V e.V.,
Goethestr. 73, 19053 Schwerin
Herr Heibrock, Telefon 0385/7607611,
E-Mail: f.heibrock@inmv.de
Frau Grämke, Telefon 0385/7607615,
E-Mail: b.graemke@inmv.de
www.jugend.inmv.de
06.12.2005*

Kinder- und Jugendhilfe auf einen Blick

www.jugendhilfeportal.de

Wer kümmert sich in Deutschland um die frühkindliche Bildung und Erziehung? Welche Akteure werden im Kinder- und Jugendschutz aktiv?

Eine Fülle von kinder- und jugendhilfespezifischen Angeboten im Internet gibt auf solche und andere Fragen Antworten. Das neue Internetportal www.jugendhilfeportal.de ist seit Ende Februar offiziell online. Es vernetzt die bestehenden Internetangebote von Verbänden und staatlichen Ebenen, um Fachkräften einen strukturierten Überblick über das gesamte Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe zu geben.

Das Jugendhilfeportal, das vom Bundesjugendministerium gemeinsam mit den 16 Bundesländern getragen wird, bietet den zahlreichen in der Kinder- und Jugendhilfe haupt- und ehrenamtlich beschäftigten Fachkräften eine Plattform zur Diskussion und zum fachlichen Austausch, zur Kooperation und zur Information. Das Angebot reicht von einem Verzeichnis einschlägiger Institutionen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene über einen Quellenpool mit themenrelevanten Dokumenten und Materialien, Veranstaltungshinweisen und Projektbeschreibungen bis hin zu aktuellen Nachrichten der Kinder- und Jugendhilfe sowie einem Stellenmarkt für die in diesem Bereich tätigen Fachkräfte. Neben bundesweiten Angeboten werden auch regionale und lokale Angebote aufgegriffen.

Partizipation wird bei dem neuen Informationsangebot groß geschrieben. Das Fachkräfteportal lebt davon, dass möglichst viele Akteure der Kinder- und Jugendhilfe ihr Wissen beisteuern. Erst die Fülle der versammelten Angebote macht die Attraktivität des neuen Portals aus. Dabei wird Information nicht dupliziert, sondern es wird lediglich auf ihren Fundort verwiesen.

*Kontakt: IJAB, Dr. Anneli Starzinger,
Telefon 0228/9506-116, E-Mail:
starzinger@ijab.de, Godesberger Allee
142-148, 53175 Bonn*

Europäischer Jugendpakt

„Niemanden zurücklassen und jeden fördern“

Deutschland unterstützt Europäischen Pakt für die Jugend

Der Rat der EU (Jugend) hat sich heute auf den jugendpolitischen Beitrag für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates zur Umsetzung des Europäischen Paktes für die Jugend geeinigt. So sollen noch größere Anstrengungen unternommen werden, alle Politikbereiche, die junge Menschen betreffen, miteinander zu vernetzen. Außerdem sollen zukünftig junge Menschen europaweit auf allen Ebenen in die Umsetzung des Paktes einbezogen werden.

Der deutsche Delegationsleiter, der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gerd Hoofe, erklärt: „Die Bundesregierung will den Jugendpakt für die Jugend nutzen, um jungen Menschen den Zugang zu Arbeit zu erleichtern. Wichtigstes gemeinsames Ziel ist es, mehr junge Menschen in Ausbildung und Arbeit zu bringen. Dabei dürfen wir keinen zurück lassen und müssen versuchen, jeden individuell zu fördern. Die Bundesregierung begrüßt daher die Schlussfolgerungen des Rates über die Umsetzung des Paktes in allen Punkten.“ Die Arbeitslosigkeit junger Menschen in der Europäischen Union ist im Durchschnitt etwa doppelt so hoch wie die Gesamtrate. Im europäischen Vergleich ist zwar die Arbeitslosigkeit Jugendlicher in Deutschland relativ gering (15 Prozent zu 18,5 Prozent). Dennoch erhofft sich auch Deutschland von der Umsetzung des „Europäischen Paktes für die Jugend“ in den Mitgliedstaaten einen zusätzlichen Impuls zur Intensivierung der Maßnahmen für junge Menschen.

Auf der Frühjahrstagung des EU-Rates am 22./23.03.2005 hatten die Staats- und Regierungschefs den „Europäischen Pakt für die Jugend“ als eines der Instrumente zur Verwirklichung der Ziele von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung angenommen. Er soll die allgemeine und die berufliche Bildung, die Mobilität sowie die berufliche und soziale Eingliederung der jungen Menschen in Europa verbessern. Zugleich zielt der Pakt darauf ab, die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben zu erleichtern.

Die Umsetzung des Europäischen Paktes für die Jugend steht seit dem Frühjahrsgipfel 2005 regelmäßig auf der Tagesordnung der EU Staats- und Regierungsvertreter/-innen. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen und demographischen Herausforderungen braucht Europa leistungsfähige, gut ausgebildete und integrierte junge Menschen, mit deren Engagement und Kreativität sich ein wettbewerbsfähiges und sozial gerechtes Europa weiter entwickeln lässt.

„In Deutschland haben wir mit dem Erfolgsmodell Kompetenzagenturen einen vorbildlichen Weg im Sinne des Europäischen Paktes beschritten“, so Staatssekretär Hoofe weiter. „Die 16 Agenturen haben bewiesen, dass sie in neun von zehn Fällen besonders benachteiligte junge Menschen trotz vielfältiger sozialer und persönlicher Handicaps in Ausbildung, Arbeit oder Maßnahmen bringen können.“

www.bmfsfj.de
23.02.2006

Der Europäische Pakt für die Jugend

Vorrangiges Ziel des Paktes ist es, die allgemeine und berufliche Bildung, die Mobilität sowie die berufliche und soziale Eingliederung der europäischen Jugend zu verbessern und zugleich die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben zu erleichtern. Die EU-Kommission erhebt außerdem die Forderung, dass alle auf diesen Gebieten einzuleitenden Initiativen aufeinander abgestimmt werden sollen, und ersucht die Mitgliedstaaten, die Jugendlichen zur Ausgestaltung der Maßnahmen und zu den entsprechenden Folgemaßnahmen zu konsultieren (siehe auch „inform“ 4/05, Seite 32 f.: die Stellungnahme der AGJ).

Ausführliche Infos unter: <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cha/c11081.htm>

**Zielgruppe:
junge Aussiedler**
Zeitschrift „Kind Jugend
Gesellschaft“ 1-2006

Kinder und Jugendliche aus den osteuropäischen Ländern, meist aus Russland und den GUS-Staaten sind in der Regel nicht freiwillig in Deutschland. Ihre Familien haben sie in einer Lebensphase aus ihren kulturellen und sozialen Bezügen herausgenommen, in der der Prozess der Selbstfindung und Identitätssuche zu den zentralen Entwicklungsaufgaben gehört. Jetzt sind sie in Deutschland und sollen kulturell und sozial Deutsche werden, was sie rechtlich bereits sind. In Russland wurden sie oft als Deutsche betrachtet – hier sind sie zunächst sozial Russen und gleichzeitig rechtlich auch Deutsche. Insofern unterscheidet sich ihre Situation von jeder anderen Form der Migration und der Migranten.

An diese Diskussion knüpft die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift Kind Jugend Gesellschaft an. Dabei steht die Situation von männlichen russischen Jugendlichen vor und nach der Umsiedlung im Mittelpunkt der Darstellungen. Fakten zur Auseinandersetzung mit dem Aggressions- und Gewaltpotenzial dieser Jugendlichen, aber auch die Konsequenzen für pädagogische Strategien im Umgang mit dieser als schwierig bzw. als unerreichbar bezeichneten Zielgruppe werden aufgezeigt.

Aus dem Inhalt:

- Prof. Dr. Leonie Herwartz-Emden; Mandy Ruhland: Jugendliche Spätaussiedler in Deutschland
- Prof. Dr. Uwe Rabe: Wann werden männliche Spätaussiedlerjugendliche zu einer problematischen Klientel Sozialer Arbeit?
- Heiner Schäfer: Von Russland nach Deutschland: männliche Jugendliche als Herausforderung für die pädagogische Arbeit
- Ludmilla Dickmann: Sekundäre Suchtprävention für spät ausgesiedelte junge Menschen – SeM

Bezug (Kosten: 11,- EUR) bei:
Wolters Kluwer Deutschland,
Luchterhand Verlag, Postfach 23 52,
56513 Neuwied, E-Mail:
info@luchterhand.de

Kinder und Jugendliche stark machen in kooperativen Fördersystemen

LVR
Landesjugendamt

Dokumentation der Konferenz „Netze der Kooperation 8“ erschienen

Mit der Dokumentation der Fachkonferenz „Netze der Kooperation 8“ (vom 09.11.2004) setzen das Landesjugendamt Rheinland und die Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf, Schulabteilung, die langjährige Initiative fort, die Zusammenarbeit beider Systeme qualitativ und quantitativ weiter zu entwickeln.

„Von Gewalt halte ich nicht viel, aber mit Gewalt erreichst Du ne Menge“ – so die Aussage einer Jugendlichen.

Im Mittelpunkt der Fachkonferenz stand das Thema Gewalt. Unter der Überschrift „Kinder und Jugendliche stark machen in kooperativen Fördersystemen“ ging es darum zu klären, wie es Jugendhilfe und Schule gemeinsam gelingen kann, Mädchen und Jungen, Schüler/-innen vor dem Hintergrund der vielschichtigen Erfahrungszusammenhänge von Gewalt zu stärken. Denn: Der Junge, der in der Jugendeinrichtung oder in der Familie durch auffälliges Verhalten auf sich aufmerksam macht, ist oft genug auch der Schüler, der im Unterricht, auf dem Schulhof Lehrer/-innen oder die Fachkräfte des schulpsychologischen Dienstes auf den Plan ruft.

In seinem dokumentierten Beitrag erinnert Prof. Dr. Hartmut Griese von der Universität Hannover daran, dass der (fach-)öffentliche Diskussion über Jugendgewalt bereits seit den 60er Jahren „alle Jahre wieder“ eine Neuauflage erfährt – ohne dass die dabei behauptete dramatische Zunahme von Jugendgewalt empirisch nachweisbar wäre. „Immer, wenn Gesellschaft und Politik versagen, erfolgt der Ruf nach (mehr) Pädagogik und Erziehung“, so Prof. Griese. Er empfiehlt deshalb anzuerkennen, dass „Belehrungen gegen Erfahrungen nicht ankommen“ – und Gewalt handeln immer „abhängig von sozialen Situationen und interpersonellen Kontexten“ zu verstehen.

Mit seinen Forschungsergebnissen zur Gewalt an Schulen bestätigt Dr. Ulrich Meier/Universität Bielefeld diese Einschätzung. „Es gibt erhebliche außerschulische Einflüsse – und damit ‚importierte‘ Gewalt –, aber auch innerschulische Faktoren provozieren oder verstärken Gewalthandlungen bei den Heranwachsenden“.

Statt einfacher Rezepturen – Maßnahmen vor Ort entwickeln und strukturell verankern.

Die Erkenntnis: Es kann keine einfachen Rezepturen oder gar eine flächendeckende Lösungsstrategie für Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte geben, um dem Phänomen „Gewalt“ zu begegnen. Vielmehr gilt es, Alter, Geschlecht, soziale und ethnische Herkunft sowie Lebensräume der Kinder und Jugendlichen, die Situation in der einzelnen Schule, das Lernklima in der Klasse genau zu betrachten und differenzierte, passgenaue Angebote und Programme zu entwickeln – und dabei schulische und außerschulische Maßnahmen vor Ort strukturell zu vernetzen.

Dass vor Ort in Kommunen, Schulen und Projekten diese Erkenntnisse vereinzelt bereits in konkrete Praxis umgesetzt werden, zeigen sechs Kooperationsmodelle aus dem Rheinland:

- „Cool im Konflikt“ – Netzwerk zur Gewaltprävention im Kreis Düren,
- das Netzwerk „Gewaltvorbeugung Dinslaken“,
- das Kommunale Förderzentrum Hamm,
- „Regionale Schulberatung im Regierungsbezirk Düsseldorf“,
- Geschlechtsbezogene Jungenarbeit im Schulprojekt „Theodor-Litt-Schule“,
- Mädchen Machen Mut: Streiten – Klären – Schlichten.

Bezug (Kostenbeitrag: 5,- EUR) bei:
LVR, Dez. 4 „Schule, Jugend“, Frau
Breyer, 50663 Köln, E-Mail:
hendrika.breyer@lvr.de
Kontakt: alexander.mavroudis@lvr.de



Netze der Kooperation 9

LVR
Landesjugendamt

Praxis gemeinsam gestalten – Lehrer/-innen und sozialpädagogische Fachkräfte stärken

Fachkonferenz am 31.10.2006 im LVR, Köln-Deutz

„Kinder und Jugendliche stark machen in kooperativen Fördersystemen“: Dieses Ziel lässt sich nur erreichen, wenn die Lehrer/-innen und sozialpädagogischen Fachkräfte mit ihren Nöten, Erwartungen, systemimmanenten Anforderungen in den Blick genommen werden und die Kooperation den professionellen Akteuren Unterstützung verspricht.

Mit anderen Worten: Kooperation muss auch zum Ziel haben, die Lehr- und Fachkräfte selbst zu stärken. Sie müssen erkennen, dass die Zusammenarbeit mittel- und langfristig keine zusätzliche Belastung darstellt, sondern Entlastung bedeutet für den eigenen Arbeitsalltag.

Mit der 9. Konferenz „Netze der Kooperation“ soll der Blick auf diese – wie es scheint – oft vernachlässigte Seite der Zusammenarbeit von sozialpädagogischen Fachkräften und Lehrer/-innen gerichtet werden.

Die Schule des „Lehrer Welsch“

Neuer Name für LVR-Schule mit Förderschwerpunkt Sprache

Köln. „Unser Lehrer, der hieß Welsch, sprach ein unverfälschtes Kölsch.“ – jeder Kölnerin und jedem Kölner ist diese Zeile aus dem Karnevalslied „Kaygass Numero Null“ geläufig.

Nach dem historischen „Lehrer Welsch“ benennt sich ab sofort die Rheinische Förderschule mit dem Schwerpunkt Sprache in Köln-Flittard. Der Schulausschuss der Landschaftsversammlung Rheinland hat am 15. März unter dem Vorsitz von Bernd Tondorf (CDU/Kreis Mettmann) einstimmig beschlossen, dass die Schule in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) nun „Heinrich-Welsch-Schule“ heißt.

Heinrich Welsch hat sich mit seiner pädagogischen Arbeit für benachteiligte Kinder und Jugendliche eingesetzt, ist aber einer breiten Öffentlichkeit bisher kaum bekannt.

Viele gute Absichten und Kooperationsbemühungen scheitern am fehlenden Verständnis für die jeweils andere professionelle Lebenslage. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen von Fachvorträgen die Rahmenbedingungen und Alltags Herausforderungen der Praxis in Schule und in Einrichtungen der Jugendhilfe näher beleuchtet werden – um sodann Unterstützungschancen abzuleiten, die sich durch Kooperation ergeben.

Bei der Konferenz wird darüber hinaus, im Rahmen Praxisforen, erfahrene gegenseitige Entlastung von Kooperationspartnern aus der alltäglichen Zusammenarbeit von Lehrer/-innen und sozialpädagogischen Fachkräften dargestellt.

Die Ausschreibung ist für Mai 2006 geplant.

Infos & Kontakt: LVR, Herr Mavroudis, Telefon 0221/809-6932, E-Mail: alexander.mavroudis@lvr.de

Welsch wird 1848 in Arzdorf (heute Gemeinde Wachtberg) geboren. Nach seiner Ausbildung zum Lehrer kommt er zunächst nach Worringen, dann nach Köln-Sülz und ab 1881 nach Köln-Kalk.

Hier trifft er auf eine Schülerschaft, die zum Großteil aus Familien ungelerner Arbeiter und Tagelöhner stammt, durch Arbeit zum Lebensunterhalt beitragen muss und dadurch im schulischen Lernen beeinträchtigt wird. Für diese Klientel gründet Welsch 1905 die Hilfsschule Kalk.

Die Namensgebung der LVR-Schule für sprachbehinderte Kinder und Jugendliche soll dazu beitragen, das Lebenswerk von Heinrich Welsch zu ehren und in Erinnerung zu halten.

www.lvr.de
15.03.2006

Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule

LVR-Fachtagung zum
12. Kinder- und
Jugendbericht am
29.05.2006 in Köln

Als am 09.03.2006 der 12. Kinder- und Jugendbericht im Deutschen Bundestag diskutiert wurde, führte dazu die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,

Dr. Ursula von der Leyen, aus: „Die Bundesregierung unterstützt die grundlegende Richtung des 12. Kinder- und Jugendberichts. Viele Forderungen, die insbesondere in die Verantwortung des Bundes fallen, finden sich als konkrete politische Verpflichtung im Koalitionsvertrag.“ Somit kommt dem 12. Kinder- und Jugendbericht eine wegweisende Funktion für die zukünftige Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zu.

Der Bericht behandelt das Verhältnis von Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule, sie zentrale These lautet: „Nur durch eine bessere Verzahnung der bisher getrennten Bereiche der Erziehung, Betreuung und Bildung wird es Deutschland gelingen, an den europäischen (pädagogischen) Standard anzuschließen und zu verhindern, dass die Zuteilung von Chancen zunehmend über die gesellschaftliche Standeszugehörigkeit geregelt wird.“ (siehe „inform“ 4/05)

Bei der Tagung am 29.05.2006 im LVR in Köln wird Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des Deutschen Jugendinstitutes München, die Inhalte und Herausforderungen des 12. Kinder- und Jugendberichts mit seinen Konsequenzen für die (kommunale) Kinder- und Jugendhilfe vorstellen.

Weitere Infos & Kontakt: LVR, Herr Göbel, Telefon 0221/809-6238, E-Mail: dieter.goebel@lvr.de

Aus vielen Quellen schöpfen

Interdisziplinäres Symposium des LVR in Köln diskutiert Hilfen für Kinder mit Sprachproblemen

„Wir verfügen über viele Mittel und Möglichkeiten. Diese sollten aber noch besser aufeinander abgestimmt werden.“ So das Schlusswort von Michael Mertens, Leiter des Dezernates für Schulen und Jugend beim Landschaftsverband Rheinland (LVR). Damit knüpfte er an die vorangegangene Abschlussdiskussion der nahezu 300 Teilnehmer/-innen des interdisziplinären Symposiums „Sorgen – Kind – Sprache“ an. Der LVR hatte zu dieser Veranstaltung eingeladen, um vor dem Hintergrund rapide ansteigender Zahlen von Sprachentwicklungsstörungen im Kindesalter mit Fachleuten nach Lösungswegen zu suchen.

„In den Familien muss mehr mit den Kindern gesprochen werden, und die Erzieher/-innen im Kindergarten müssen in der Durchführung von Sprachtrainingsprogrammen bei den etwas älteren Kindern geschult werden. ‘Sprachkurse’ kurz vor der Einschulung oder gar erst in der ersten Klasse kommen zu spät und greifen daher zu kurz“. Dr. Helmut Hollmann, Chefarzt des Kinderneurologischen Zentrums und der Abteilung für Sprachentwicklungsstörungen der Rheinischen Kliniken Bonn des LVR, skizzierte so als Wissenschaftlicher Leiter der Tagung die Anforderungen an eine breite Förderung der Sprachentwicklung. Dabei verwies er auf die Notwendigkeit, die Indikation für eine medizinisch begründete Therapie genau zu klären.

Dem schloss sich auch Professor Götz Schade, Leiter der Abteilung für kindliche Sprach- und Hörstörungen (Phoniatrie und Pädaudiologie) der Universitäts-HNO-Klinik Bonn, an. Er verwies überdies darauf, dass „ärztliche Kontrollen bei jedem Kind erforderlich sind, bei dem Eltern sprachliche Auffälligkeiten feststellen“.

Auf das erweiterte Verständnis der Entwicklung von Sprache allgemein bezog sich Annette Fox, Professorin für Logopädie an der Fresenius-Fachhochschule Idstein und forderte, diese Erkenntnis vermehrt in die Therapiegestaltung einzubeziehen. „Wir

können ziemlich genau die Probleme eines Kindes beschreiben. Deshalb müssen wir dann in der Therapie auch daran arbeiten und nicht eine unspezifische Breitband-Förderung anbieten“. Über die stadtteilorientierten Fördermaßnahmen in sozialen Brennpunkten des Kölner Zentrums für Frühbehandlung und Frühtherapie berichtete dessen Leiterin, Dr. Tordis Horstmann.

Dr. Zvi Penner aus der Schweiz bezog sich in seinen Ausführungen zu Interventionsprogrammen im Kindergarten auf neuen Forschungsda-



ten, die sich insbesondere aus der weltweit einzigartigen Sprachentwicklungsstudie der Kinderklinik Linderhof in Berlin-Lichtenberg ergeben. „Diese ‘Baby-Studie’ zeigt, dass Säuglinge schon im Mutterleib das Grundgerüst der Sprache erlernen und sich bereits im Alter von wenigen Wochen in ihren Lautäußerungen je nach Muttersprache unterscheiden“. Sprachförderungs-Programme zur frühen Unterstützung im Kleinkindalter machen sich diese Erkenntnisse zu nutze und vermitteln in spielerischen, aber klar strukturierten Programmen die erforderlichen Grundregeln. Dabei sei es, so Penner, egal, ob Deutsch als Erst- oder Zweitsprache erworben werde.

Bei vielen Kindern ist ein mangelndes Angebot die wesentliche Ursache ihrer Sprachstörung. Daneben gibt es jedoch weltweit und unabhängig vom jeweiligen Umfeld acht bis zehn Prozent aller Kinder, die neurologisch

begründete Sprachentwicklungsstörungen aufweisen. Wenn frühe Förderung und Sprachtherapie nicht ausreichen, brauchen diese Kinder auch in der Schule besondere Unterstützung. Dementsprechend wurden im zweiten Teil des Symposiums Förder- und Behandlungsansätze bei besonders schwer sprachentwicklungsstörungen Kindern diskutiert.

Heinz Wild-Matejka, Leiter der Rheinischen Förderschule „Sprache“ für die Sek. I in Köln-Stamheim, stellte das Vorgehen anhand des schulischen Alltags dar. „Wir brauchen die Möglichkeit zu mehr Förderstunden in der Kleingruppe und würden uns spezifischere Programme dafür wünschen. Trotzdem können wir den meisten unserer Schüler/-innen ganz gut helfen“. Er verwies insbesondere darauf, dass es aufgrund des hohen Engagements aller Beteiligten meist gelinge, die Jugendlichen trotz ihrer sprachlichen Beeinträchtigungen in eine Lehrstelle zu vermitteln. Ursula Dürrschnabel, Logopädin am Kinderneurologischen Zentrum Bonn, die Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Formen der unterstützten Kommunikation bei schwerst sprachgestörten Kindern vor. Hier spielen Geräte mit der Funktion des Sprachersatzes eine zunehmende Rolle.

Die abschließende lebhafteste Diskussion zeigte, dass auch bei den beteiligten Fachleuten teilweise noch sehr unterschiedliche Vorstellungen über das Vorgehen wie insbesondere auch die Möglichkeiten in den anderen Berufsgruppen bestehen. Der durch die Veranstaltung angeregte Informationsaustausch wurde jedoch von allen Beteiligten deutlich begrüßt. Landesrat Michael Mertens betonte, dass weitere Symposien, beispielsweise in Zusammenarbeit mit dem Dezernat Gesundheit und Heilpädagogische Netzwerke des Landschaftsverbandes LVR, folgen könnten. Denn, in allen Bereichen kann noch mehr dafür getan werden, Kindern und Jugendlichen eine gesellschaftliche Teilhabe über die Vermittlung der elementaren Kompetenz Sprache zu ermöglichen.

Kontakt:

LVR, Landesjugendamt, Herr Möller,
Telefon 0221/809-6311, E-Mail:

peter.moeller@lvr.de

[www.lvr.de \(jugend\)](http://www.lvr.de (jugend))



Jugendhilfe Report 1/06

„Beistandschaft – Wie Phönix aus der Asche“

Offensichtlich werden die Jugendämter als Wächter von Qualität und Standards in der Jugendhilfe nach wie vor alleine in der Verantwortung gesehen, örtlich flexible Regelungen zu verhindern und damit den Kostendruck auf die Kommunen in diesem Bereich zu verschärfen.

Wie anders sind die aktuellen Angriffe zu erklären:

Der Bundesrat hat am 21.12.2005 beschlossen, das Zuständigkeitslockerungsgesetz in den Deutschen Bundestag einzubringen. In Art. 6 dieses Gesetzentwurfes soll den Ländern die Möglichkeit gegeben werden, vom Bundesrecht abweichende Regelungen hinsichtlich der Verpflichtung zur Einrichtung von Jugendämtern/Landesjugendämtern (69 Abs.3) und hinsichtlich der Zuständigkeit der überörtlichen Träger für den Schutz von Kindern und Jugendlichen in

Einrichtungen (85 Abs.2 Nr. 6) zu treffen. Dieses Gesetz würde landesrechtlich auch die Abkehr von der Zweigliedrigkeit von Verwaltung und Jugendhilfeausschuss/Landesjugendhilfeausschuss ermöglichen.

Vergleichbar folgeschwer ist die geplante Grundgesetzänderung im Rahmen der Föderalismusreform zwischen Bund und Ländern zu bewerten. Falls wie geplant – mit einer dafür notwendigen 2/3 Mehrheit – der § 84 GG geändert würde, müsste nicht mehr zwingend die Aufgaben

LVR Landesjugendamt

der Jugendhilfe durch ein Jugendamt wahrgenommen werden.

Aber bitte – urteilen Sie selbst: Geht es unseren Kindern in Deutschland wirklich so gut, dass sie keine Anwälte mehr bräuchten?

*Michael Mertens
Leiter des Dez. „Schulen, Jugend“
im LVR*

Aus dem Inhalt von Heft 1/06:

- Zum Schwerpunktthema:
- Beistandschaft: Wie Phönix aus der Asche
- Beistandschaft – Begriffe, Regelungen, Leistungen ...
- Das Leistungsprofil des Beistandes
- Beistandschaft und Vormundschaft
- Vermittler, Berater und Vormund
- Gibt es ein Leben nach der Beistandschaft?

Außerdem im Heft: Neues aus dem Landesjugendamt, aus dem Landesjugendhilfeausschuss, zur Offenen Ganztagschule im Primarbereich, Infos und Praxisberichte rund um die Jugendhilfe (u.a. Demografie – keine Entlastung in Sicht; Neues zu den Familienzentren in NRW; Neue Volksinitiative Kinder- und Jugendarbeit; Hilfe für allein erziehende Mütter), Rezensionen.

Kontakt: Christoph Gilles, Tel.: 0221/809-6253 christoph.gilles@lvr.de

Download unter: www.jugend.lvr.de (Publikationen)

Impressum

inform bietet fachliche Beiträge, redaktionelle Zusammenfassung von Gesetzesneuerungen, Runderlassen, Richtlinien, Rezensionen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

inform richtet sich an Fachkräfte, Träger, Verantwortliche von Jugendhilfe & Schule.

Redaktion: Alexander Mavroudis/alma, Hans Peter Schaefer/hps. – Kontakt: alexander.mavroudis@lvr.de

Fotos: Titelseite: transfer e.V.; Innen: transfer e.V. (S. 3, 5, 6, 7, 8, 9, 38); JFC Medienzentrum Köln (S. 15, 16, 17, 18); Josef Bayer-Ruf (S. 19, 20, 21, 22, 23); Thosten Friedrich (S. 25, 26, 27); hps (S. 11, 12, 13, 30, 33, 34, 35, 36, 40, 43); LVR Presseamt (S. 45)

Textverarbeitung: Manuela Scholz

Gestaltung & Grafik: alma, hps

Herausgeber: Landschaftsverband Rheinland, Dez. 4 „Schulen und Jugend“/Landesjugendamt, 50663 Köln; www.lvr.de; Verantwortlich: Michael Mertens

inform ist kostenlos und erscheint in der Regel viermal jährlich. Bereits erschienene Ausgaben sind dokumentiert unter: www.lvr.de/jugend/publikationen.

Bezug: brigitte.schweiger@lvr.de